מדינת ישראל

משרדי הממשלה

משרד החוץ

גרמניה - יחסים מדיניים עם ישראל בדרג ממשלתי

8/86 - 11/86

מס' תיק מקורי 9709/14

מחלקה אירופה

שם תיק: גרמניה -יחסים מדיניים עם ישראל בדרג ממשלתי
מזהה פיזי: חצ-9709/14
מזהה פריט: 0004cn7
כתובת 2-120-2-14-5
תאריך הדפסה 20/02/2017

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Nr. 139/S. 1161 Bonn, den 14. November 1986

Bulletin

Erklärung der Bundesregierung

Entscheidungen und Maßnahmen von Bund und Ländern nach dem Großbrand bei der Firma Sandoz/Basel und daraus resultierende Konsequenzen

Abgegeben von Bundesminister Dr. Wallmann vor dem Deutschen Bundestag

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Walter Wallmann, gab in der 246. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Oktober 1986 zum Thema „Entscheidungen und Maßnahmen von Bund und Ländern nach dem Großbrand bei der Firma Sandoz/Basel und daraus resultierende Konsequenzen" folgende Erklärung der Bundesregierung ab:

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Ich möchte die Geschehnisse der vergangenen beiden Wochen, die getroffenen Maßnahmen und die wesentlichen Ergebnisse der gestrigen Umweltministerkonferenz in Zürich kurz zusammenfassen und vortragen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir zweimal in allen Einzelheiten den zuständigen Umweltausschuß des Deutschen Bundestags informiert haben. Ich möchte zu Beginn auch sagen: Die Bundesregierung hat unverzüglich gehandelt.

Die erste Nachricht über den Ausbruch des Brandes hat die Internationale Hauptwarnzentrale Mannheim am frühen Morgen des 1. November gegen 3 Uhr erhalten. Uns wurde mitgeteilt, es bestehe keine Veranlassung, den Alarmplan in Gang zu setzen.

Eine zweite Mitteilung kam um 11 Uhr in das Bundesumweltministerium, in diesem Fall über das Auswärtige Amt. Es wurde uns mitgeteilt, daß es keinen Anlaß zur Besorgnis gebe, daß in Basel bereits Entwarnung gegeben worden sei.

Bereits zehn Minuten später, also um 11.10 Uhr, haben wir uns dann über das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums mit dem Land Baden-Württemberg in Verbindung gesetzt. Wir haben die Verantwortlichen in Baden-Württemberg gebeten, dafür zu sorgen, daß der internationale Alarm ausgelöst werde. Dieses ist geschehen, meine Damen und Herren.

Ich nenne bei dieser Gelegenheit nur diese wenigen Daten und stelle fest: Früher, als wir gehandelt haben, konnte gar nicht gehandelt werden. Wir haben das getan, was in dieser Situation erforderlich war, ohne daß wir im einzelnen über Umfang und Ausmaß dieses schweren Unglücks und seine Konsequenzen informiert gewesen wären.

Am 3. und 4. November 1986 hat die Internationale Rheinschutzkommision getagt. Die deutschen Vertreter, insbesondere der Delegationsleiter, haben die Schweiz dringlich gebeten, unverzüglich alle möglichen Informationen über Ursache, Ablauf und Auswirkungen des Unfalls zur Verfügung zu stellen.

Am 4. November – inzwischen war es Dienstag geworden – wurde uns von der Schweiz mitgeteilt, welche chemischen Stoffe in den Rhein gelangt sind. Diese Liste umfaßte insgesamt 34 Stoffe. Diese Liste – darauf lege ich Wert, meine Damen und Herren – wurde sofort über die Alarmstellen auch an sämtliche rheinanliegenden Bundesländer mitgeteilt.

Ich sage das deswegen, weil vorgestern in einem Radiointerview behauptet wurde, daß die Stofflisten nicht sofort an die Länder weitergegeben worden seien. Diese Behauptung trifft nicht zu.

Die Bundesländer haben an jenem 4. November nicht nur die Stoffliste erhalten, sondern wenige Tage später auch, und zwar auf Veranlassung meines Ministeriums, eine ökotoxikologische Bewertung der dort aufgeführten insgesamt 34 Stoffe durch das Umweltbundesamt.

Am 5. November 1986 fand vormittags eine Sitzung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestags statt, nachmittags eine Amtschefkonferenz der Umweltminister.

Am nächsten Tag, dem 6. November – das war der Donnerstag –, fand die Umweltministerkonferenz statt.

Auf drei Sitzungen bestand Gelegenheit, das schwere Brandunglück und seine gravierenden Folgen zu erörtern, Fragen zu stellen oder auch Vorhaltungen zu machen. Es hat bei diesen Veranstaltungen keine einzige Wortmeldung gegeben. Irgendwelche Vorwürfe oder Vorhaltungen sind nicht erhoben worden.

Meine Damen und Herren, am 7. November haben Mitarbeiter meines Ministeriums den Präsidenten des Bundes-

Inhalt

Bundesminister Dr. Walter Wallmann
Erklärung der Bundesregierung
Entscheidungen und Maßnahmen von Bund und Ländern nach dem Großbrand bei der Firma Sandoz/Basel und daraus resultierende Konsequenzen 1161
Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl 1163

Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen
Perspektiven und Praxis der deutschen Nahost-Politik 1164

Bundesminister Dr. Oscar Schneider
Europäische Kampagne für den ländlichen Raum 1166

gesundheitsamts gebeten, den betroffenen Bundesländern und zunächst dem hauptbetroffenen Bundesland Baden-Württemberg, Experten und Laborkapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Am Samstag, 8. November, gegen 14 Uhr, habe ich den hessischen Staatsminister für Umwelt, Joseph Fischer – er ist der derzeitige Vorsitzende der Deutschen Rheinschutzkommission –, dringend aufgefordert, endlich eine Sitzung dieser Kommission einzuberufen. Herr Fischer – dieses Detail möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, meine Damen und Herren –, erklärte später, er sei an einer rechtzeitigen Einberufung der Deutschen Rheinschutzkommission gehindert gewesen, weil das Lagezentrum der hessischen Landesregierung wegen der Demonstration in Hanau blockiert gewesen sei.

Montag, 10. November: Die Deutsche Rheinschutzkommission tagt hier in Bonn unter Vorsitz von Herrn Fischer. Die Vertreter aller Länder, namentlich die Vertreter des nordrhein-westfälischen und des hessischen Umweltministeriums, erklären ausdrücklich, daß der Informationsfluß vom Bund an die betroffenen Länder – so wörtlich – „reibungslos" gewesen sei.

Am darauffolgenden Tage behauptete Herr Fischer in einem Interview, es habe Schwierigkeiten bei der Übermittlung der ihm zur Verfügung stehenden Informationen gegeben. Ich überlasse das Ihrer Beurteilung.

Dienstag, der 11. November: Es findet ein Spitzengespräch mit dem Verband der Chemischen Industrie auf meine Einladung hin statt. Es wird eine Reihe von Sofortmaßnahmen als Konsequenz aus den Folgen der Brandkatastrophe bei dem Schweizer Chemieunternehmen Sandoz zugesagt:

Erstens: Die betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne werden nochmals überprüft und in jedem Fall mit den Katastrophenschutzplänen abgestimmt. Ich füge hinzu: Katastrophenschutz ist – genau wie der Gewässerschutz – ausschließlich Ländersache.

Zweitens: Alle erforderlichen Sicherheitseinrichtungen in den Betrieben, zum Beispiel Sprinkleranlagen, Frühwarnsysteme, Rückhaltebecken werden, falls nicht vorhanden, vorgesehen.

Drittens: Schnelle und umfassende Information der Behörden bei Schadensfällen über Produkte, Lagerbestände und Art der Lagerung. Auch dies ist notwendig, wie der Unfall in Basel gelehrt hat.

Weitere Gespräche auf Expertenebene sind vereinbart. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) will bis Jahresbeginn einen weiteren Maßnahmenkatalog zum Gewässerschutz vorlegen.

Am selben Tage fand übrigens ein Expertengespräch mit Vertretern des schweizerischen Verbandes der Chemischen Industrie im Bundesumweltministerium statt.

Mittwoch, der 12. November: Das Treffen der Umweltminister der Rheinanliegerstaaten und des für Umweltschutz zuständigen EG-Kommissars Clinton Davis in Zürich. Es wurden alle in Betracht kommenden Maßnahmen erörtert, Fragen der Entschädigung wie Vereinbarungen über verbindliche Sicherheitsstandards in allen Rheinanliegerstaaten. Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur den Fall Sandoz behandelt, sondern auch den ebenfalls gravierenden Fall der Firma Ciba Geigy, die Atrazin in den Rhein geleitet hat. Meine Damen und Herren, was dort geschehen ist, halten wir für nicht verantwortbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Meinung aller Konferenzteilnehmer war diese Konferenz erfolgreich. Wir haben uns u. a. auf folgende Punkte geeinigt:

Erstens: Die Auswirkungen des Störfalls auf den Rhein werden weiter untersucht. Ein verstärktes Überwachungsprogramm wird definiert, und ein Wiederherstellungsprogramm für den Rhein samt Finanzierung wird erarbeitet.

Zweitens: Chemikalienlager werden inventarisiert und einer Risikoanalyse unterzogen. Es geht dabei auch um bauliche Maßnahmen, z. B. um Brandwände, Sprinkleranlagen, Rückhaltebecken für Löschwasser, getrennte Lagerung von Stoffen, Dislozierung und Mengenbegrenzung bei den Lägern und dergleichen mehr.

Drittens: Automatische Anlagen sollen die Brandfrüherkennung und die sofortige Brandbekämpfung ermöglichen. Bei der Brandbekämpfung werden vorsorglich Pläne erstellt, die bei Löscheinsätzen dem Lagergut Rechnung tragen. – Sie wissen, es darf nicht unter allen Umständen Wasser eingesetzt werden, sondern auch der Einsatz von Schaumstoff kann erforderlich sein. Dabei kommt es darauf an, daß es sich um solche Stoffe handelt, die bei dem Brand nicht etwa chemische Verbindungen herstellen mit der Konsequenz, daß schwere Luftverunreinigungen entstehen. – Es wird eine Bestandsaufnahme der technischen und rechtlichen Regelungen der Rheinanliegerstaaten bei Störfällen geben. Unsere Forderung an die Schweiz auf Übernahme der sogenannten Seveso-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft wird von der Schweizerischen Regierung geprüft. Wir haben eine nächste Sitzung für den 19. Dezember in Rotterdam vorgesehen. Wir hoffen, daß wir da bereits eine Antwort auch gerade in dieser Frage erhalten.

Viertens: Die Effizienz des Warn- und Alarmplans Rhein wird untersucht.

Fünftens: Die Schweiz hat unseren Vorhalt aufgenommen, daß Atrazin-Einleitungen nicht gestattet werden dürfen.

(Dr. Vogel [SPD]: Ja, sind die bisher gestattet worden, sind die bisher zulässig gewesen?)

– Sie wird berichten, ob sie ein Verbot oder jedenfalls eine Reduzierung der heute offenbar erlaubten Menge verfügen wird. – Auf meine ausdrückliche Frage, Herr Vogel, wurde mir gesagt, daß dies grundsätzlich erlaubt ist.

Ich habe mitzuteilen, daß es sich um einen Gehalt von 1,2 Milligramm pro Liter gehandelt hat. Es ist so gewesen, daß dieses Wasser am Samstag, dem 1. November, eingeleitet worden ist. Es ist behauptet worden, es habe sich dabei um 400 Liter gehandelt. Es ist dann in der Bundesrepublik gemessen worden, und die Meßergebnisse, Herr Dr. Vogel, haben ein ganz starkes Ansteigen gezeigt, dies war insbesondere am 4. und 5. November festzustellen. Wir messen inzwischen immer noch Werte, wenn auch deutlich reduzierte.

Unsere Fachleute sagen uns:

1. Wenn es 400 Liter mit einem Gehalt von 1,2 Milligramm pro Liter gewesen sein sollen, dann können derartig hohe Meßergebnisse bei uns unter keinen Umständen erklärt werden. Das heißt mit anderen Worten: Entweder eine höhere Konzentration oder deutlich mehr Menge. –

2. Wenn eine Einleitung nur am 1. November stattgefunden haben sollte, dann könnte man, so sagen uns die Fachleute, heute überhaupt nichts mehr feststellen. Tatsächlich stellen wir immer noch Atrazin-Belastungen fest.

Deswegen unsere dringliche Bitte und unser dringlicher Hinweis, daß Regelungen auch in der Schweiz vorgesehen werden, die nach Möglichkeit überhaupt Atrazin-Einleitung ausschließen – diese Gefahr aber zumindest deutlich reduzieren. Bei uns wird Atrazin überhaupt nicht produziert. Das darf ich bei der Gelegenheit anmerken. –

Sechstens: Die Delegation der Schweiz ist zu weiterführenden Gesprächen bereit, um Fragen der Entschädigung einer raschen und sachgerechten Lösung zuzuführen. „Sie gibt der bestimmten Hoffnung Ausdruck", so die wörtliche Formulierung, daß die Fragen des Schadensersatzes und der Wiederherstellung des vor dem Unfall bestehenden Zustandes des Rheines auf gütlichem Wege erledigt werden. – Meine Damen und Herren, ich halte das für besonders wichtig, weil insbesondere Private und kleine Vereine, die betroffen und geschädigt sind, auf diese Weise vor gerichtlichen Auseinandersetzungen mit all den Schwierigkeiten bewahrt werden können. – Bei der Beschaffung der hierzu notwendigen Unterlagen und Grundlagen wird die Internationale Rheinschutzkommission mitwirken.

Siebtens: Am 19. Dezember 1986 – ich sagte es schon – soll das nächste Treffen der Minister stattfinden.

Morgen tagt im übrigen die Störfallkommission im Bundesumweltministerium. Sie hat von mir den Auftrag, das Unglück von Basel noch einmal unter dem Gesichtspunkt zu analysieren, ob sich daraus neue Erkenntnisse für die Sicherheit unserer eigenen Anlagen ergeben. Ist das erforderlich, meine Damen und Herren, so werden wir über freiwillige Vereinbarungen wie über die Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften für ein Höchstmaß an Sicherheit sorgen.

Eine abschließende Bemerkung, meine Damen und Herren: Die EG-Kommission sowie Frankreich und die Niederlande haben der Bundesregierung für die schnellen und ausgezeichneten Informationen inzwischen förmlich gedankt.

Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl

Bericht der Bundesregierung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit teilt mit:

Das Bundeskabinett hat am 12. November 1986 den von Bundesumweltminister Dr. Walter Wallmann vorgelegten Bericht der Bundesregierung über die Konsequenzen aus dem Reaktorunfall im sowjetischen Tschernobyl verabschiedet. Nach ihrem Zwischenbericht vom 18. Juni 1986 kommt die Bundesregierung mit diesem Bericht dem Wunsch des Deutschen Bundestages nach einer umfassenden Unterrichtung über die Folgerungen aus dem Reaktorunfall nach.

Der Bericht an den Deutschen Bundestag macht deutlich, daß die Bundesregierung die durch den Reaktorunfall in Tschernobyl ausgelösten Sorgen und Ängste ernst nimmt und realistische Antworten auf die durch dieses Ereignis aufgeworfenen Fragen gibt.

Der Bericht analysiert und bewertet zunächst den Unfallablauf im Lichte der von der UdSSR im August in Wien gelieferten Informationen. Sodann werden die Konsequenzen des Reaktorunfalls sowie die Maßnahmen und Initiativen der Bundesregierung zunächst im nationalen Bereich (auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, Entschädigung und Energiepolitik) und dann im internationalen Bereich (Wiener Konferenz der IAEO) dargestellt.

Seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl am 26. April 1986 ist ein halbes Jahr vergangen. Von der UdSSR sind im August 1986 der internationalen Atomorganisation Informationen vorgelegt worden, die weitgehende Klarheit über den Hergang des Unfalls und seine Ursachen geschaffen haben. Heute steht fest, daß die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke durch den Reaktorunfall in der UdSSR nicht in Frage gestellt wurde.

Die Bundesregierung hat für ihre Energiepolitik hieraus die Konsequenzen gezogen und im Energiebericht vom September 1986 festgestellt, daß die weitere friedliche Nutzung der Kernenergie unter Sicherheitsaspekten verantwortbar und unter energiepolitischen Aspekten geboten ist.

Der Bericht zeigt auf, welche Prüfaufträge auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit in Auftrag gegeben worden sind. Als Beispiel ist das Prüfungsprogramm der Reaktorsicherheitskommission für alle Kernkraftwerke zu nennen. Untersucht werden Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen

- Präventivmaßnahmen zur Vermeidung von Unfällen,
- anlageninterner Notfallschutz bei Unfällen und
- sonstige anlagenunabhängige Maßnahmen (z. B. hinsichtlich des Betriebspersonals).

Das Strahlenschutzvorsorgegesetz liegt bereits den gesetzgebenden Körperschaften vor, um noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet zu werden. Der Bericht soll einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion um die Kernenergie leisten.

Eröffnung der deutschen Botschaft in Bahrain

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Am 8. November 1986 wurde in Manama unter Leitung eines Geschäftsträgers a. i. die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Der Botschafter mit Sitz in Kuwait bleibt weiterhin in Bahrain doppelakkreditiert.

Anschrift der Botschaft: Embassy of the Federal Republic of Germany, Alhasan Building, Sh. Hamad Causeway, Building No. 668, Diplomatic Area 317, P. O. Box 1 03 06, Manama/State of Bahrain; Tel.: 53 02 10; Telex: derzeit noch 9 440 SHERAT BN; Amtsbezirk: Staat Bahrain

Agrément für Botschafter Dr. Wersdörfer

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Die Regierung der Republik Togo hat Dr. Heinrich Wersdörfer das Agrément als außerordentlichem und bevollmächtigtem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lomé erteilt.

Dr. Wersdörfer wurde am 6. März 1925 in Köln geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und legte beide Staatsprüfungen ab. Dem Auswärtigen Amt gehört er seit 1957 an. Neben Verwendungen in der Zentrale war er an den Auslandsvertretungen in Osaka-Kobe, Kampala, Kalkutta, Addis Abeba und Jakarta eingesetzt. Seit 1982 leitet er die Botschaft in Kuwait.

Perspektiven und Praxis der deutschen Nahost-Politik

Rede von Staatsminister Dr. Stavenhagen in Königswinter

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Lutz G. Stavenhagen, hielt vor der X. Deutsch-Israelischen Konferenz am 11. November 1986 in Königswinter zum Thema „Perspektiven und Praxis der deutschen Nahost-Politik" folgende Rede:

Meine Herren Präsidenten
der Israelisch-Deutschen Gesellschaft
und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,
meine Damen und Herren Abgeordneten der Knesset
und des Deutschen Bundestages,
Herr Botschafter des Staates Israel,
lieber Herr Haas,
liebe Gäste aus Israel, meine Damen und Herren!

Für die Einladung, hier zu Ihnen zu sprechen, und für Ihre freundliche Begrüßung danke ich Ihnen. Ich freue mich, Gast der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu sein, die sich seit vielen Jahren den deutsch-israelischen Beziehungen widmet. Zu Pflege und Vertiefung dieser Beziehungen hat sie wertvolle Beiträge geleistet.

Das deutsch-israelische Verhältnis hat sich zu einem dichten Netz politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beziehungen entwickelt. Deutsch-israelischer kultureller Dialog, deutsch-israelischer Jugendaustausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit sind Beispiele für das, was erreicht worden ist. Mit keinem anderen Land außerhalb des westlichen Bündnisses findet ein so intensiver Besucheraustausch statt.

Mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat im Oktober 1985 zum ersten Mal ein deutscher Bundespräsident Israel besucht. Die Herzlichkeit und Wärme des Empfangs für den Bundespräsidenten haben uns hier in Deutschland tief beeindruckt. Dem Besuch von Staatspräsident Herzog im kommenden April sehen wir mit großer Freude entgegen.

Staatspräsident Herzog wird dann an der Seite des Bundespräsidenten die aus den Wahlen im Januar 1987 hervorgegangene Bundesregierung begrüßen können. Wie die derzeitige und alle Bundesregierungen davor, wird auch die nächste Bundesregierung Ihre Nahost-Politik an dem durch geschichtliche Verantwortung geprägten Verhältnis zum Staat Israel ausrichten. Die Bundesrepublik Deutschland ist sich in jeder Phase Ihrer Nahost-Politik dieser Verantwortung bewußt gewesen. In diesem Geist und im Bewußtsein dieser Verpflichtung wollen wir weiter für die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen wirken. Alois Mertes, mein verehrter Vorgänger im Amt, zählte zu den Jahrgängen, die Hitlers Herrschaft und Krieg am bittersten erfuhren. Daraus wuchs seine Kraft und Leidenschaft für Versöhnung und Frieden. Er sagte am 8. November 1982 bei der VI. Deutsch-Israelischen Konferenz: „Nur Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Verstehen-Wollen und Vertrauen-Wollen sind tragfähige Säulen einer dauerhaften Brücke zwischen Deutschen und Juden, zwischen Deutschland und Israel." Diesem Bemühen meines Vorgängers fühle ich mich besonders verpflichtet.

Seit der IX. Deutsch-Israelischen Konferenz in Tel Aviv 1985 sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Hier denke ich vor allem an die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern: Am 4. Juli 1986 wurde in Bonn in Anwesenheit des Bundeskanzlers von den beiden Ressortministern die Vereinbarung über die Schaffung einer deutsch-israelischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung unterzeichnet.

Die Ende der fünfziger Jahre begonnene wissenschaftliche Kooperation, an der alle bedeutenden Forschungseinrichtungen Israels mitwirken, hat damit ein wichtiges neues Instrument erhalten. Die Stiftung schafft zusätzliche Möglichkeiten zur gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit und zur Förderung von Projekten, die im gemeinsamen Interesse beider Länder liegen.

Für die Bundesrepublik Deutschland war es etwas Neues, gemeinsam mit einem anderen Staat eine Stiftung für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zu gründen.

Die Gründung gelang, weil Israel auf Grund seines hohen Standes innovativer Forschung und seines wissenschaftlichen Potentials einzigartige Voraussetzungen mitbringt. Ich erinnere nur an die landwirtschaftliche Bewässerungstechnik und an die Entwicklung arider Gebiete.

Den Vorschlag einer solchen Stiftung unterbreitete Ministerpräsident Peres, als er den Bundeskanzler anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Vereinten Nationen im Oktober 1985 in New York traf. Beide waren im gleichen Raum zusammengekommen, in dem die historische Begegnung zwischen Konrad Adenauer und David Ben Gurion stattgefunden hatte. Der bisherigen Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem israelischen Volk wurde eine neue Dimension hinzugefügt, vor historischem Hintergrund, aber dieses Mal aufbauend auf langjährigem intensiven und freundschaftlichen Austausch.

Ich bin dankbar, daß die Statuten der Stiftung auch der geisteswissenschaftlichen Forschung Raum geben. Bei meinen Besuchen in Israel habe ich immer wieder dafür geworben, daß auch im Geisteswissenschaftlichen die Zusammenarbeit noch enger wird.

Das Vorkriegsdeutschland ist nicht vorstellbar ohne den jüdischen Beitrag zu seinem Kultur und Geistesleben. Das Vorkriegs-Berlin erhielt seine Lebendigkeit, seine Frische, seine kulturelle Urbanität durch Heroen des Theaters wie Max Reinhardt, der dem deutschen Theater einen Glanz verlieh, wie er nicht mehr erreicht wurde, durch jüdische Schriftsteller, Verleger, Schauspieler, Musiker, Historiker, Juristen und Politiker. Als sie vertrieben wurden oder umkamen, war ein glanzvoller Abschnitt deutscher Kultur beendet.

An das Vergangene konnten wir nicht mehr anknüpfen. Dennoch hat sich das deutsch-israelische Verhältnis zu einem Geflecht enger Beziehungen auf allen Gebieten verdichtet. Einer, der sich schon ganz früh für den Wissenschaftleraustausch eingesetzt und sich große Verdienste um das deutsch-israelische Verhältnis erworben hat, ist der kürzlich verstorbene Dr. Josef Cohn, der das europäische Komitee des Weizmann-Instituts auf seine unnachahmliche Weise leitete. Wir haben mit ihm einen Freund verloren.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Zukunft werfen. In beiden Ländern wachsen junge, selbstbewußte und kritische Bürger heran. Mit dem Generationswechsel tritt an die Stelle durch persönliche Erlebnisse geprägten Verhaltens immer stärker eine neue Unbefangenheit und Offenheit. Dennoch wird das deutsch-israelische Verhältnis auch weiterhin durch die Vergangenheit geprägt bleiben und einen besonderen Charakter behalten.

Der beiderseitige Jugendaustausch, der früh und ohne festen Rahmen begann und erst seit 1972 von einem gemischten deutsch-israelischen Fachausschuß unterstützt wird, hat Verständnis und Verständigung geschaffen. Mit keinem Land außer Frankreich hat die Bundesrepublik Deutschland einen so intensiven Jugendaustausch wie mit Israel. Unter den zwölf Partnerländern Israels für den internationalen Jugendaustausch nehmen wir mit Abstand den ersten Platz ein. Persönliche Beziehungen, reale Gemeinsamkeiten und ein stetiger Dialog zwischen den Menschen in beiden Ländern werden mehr und mehr – auch als Ergebnis des intensiven Jugendaustauschs – unsere gegenseitigen Beziehungen bestimmen.

Nach diesem kurzen Blick auf ein Stück Praxis unserer Beziehungen möchte ich mich nun der Nahost-Politik der Bundesregierung zuwenden. Ich möchte die angeklungenen kritischen Bemerkungen über die deutsche und europäische Position im Nahost-Konflikt zum Anlaß nehmen, etwas zur Gestaltung der deutschen und europäischen Nahost-Politik vor dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund unserer Beziehungen zu Israel zu sagen.

Unsere Nahost-Politik ist Teil der Nahost-Politik der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft; wir haben sie durch eigene Initiativen mitgestaltet. In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit gewinnt unser Streben nach politischer Einigung Europas konkreten Ausdruck. Je kraftvoller und konsequenter unser gemeinsames Handeln ist, desto näher kommen wir diesem Ziel und desto gewichtiger ist auch die Rolle Europas in der Welt.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland im Herzen Europas und an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts, wir können und wollen uns dieser Gemeinsamkeit nicht entziehen. Zum Nachteil der Nahost-Politik ist diese europäische Entwicklung nicht.

Unser oberstes Ziel ist es, aussichtsreiche und realistische Friedensbemühungen zu unterstützen. Wir wissen, daß der jüdisch-arabische nur einer der Konflikte im Nahen Osten ist. Unsere Beziehungen zum nahöstlichen Raum schließen – allerdings vor anderem geschichtlichen Hintergrund – Beziehungen zu den arabischen Staaten ein.

Europäische Nahost-Politik kann keinen Lösungsvorschlag, kein fertiges, erfolgversprechendes Modell der Streitschlichtung anbieten oder empfehlen. Friedensstiftung im Nahen Osten ist uns von außen nicht möglich, der Versuch würde unsere Kräfte übersteigen. Das, was wir zu tun in der Lage sind, ist ohne Einschränkung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden gerichtet. Dabei orientiert sich die Nahost-Politik der Gemeinschaft an drei Prinzipien, die in europäischen Erklärungen immer wieder unterstrichen worden sind:

- dem Lebensrecht Israels in anerkannten und gesicherten Grenzen,
- dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes,
- dem Verzicht auf Gewalt durch alle am Konflikt Beteiligten, der nur eine Ausnahme kennen darf: das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.

Wo sich die Zwölf gemeinsam für den Frieden einsetzen, haben ihre Forderungen stärkeres Gewicht als die Forderungen eines einzelnen Staates. Wenn sich zwölf für Gewaltverzicht, für die Anerkennung der Sicherheitsrat-Resolution 242 und für das Existenzrecht Israels einsetzen, wirkt dies nachhaltiger, als wenn nur einer dies tut. Wo bilaterale deutsche und europäische Bemühungen zusammenwirken, um die wirtschaftliche Kooperation mit Ländern der Region zu verbessern, ist der Beitrag zu Entwicklungsfortschritten und zur Stabilisierung ungleich nachhaltiger, als wenn nur einer so handelt.

Bei alldem wissen wir, daß Europa selbst bei gemeinsamem Handeln nur eine vergleichsweise begrenzte Rolle in der Region spielen kann. Wir überschätzen uns nicht. Europäische Nahost-Politik kann aber in sinnvoller Weise die amerikanischen Bemühungen ergänzen und unterstützen.

Lassen Sie mich auch ein persönliches Wort zu Jerusalem, dieser einzigartigen unter den Städten sagen: Die drei monotheistischen Religionen haben eine besondere Beziehung zu Jerusalem. Wir Christen haben dort unsere Heiligen Stätten. Für die Mohammedaner ist sie die Stadt, von der aus Mohammed zu seiner nächtlichen Himmelfahrt aufstieg. Den Juden ist sie als Stadt heilig. Zweitausend Jahre haben sie Jerusalem in ihr Gebet eingeschlossen als Ausdruck der Sehnsucht eines verfolgten und zerstreuten Volkes, in die alte Heimat zurückzukehren. Das Bild der geteilten Stadt Berlin vor Augen, ist für mich weder Teilung noch Internationalisierung eine erträgliche Lösung. Universalität der Stadt, freier Zutritt für alle Menschen zu ihren Heiligen Stätten und Modell des friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern – das scheint mir der richtige Weg zu sein.

Wir alle wissen, daß die USA die einzige auswärtige Macht ist, die auf Grund ihres politischen Einflusses und ihrer militärischen Stärke etwas in der Region erreichen kann. Der Nahost-Konflikt ist deshalb ebenso wie die Bekämpfung des von nahöstlichen Gruppen ausgehenden internationalen Terrorismus nicht nur bei den Beratungen in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, sondern auch bei deutsch-amerikanischen Konsultationen ein wichtiges Thema.

Die Förderung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten ist Bestandteil unserer auf Frieden, Freiheit und Durchsetzung der Menschenrechte ausgerichteten Außenpolitik.

Ich möchte eines verdeutlichen: Wir Deutsche sind uns darüber im klaren, daß Selbstbestimmung auf beiden Seiten der Trennungslinie, die unsere Nation teilt, nur im Rahmen einer umfassenden Friedensordnung möglich ist. Ähnliches gilt auch für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Es kann nur im Rahmen einer Friedensregelung für den Nahen Osten gewährt werden, die allen Staaten der Region, einschließlich Israel, sichere und anerkannte Grenzen und damit eine gesicherte Existenz garantiert. Eine solche Friedenslösung erfordert den Konsens aller Konfliktparteien. Daraus ergibt sich, daß der Weg zum Frieden im Nahen Osten über den Ausgleich von Rechten aller Parteien führen muß. Es kann nicht auf der einseitigen Durchsetzung von Einzelrechten aufbauen.

Das Recht Israels auf Existenz in sicheren Grenzen – das erste von mir erwähnte Prinzip für die Erreichung einer Lösung im Nahost-Konflikt auf dem Verhandlungswege – hat in unserer Nahost-Politik seit langem einen festen Platz. Dafür einzutreten, ist gerade für uns eine politische Selbstverständlichkeit, aber auch moralische Verpflichtung.

Unumgänglich für eine Verhandlungslösung ist nach deutscher und europäischer Überzeugung der Gewaltverzicht, zu dem sich die Konfliktparteien bereitfinden müssen. Er bedeutet auch Verzicht auf Streben nach einseitigen Vortei-

len und Verzicht auf Ausnutzung von politischen, militärischen und ökonomischen Machtpotentialen. Nur ein solcher umfassender Gewaltverzicht kann immer neue Konflikte und Kriege verhindern.

Die Geschichte des Nahost-Konflikts zeigt, daß es auf dem Wege zu einer Friedenslösung zahllose Enttäuschungen und Rückschläge gegeben hat. Dies darf jedoch die Konfliktparteien nicht davon abhalten, neue Anstrengungen zu unternehmen. Wir Europäer werden alle Versuche unterstützen, die eine Friedenslösung auf der Grundlage der von mir genannten Prinzipien zu verwirklichen suchen. Wir werden jeden schrittweisen Abbau von Konfliktpotentialen fördern. Wir sind für Kooperation, die zu neuen konstruktiven Formen der Beziehungen führt.

In diesen Tagen wird viel über eine internationale Nahost-Konferenz gesprochen. Die Meinungen in Israel dazu sind geteilt. Wir würden eine Einigung der unmittelbar Beteiligten auf einen internationalen Rahmen für Verhandlungen, wie ihn eine Nahost-Konferenz unter dem Schirm der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates darstellt, für einen guten Anfang halten. Wir glauben, daß kein arabischer Führer ohne einen solchen Rahmen in Verhandlungen eintreten kann.

Einige Entwicklungen der letzten Zeit geben Anlaß zu einem gewissen Optimismus. Ich denke an die Treffen des heutigen israelischen Außenministers mit König Hassan von Marokko und Präsident Mubarak sowie an die Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Verhältnisse auf der Westbank und in Gaza.

Wir begrüßen diese Entwicklungen und fordern alle Beteiligten auf, in ihrem Bemühen um einen dauerhaften Frieden nicht nachzulassen. Israel und Ägypten haben mit ihrer Einigung über Taba am 12. September 1986 gezeigt, daß Verhandlungen und Kompromißbereitschaft auch in schwierigen Fällen Lösungen ermöglichen.

Wir hoffen trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten, trotz anhaltender kriegerischer Verwicklungen in der Region, daß Verständigung und Zusammenarbeit immer mehr an die Stelle von Konfrontationen treten. Es geht um die Herbeiführung einer dauerhaften Friedensregelung. Die Bundesregierung wird zusammen mit ihren europäischen Partnern auch in Zukunft sinnvolle Ansätze zur Konfliktlösung unterstützen und den unmittelbaren Konfliktparteien bei der Suche nach Frieden und Ausgleich behilflich sein, wenn sie es wünschen.

Europäische Kampagne für den ländlichen Raum

Rede von Bundesminister Dr. Schneider in Bonn

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Oscar Schneider, hielt anläßlich der konstituierenden Sitzung des Deutschen Ausschusses der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum am 12. November 1986 in Bonn zum Thema „Leben auf dem Lande!" folgende Rede:

Ich begrüße Sie herzlich zur konstituierenden Sitzung des Deutschen Ausschusses der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum.

Die Bundesregierung hat die Entscheidung des Europarates, diese Kampagne in den Jahren 1987 und 1988 durchzuführen, voll unterstützt. Nach dem Denkmalschutz und der Stadterneuerung wird damit erneut ein wichtiger Bereich unseres Lebensumfeldes ins Zentrum europaweiter Anstrengungen gerückt.

Als Raumordnungsminister, für den die Sicherung der Lebenskräfte des ländlichen Raumes und die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land eine vorrangige Aufgabe ist, danke ich Ihnen allen, den Fraktionen des Deutschen Bundestages, den Bundesländern, meinen Kollegen in der Bundesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden, den Kirchen, den Medien und den vielen hier vertretenen Organisationen, daß Sie sich zur Mitarbeit in dieser Kampagne bereit erklärt haben. Ich werte es als gutes Zeichen für den ländlichen Raum, daß wir – ungeachtet politischer Meinungsverschiedenheiten und oft auch widerstreitender Interessen – diese Kampagne gemeinsam und konstruktiv gestalten wollen; gemeinsam auch in dem Sinne, daß im Deutschen Ausschuß alle kommunalen Spitzenverbände, das heißt auch Vertreter von Stadt und Land, zusammenwirken. Lassen Sie uns alle mithelfen, diesen Geist zu bewahren.

Es ist nicht erforderlich, daß ich Ihnen die Probleme des ländlichen Raumes im einzelnen erläutere. Sie alle kennen die Fragen, die sich stellen. Die ländlichen Räume stehen in Europa vor großen Gefahren, aber auch vor Chancen, die es zu nutzen gilt. Dabei will ich gerne betonen, daß in anderen Mitgliedstaaten des Europarates oft die Sorgen überwiegen, während wir gerade in den letzten Jahren gute Ansätze für eine positive Entwicklung sehen. Gemeinsam ist jedoch die Erkenntnis, daß die eigenständige Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes eine unverzichtbare Voraussetzung ist, um die gerade auch im ländlichen Raum wurzelnde Vielfalt des kulturellen, baulichen und landschaftlichen Erbes Europas zu bewahren.

Die Europäische Kampagne will daher das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Entwicklung des ländlichen Europa und der Bewahrung ländlicher Werte und Traditionen stärken und den Anspruch des ländlichen Raumes auf eine eigenständige Entwicklung verdeutlichen:

- Sie will die menschlichen und familiären Lebens- und Arbeitsbedingungen, das kulturelle und natürliche Erbe und die speziellen Werte der ländlichen Regionen herausstellen.
- Sie will die sozialen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen in der Landwirtschaft, in Gewerbe, Industrie, Handwerk und Dienstleistungen fördern.
- Sie will eine Stärkung der Städte und Dörfer im Sinne einer „dezentralen Konzentration" erreichen.
- Sie will deutlich machen, daß es die ländlichen Räume als Freizeit- und Erholungsräume und ökologische Ausgleichsräume für alle Menschen unserer Gesellschaft zu erhalten, zu erneuern und zu schaffen gilt.
- Sie will das Bewußtsein dafür wecken, daß wir die Vielfalt des kulturellen Erbes im weitesten Sinne, insbesondere unter den Aspekten der Landschaftsformen und des Artenreichtums an Flora und Fauna, der Stadt- und Dorferneuerung und des Denkmalschutzes sowie des Brauchtums in Sprache, Musik, Kunst und Handwerk bewahren müssen.

Sie soll Anstöße geben, um, wie es der Europarat formuliert, „durch Entwicklung zu bewahren und durch Bewahrung zu entwickeln".

Drei Aufgabenfelder sind es, in denen sich heute einerseits die Schwierigkeiten und andererseits die Chancen, aber auch das allgemeine Interesse am ländlichen Raum konkretisieren. Dabei stellen sich die Fragen in den verschiedenen Kategorien des ländlichen Raumes sehr verschieden.

1. Es sind gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum, gute und sichere Arbeitsplätze in und außerhalb der Landwirtschaft, eine gleichzeitig zeitgemäße und dem Lande entsprechende Infrastruktur zu schaffen und zu sichern.
2. Die ökologischen Funktionen des ländlichen Raumes sind zu schützen und zu stärken, ohne seine eigenständige Entwicklung zu beeinträchtigen.

   Er darf nicht Abladeplatz für Umweltprobleme der Verdichtungsräume sein.
3. Unser kulturelles Erbe, die Vielfalt unserer Lebensformen, die ihre Wurzeln auf dem Lande haben, muß bewahrt werden.

Zu 1: Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen

Die Raumordnungspolitik, die gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen und zu bewahren hat, stand über Jahrzehnte hinweg vor dem Problem, daß sich in den Verdichtungsräumen immer mehr Menschen, Infrastruktur und Wohlstand sammelten, während der ländliche Raum wirtschaftlich, sozial und kulturell in den Hintergrund zu treten drohte. Dieser Entwicklung sind wir mit einer flächendeckenden Raumordnungspolitik, die passive Sanierung ablehnt, erfolgreich entgegengetreten. Die Infrastruktur des ländlichen Raumes in der Bundesrepublik Deutschland ist in Europa vorbildlich.

Wir haben durch große raumordnerische und agrarpolitische Anstrengungen sowie durch intensive regionale Wirtschaftsförderung dazu beigetragen, daß der ländliche Raum trotz der Anziehungskraft der Verdichtungsräume als Lebens- und Arbeitsraum nicht nur für die Landwirtschaft attraktiv geblieben ist.

Neueste wissenschaftliche Untersuchungen zur regionalen Wirtschaftsförderung zeigen einen Trend zugunsten der ländlichen Räume. So waren, wie die Bundesregierung in ihrem jüngsten Raumordnungsbericht festgestellt hat, sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Beschäftigtenentwicklung in den Jahren 1980 bis 1985 in ländlichen Gebieten im Durchschnitt günstiger als im gesamten Bundesgebiet. Eine Ursache hierfür ist zum Beispiel, daß kleine und mittlere Betriebe in ländlichen Gebieten für sie oft günstigere Bedingungen finden.

Der ländliche Raum hat Anspruch auf eine gleichwertige und eigenständige Entwicklung. Dazu braucht er eine zeitgemäße und angemessene Infrastruktur. Diese darf keine Kopie der Infrastruktur der Verdichtungsräume sein, will man nicht die Eigenheiten des ländlichen Raumes zerstören.

Was wir brauchen, ist ein sich ergänzendes Miteinander von Verdichtungsraum und ländlichem Raum, von Stadt und Land. Stadt und Land sind untrennbar miteinander verbunden, sie leben voneinander und miteinander und sind sich deshalb gleichermaßen verpflichtet.

Die Landwirtschaft wird im Interesse aller die wirtschaftliche aber auch die kulturelle Grundlage des ländlichen Raums bleiben. Auch muß sie weiterhin als Garant für die Pflege unserer natürlichen Umwelt dienen. Aber der ländliche Raum braucht darüber hinaus eine Ergänzung durch Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft. Deshalb arbeiten wir intensiv daran, die wirtschaftlichen Potentiale des ländlichen Raumes, seine Standortbedingungen, seine Lebens- und Wohnumfeldvorzüge voll auszuschöpfen. Bei vielen Menschen hat gerade im Kontrast zum städtischen Leben die Lebensqualität des ländlichen Raumes an Wert gewonnen.

Viele kleinere und mittlere Betriebe in zukunftsträchtigen Branchen sehen hier große Entwicklungsmöglichkeiten. Gerade moderne Technologien entwickeln sich auch unabhängig von schon vorhandenen Strukturen.

Wir können die Entwicklungschancen, die in den charakteristischen Eigenschaften des ländlichen Raums liegen, unterstützen, indem wir dem ländlichen Raum die dafür erforderliche Infrastruktur geben: neue Kommunikationstechniken, hochqualifizierte Bildungseinrichtungen und auch kulturell attraktive Wohn- und Freizeitbedingungen.

Dies gelingt nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Wirtschaftspolitik, die der investierenden Wirtschaft Sicherheit und der Leistungsbereitschaft des einzelnen Antrieb gibt.

Zu 2: Umweltschutz

Beim Umweltschutz sehen wir uns im ländlichen Raum folgender Konfrontation gegenüber: Für die in den Verdichtungsräumen lebenden Menschen ist der ländliche Raum der ihnen verbleibende natürliche, relativ unbelastete Erlebnis- und Erholungsraum. Die Landbevölkerung dagegen befürchtet, auf eine eigenständige Entwicklung verzichten zu müssen, um einerseits als ökologischer Ausgleichsraum, als „Umweltoase" zur Verfügung zu stehen, andererseits befürchtet sie, zum Müllabladeplatz zu werden.

Beides kann und wird so nicht gehen.

Ich betone auch in diesem Zusammenhang: Der ländliche Raum hat Anspruch auf eine eigenständige Entwicklung, eigenständig aber in zweierlei Hinsicht: Einmal darf er nicht den Entwicklungen der Verdichtungsräume nacheifern wollen, andererseits dürfen seine Entwicklungsziele umgekehrt nicht lediglich aus den Bedürfnissen der Verdichtungsräume abgeleitet werden.

Unter Umweltschutzaspekten ist der ländliche Raum in erster Linie durch die Landwirtschaft geprägt. Durch die Landwirtschft wurde unsere Landschaft kultiviert, der Artenreichtum Mitteleuropas ermöglicht, das heißt, sie hat die Umweltressourcen geschaffen, die es heute zu schützen und zu wahren gilt.

Andererseits ist die Fortentwicklung landwirtschaftlicher Anbaumethoden und Nutzungen nicht ohne Folgen für den Naturhaushalt geblieben. Wir müssen alles daran setzen, die biologische Einheit von landwirtschaftlicher Nutzung und ökologischer Ausgleichsfunktion zu erhalten. Denn wir brauchen den ländlichen Raum natürlich dringend auch als ökologischen Ausgleichsraum. Dies erfordert unsere ganze Solidarität. Dem dient nicht zuletzt die Europäische Kampagne!

Solidarität in diesem Sinne heißt Umweltschutz in Stadt und Land. Die Bundesregierung hat dazu viel getan:

An erster Stelle meine ich die Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung, mit der das gesamte, sehr komplexe Aufgabenfeld dargestellt worden ist und Handlungsmöglich-

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Welckerstraße 11, 5300 Bonn1

Verantwortlich: Christa Kieslich, Bonn

Vertrieb: Deutsche Reportagefilm Produktions-, Verlags- und Vertriebs-GmbH

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn

Nachdruck honorarfrei gestattet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen.

Bezugspreis halbjährlich 15,60 DM. Laufender Bezug nur durch die Vertriebsgesellschaft.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer nicht enthalten. (§ 2 Abs. 3 UStG 1980).

Z 1988 B

(Adresse)

Deutsche Reportagefilm Produktions-, Verlags- und Vertriebs-GmbH · Postfach 14 28 · 5300 Bonn

keiten aufgezeigt worden sind. Vieles an angekündigten Initiativen ist bereits durchgeführt, beziehungsweise eingeleitet worden.

Aus meinem Zuständigkeitsbereich ist in erster Linie das Baugesetzbuch zu nennen, das viele Neuerungen zugunsten des ländlichen Raumes enthält. Das Baugesetzbuch ist ein Gesetz für Stadt und Land. Die Konzentration auf die Innenentwicklung der Städte und Dörfer hilft Boden und Umwelt sparen, schützt vor Zersiedlung und trägt zur Erhaltung attraktiver und lebendiger Ortskerne bei. Die Vorschriften über das Bauen im Außenbereich und über das aus familien- und sozialpolitischen Gründen erwünschte Zusammenleben der Generationen einer Familie unter einem Dach dienen der Erhaltung und Fortentwicklung des ländlichen Raumes. Der Schutz des Außenbereichs bleibt erhalten.

Weiter nenne ich die Verdreifachung der Städtebauförderungsmittel des Bundes für die Jahre 1986 und 1987 auf je 1 Mrd. DM, die in zunehmendem Maße der Dorferneuerung zugute kommen. Diese Maßnahme ist im politischen Raum auf außerordentlich breite Zustimmung gestoßen. Die Programmittel konnten schnell umgesetzt werden.

Im Zuge dieser Erhöhung der Städtebauförderungsmittel ist gerade der politische Stellenwert der Dorferneuerung bundesweit erheblich gestiegen. Die Bundesregierung hat besonderen Wert darauf gelegt, daß ein erheblicher Teil der Mittel im ländlichen Raum für die städtebauliche Dorferneuerung eingesetzt wird. Immerhin liegen knapp 30 Prozent aller bisher geförderten Maßnahmen in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß wir uns – wie diesem Kreis sicher bekannt ist – in der Ministerkonferenz für Raumordnung darauf geeinigt haben, das Raumordnungsverfahren als eine erste Stufe der Umweltverträglichkeitsprüfung rahmenrechtlich in das Raumordnungsgesetz einzuführen.

Zu 3: Bewahrung des kulturellen Erbes

Zur Bedeutung des ländlichen Raumes für die kulturgeschichtliche Entwicklung unseres Landes sind zwei Feststellungen wichtig:

a) Die europäische Kultur stellt sich nicht nur in den Städten dar. Nicht zuletzt in der Vielfalt der Landschaft und der ländlichen Strukturen wurzeln auch die kulturelle Vielfalt, die Eigenarten auch der deutschen Länder, die durch ihre Konkurrenz wie durch ihre gegenseitige Ergänzung eine Quelle der Kreativität und des gesunden Fortschritts sind. Dies müssen wir im Interesse unseres ganzen Landes bewahren.

b) Die Chancen des ländlichen Raumes liegen nicht in der Übertragung der Strukturen und der Lebensverhältnisse der Verdichtungsräume, sondern gerade in der Bewahrung und Entwicklung seiner eigenen Werte: seiner landschaftlichen und landsmannschaftlichen Vielfalt, seinen Möglichkeiten zu einem Leben mit größerer Naturverbundenheit und menschlicher Nähe – ich denke zum Beispiel an die Tradition des bäuerlichen Familienbetriebes –, seinem Brauchtum, seinen Freizeitmöglichkeiten und nicht zuletzt den günstigeren Bedingungen zur Bildung von Wohneigentum.

Deshalb haben wir in den letzten Jahren, und dies gilt es fortzuführen, großen Wert auf eine behutsame und bewahrende Entwicklung der Städte und Dörfer gelegt. Die Erhaltung und neue Nutzung funktionslos gewordener landwirtschaftlicher Gebäude ist dabei nur ein Beispiel. Dies ist ein Grund, warum die Bundesregierung besonderen Wert darauf gelegt hat, daß ein erheblicher Teil der Mittel der Städtebauförderung für die städtebauliche Dorferneuerung eingesetzt wird.

Die heutige Sitzung kann nicht den Sinn haben, all die gestellten Fragen zu diskutieren oder gar zu lösen. Vielmehr wollen wir mit der Konstituierung des Ausschusses eine breite und lebhafte Diskussion eröffnen, die Probleme und die Schönheiten des ländlichen Raumes weiten Kreisen nahebringen und neue Lösungsansätze aufzeigen. Wir wollen nicht in Vergils bukolische Gefilde flüchten, auch nicht mit Rousseau einer Städtefeindlichkeit das Wort reden:

Wir suchen die kultivierte Landschaft, die Harmonie aus Natur und Menschenwerk, den lebensstarken und daseinsfrohen Akkord des Menschen mit seiner Erde. Ein Hauch zeitloser Lebensformen zieht uns an, Geschichte und Erbe, Fortschritt und Bescheidung werden uns bewußt. Unser Beginnen steht im Zeichen der guten, ehrlichen Tradition; der Geist des Friedens und der bewahrenden Verpflichtung soll es begleiten.

Agrément für den Botschafter von Rumänien

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Der Bundespräsident hat Marcel Dinu das Agrément als außerordentlichem und bevollmächtigtem Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland erteilt.

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

415-4

בון, 14.11.86
יב' חשון תשמ"ז

אל : גב' חמדה גולן,מנהלת המחלקה לאמנות משפט
מאת: היועץ לעניני כלכלה,בון

הנדון: בטוח סוציאלי

רצ"ב פרוטוקול החלפת כתבי האשרור לתיקון הסכם הבטוח הסוציאלי עם רפ"ג.

הפרוטוקול נחתם ביום 13.11.86 ע"י השגריר מר י. בן-ארי
בשם מדינת ישראל וד"ר JÜRGEN OESTERHELT
היועץ המשפטי של משרד החוץ בשם רפ"ג.
תקון ההסכם נכנס לתוקף ביום 1.1.87.

בברכה

א. זמרן

העתק: אירופה 1
היועץ המשפטי המוסד לבטוח לאומי
מר א. דברת סמנכ"ל האוצר

From the Desk of

EPHRAIM DAVRATH

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

סודי

414-12

בון, 14.11.86
יב' חשון תשמ"ז

דף מס' 1 מתוך 2 דפים
העתק מס' 2 מתוך 5 העתקים

אל : מר גד אלרון האוצר
מאת: היועץ לענייני כלכלה בון

הנדון: חוק נפגעי רדיפות הנאצים-
פגישת סמנכ"ל האוצר מר דברת במשרד האוצר בון.

ביום 11.11.86 התקיימה פגישה במשרד האוצר הרפ"גי. מהגרמנים השתתפו מר אובריכט מנהל האגף לשילומים והעוזרים מר קראוס, מר אולדנבורג ומר ווירט. מצידנו מר דברת סמנכ"ל האוצר והח"מ. בדובר שלושה נושאים:

1. החזר הוצאות הלשכה למפגעים אישיים בת"א.

א. מר דברת העלה הדרישה לקצר הליכי החזרי הוצאות הלשכה בת"א. סוכם לבדוק האפשרות לתשלום באמצעות משרד האוצר כאן ישירות לשגרירות בבון ללא התהליך המסורבל עתה, שגרירות רפ"ג בישראל, דרך משרד החוץ בבון, אשור הסדיבות השוברת ורק לאחר מכן העברת החשבון למשרד האוצר הגרמני לתשלום.

ב. הובעה הערכה כי התשלום בגובה 75% מההוצאה של השנה שחלפה, המשולמת במקדמה לגבי השנה השוטפת שרב לא ישחק כבעבר עקב עצירת האינפלציה בישראל.

2. הסכם העודפים בקרן ה- 800 מליון מ.ג. מר דברת התייחס לעודף המשוער הנמצא בקרן ה- 800 מליון מ.ג. האמור להיות מועבר לממשלת ישראל בהתאם להסכם דיבטסיין מ- 1970, כהשתתפות הגרמנים בהוצאות מדינת ישראל בהתאם לחוק נפגעי רדיפות הנאצים. מר ווירט הממונה במשרד האוצר הרפ"גי על הקרן הסביר, שהעודף הצפוי נראה לו בסביבות 5 מליון מ.ג. ובהתאם להסכם המקורי יעשה חשבון סופי בתחילת 1988, וכיוון, שהמועד קרוב יחסית, אין טעם לסכום ביניים, כיוון, שלשם הכנת חשבון ביניים משוער, הוא זקוק לסכום התשלומים ברפ"ג מהקרן לסוף שנת 1986 וממילא אנו מתקרבים לחשבון הסופי בתחילת 1988.

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

<u>סודי</u>

3. חוק גבי רדיפות הנאצים מכתבי שרי האוצר.
מר דברת התייחס להוצאה האדירה בה נושאת ממשלת ישראל עקב חוק גבי רדיפות הנאצים. ההוצאה בה נשאה ממשלת ישראל לפי חק זה עד עתה מסתכמת ב- 1.4 מליארד מ.ג. וצפויים תשלומים נוספים בעתיד כ- 1.5 מליארד מ.ג. עד שנת 2015.
במכתבו של שר האוצר מודעי לשר האוצר הרפ"גי שטולטנברג,הועלתה התביעה אך השר שטולטנברג השיב בשלילה לתביעה,בהסתמכו על הסכם דינשטיין משנת 1970.
השר משה ניסים חזר והעלה הבעיה במכתב לשר שטולטנברג מיום 12.5.86 וקבע,שאנו נחזור לנושא במועד מאוחר יותר.
מר דברת הסביר,שהוא מודע לעהדיי של ערב בחירות ברפ"ג בה אין אפשרות לדון מעמיק של דרישתנו,אולם נוסיף ונחזור לכך במועד המתאים.
מר אובריכט מנהל האגף לשילומים במשרד האוצר הביע דעתו,שאין הוא רואה סכויי לתוזזה בנושא,שכן,הסכם דינשטיין ענה סופית על דרישתינו והתשלום בסך ל.323 מליון מ.ג. שכבר הועבר בנוסף ל- 5 מליון מ.ג. לערך שיועברו ב-1988 הם האפשרות התקציבית האחרונה מצד האוצר הרפ"גי בנושא.
יש לציין,שלמרות שמר אובריכט גילה אולי הבנה אישית לדרישה, הרי לדעתו הוא איננו רואה לעת תקורה שיש סיכויי לתביעתינו.

לסכום: עמדתם השלילית של פקידי האוצר היתה צפויה,אבל העלאת הנושא פעם נוספת הן במשרד האוצר כמו עם חברי בונדסטאג,הוכיחה לגרמנים שישראל איננה רואה בהסכם דינשטיין סוף פסוק,ותעלה הדרישה שוב בבוא העת.

בברכה

א. זמרן

העתק: מר א. דברת סמנכ"ל האוצר

5790

תאריך : 14.11.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס

בלמס

חוזם:11,5790
אל:המשרד
מ-:בון,נר:123,תא:141186,זח:1400,דח:ר,סג:ב
נד:ם

בלמס/רגיל

אל : אירופה 1, הסברה, מעת, לעמ

דע : סמנכל' אירופה

מאת: שגרירות בון

הראיון ב-"וושינגטון טיימס " - תקשורת 14.11

1. השגריר הענייק ראיון טלפוני לתחנת הרדיו של מדינת סארלנד , בו התייחס לראיון הנדון , לפעילות הטרור הבינ"ל הנתמכת ע"י סוריה בלונדון , בברלין ובמקומות אחרים ודחה מכל וכל ההשערות כי לגורם מודיעין ישראלי כלשהו היה קשר עם נסיון הפיגוע בלונדון , בהאשימו את הסורים בפעילות של לוחמה פסיכולוגית ודיסאינפורמציה .

2. בדי ורלט מתפרסם מכתב של חיינץ וירשובסקי הדוחה באופן החלטי ההשערה כי לישראל ולשרות הביון שלה קשר כלשהו עם מקרה הינדאווי , הצהרות שיראק הן תוצאה של אי-הבנה או טעות ואם אין זה כן , אזי עומדת מאחורי - ההצהרה הכוונה להקל על היחסים עם סוריה בגלל ועיסקות הנשק עמה בפרט. בהמשך השקפות הכותב על תהליך השלום באיזור ועמדתו כלפי אשפ'.

ברנע

====מש

[illegible] : 14.11.89 : [illegible] 5790

2072 [illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

3/4 1-M

[illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible]: [illegible]

[illegible]

1. [illegible]

2. [illegible]

[illegible]

[illegible]

משרד החוץ-מחלקת הקשר

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,סמנכל,ממד,רם,אמן,ממעת,הסברה,
לעמ,אירא,אירב

[illegible]
[illegible]

יב' בחשון התשמ"ז
14 בנובמבר 1986

<u>מדיניות רפ"ג כלפי המזה"ת</u>

לקראת הפגישה עם הממונה על המזה"ת במשה"ח של רפ"ג

מדיניותה של רפ"ג באזור נגזרת מחד מאופי יחסיה המיוחדים עם ישראל, על רקע השואה, ומאידך משאיפתה ליחסים פוריים עם מדינות ערב. מדיניותה מעוצבת במסגרת התיאום המדיני של הקהילייה האירופאית.

<u>היחסים עם מדינות ערב:</u> מאופיינים בביקורים הדדיים, אם-כי לא במגוון ובתכיפות המאפיינים את הקשרים עם ישראל. במהלך השנה האחרונה ביקר נשיא הבונדסטאג במצרים, וביקרו המלך חוסיין והנשיא מובארק בבון. הנשיא אסאד נפגש עם שה"ח גנשר באפריל בבלגרד (דנו בשתו"פ בלוחמה בטרור - לאחר הפיצוץ בדיסקוטק בברלין, שהחשד, עתה, שסוריה היתה מעורבת בו).

הקשרים הכלכליים של רפ"ג עם מדינות ערב אינם נעדרים בעייתיות. הלחצים ברפ"ג ליצור מקומות עבודה לכ-2 מליון מובטלים גורמים לתחרות מתמדת לשמור על שווקים ולהגדיל היצוא הגרמני.

מאז 1982 מאזנה המסחרי של רפ"ג עם מדינות ערב חיובי. אולם, מאז 1981 חלה ירידה משמעותית (55%) בהיקף הסחר עם המדינות הללו, מן הסיבות הידועות הקשורות לשינויים בשוק הנפט העולמי והשלכותיהם על המסחר. ב-1985 נסתכם היצוא של גרמניה למדינות ערב ב-4.3% מכלל יצואה והיבוא משם ב-3.9% מכלל היבוא לגרמניה (לעומת 0.4% ו-0.3%), בהתאמה, יצוא ויבוא גרמני ל-ומישראל).

אשתקד חלה תפנית חדה בשני השווקים החשובים לרפ"ג במזה"ת. המכירות הגרמניות <u>לסעודיה</u> ירדו ב-17% (אם כי עדיין סעודיה יעד היצוא החשוב ביותר עבור רפ"ג באזור) והמכירות הגרמניות <u>לאיראן</u> ירדו בכ-25% (סכומים בטבלה המצורפת). <u>עיראק</u> גורמת לדאגה גוברת עקב אי-יכולתה לעמוד בהתחייבויותיה הכספיות. בשנה נדחה מועד פרעון חובותיה (550 מליון דולאר) בשנתיים, ואמור להתבצע ב-1988. קיצוצים תקציביים <u>במדינות המפרץ</u> מאלצים יזמים גרמנים להסתמך על השוק הפרטי ולעמוד בתחרות נוקשה יותר של תנאי תשלום ואשראי. גדל היקף המכירות <u>לאלג'יריה</u>, <u>תורכיה</u>, <u>סוריה וירדן</u> ונשמר היקף המכירות <u>למצרים ועיראק</u>. יזמים גרמנים מקווים לתנופת גידול כלכלי במזה"ת בתחילת שנות ה-90' שתפתח עבורם אפשרויות חדשות, בעיקר בתעשיות עתירות הידע הטכנולוגי.

<u>רפ"ג והסכסוך הישראלי-ערבי:</u>

ממשלת רפ"ג מנסה לתרום למאמצי השכנת השלום באזור על ידי פעילות דיפלומטית שתכליתה לגבש בקרב מדינות ערב -ובעיקר בקרב הנחשבות למתונות - עמדה משותפת שתאפשר פתיחת מו"מ עם ישראל. אך אין רפ"ג רואה מקום ליוזמה משלה או של הקהילייה האירופית, וסבורה שיש להסתפק בעידוד הצדדים לחפש ולקדם פתרון משלהם.

2/...

כאשר הועלה, לראשונה, רעיון ה"ועידה הבינלאומית", לא שללה אותו רפ"ג על הסף, אך גם לא הביעה בו תמיכתה. כיום, (שר המדינה במשה"ח, שטארנהאגן, 11.11) היא מאמינה שעל הצדדים לסכסוך להסכים למסגרת בינלאומית, בחסות חברות מועבי"ט הקבועות, כהתחלה טובה למו"מ, משום שמנהיג ערבי לא יוכל להצטרף למו"מ ללא מסגרת מעין זו.

רפ"ג גורסת שהעקרונות עליהם יבוסס הסדר שלום במזה"ת חייבים להיות:
- זכות כל מדינות האזור לקיום ובטחון, בהדגשת זכותה של ישראל להתקיים בגבולות מוכרים ובטוחים;
- זכות ההגדרה העצמית של העם הפלשתינאי.
- דחיית השימוש או האיום בשימוש בכח.

<u>טרור ערבי</u>

שורת הצעדים נגד סוריה, עליהם החליטה רפ"ג בסוף אוקטובר בעקבות פסה"ד במשפט הינדאווי, אך טרם כבנוס שרי החוץ של הקהילה ב-10 דנא, הרחיקו לכת מעבר להחלטות הקהילה בכינוס שרי החוץ. נשאלת השאלה אם הן עומדות בעינן גם לאחר המפגש והחלטות הקהילה.
רפ"ג החליטה על הפסקת המלווה הכלכלי השנתי שהובטח לסוריה ואי-שיגור מחליף לשגריר רפ"ג בדמשק, שמסיים החודש את תפקידו. הוחלט אז שהנושא יובא לדיון מחודש לאחר סיום הבירור המשפטי נגד הטרוריסטים הערבים המואשמים בפיגוע בדיסקוטק בברלין באפריל ש.ז. כן הוחלט שלא למהר ליישם הסכם על אשראי לכ-56 מליון מ"ג שנחתם בדמשק באוקטובר ש.ז.
כללית, תוך שהיא מוקיעה את הטרור הערבי, רואה רפ"ג באי-פתרון הסכסוך הערבי-ישראלי קרקע פוריה לו.

<u>מכירת נשק גרמני לסעודיה</u>

מאז סתיו 1983 מגלים הסעודים עניין רב בקניית נשק גרמני. גרמניה דבקה בעקרון שלא לייצא נשק למדינות הנמצאות בעימות, אך סעודיה אינה נחשבת בעיניה ככזו. התנגדות, בעיקר מקרב המפלגה הסוציאל-דמוקרטית, אך גם ממפלגות הקואליציה, לעיסקות נשק עם סעודיה הקפיאה, לפי שעה, את המגמה למכור לסעודיה את מבוקשה. בימים אלה מדובר על עניין סעודי ברכישת 8-6 צוללות. המגעים בהשירים בין ממשלת סעודיה וחברות גרמניות בנושא טרם הגיעו לידי סיכום.

<u>היחסים עם ישראל</u>

מגמת המדיניות הגרמנית להתיר ליתר "איזון" ביחסים שבינה לבין הצדדים לסכסוך הערבי-ישראלי. יתכן שהדבר נובע ממיסודו של שתו"פ המדיני במסגרת הקהילה ומחילופי הדורות ברפ"ג, דבר שתורם לרצון מסוים להתנתק מן היחסים המיוחדים עם ישראל, כפי שהדבר השתקף באימרת הקנצלר קוהל לעל "חסד הלידה המאוחרת". מגמה זו, שטרם הפכה לנחלת הכלל ולא הגיעה לידי גיבוש, עשויה להקשות בעתיד על שמירת הצביון הייחודי שביחסים שבין שתי המדינות. רפ"ג היא מהמעצבות הבולטות של מדיניות החוץ של הקהילה ומדיניותה מושפעת ממיקומה בתפר שבין מזרח ומערב באירופה.

3/...

כיום, מסכת הקשרים שבין שתי המדינות ענפה ומגוונת ומתבטאת בביקורים הדדיים תכופים של הדרג הממשלתי והפקידותי, בחילופי נוער (מבין 12 המדינות עמן מקיימת ישראל חילופי נוער ממוסדים, החילופין עם גרמניה בהיקף הרב ביותר), בקשרים שבין ערים תאומות (47 במספר), בקשרים בין מדענים ומוסדות השכלה, ובתיירות. לבד בשנה האחרונה, ביקרו בישראל מרפ"ג: נשיאה בביקור ממלכתי, כלל נשיאות הבונדסטאג בביקור רשמי, מספר שרים ובינהם שר ההגנה (בביקור ראשון של שר הגנה גרמני בישראל).

שמעון פרס בהיותו, רה"מ ביקר בינואר ברפ"ג בביקור רשמי והנשיא הרצוג עתיד לבקר בביקור גומלין באפריל 87' ברפ"ג. מספר ביקורי השרים והפרלמנטרים משתי המדינות רב משיפורט כאן.

במהלך השנה האחרונה הוקמה קרן משותפת למחקר עבור מדענים משתי המדינות וחלה התקדמות יפה בשתו"פ בין סוכנות הסיוע הגרמנית למדינות מתפתחות והמחלקה לשתו"פ בינלאומי (מש"ב) במשרד החוץ.

היבוא לישראל מגרמניה הוא השני בגודלו לאחר היבוא מארה"ב. יצואה של ישראל לרפ"ג גדול אך במעט מיצואה לאנגליה, השניה בטבלת היצוא הישראלי.

<u>מיקום דלפקי אל-על בנמל תעופה פרנקפורט</u>

בעת כתיבת הדברים עדיין מאיימת סוגית מיקומם של דלפקי אל-על בנמל התעופה פרנקפורט להעיב על קשרי התעופה שבין שתי המדינות. מטעמי בטחון, החליטו המוסמכים לכך ברפ"ג, להעביר את דלפקי החברה ממקומם הנוכחי למקום שאינה נראה לצד הישראלי מטעמי יוקרה ובטחון. מבחינה קונסטיטוציונית אין משה"ח הגרמני יכול לטפל בנושא שהוא בטחוני, אך בשל החשלכות המדיניות הותר שה"ח גנשר לקבלת החלטות שיתקבלו במשותף ע"י גורמי הבטחון הישראלים והגרמנים.

מח' אירופה 1.

WEST GERMANY: TRADE WITH THE MIDDLE EAST (DM million)

	EXPORTS						IMPORTS					
	1982	1983	1984	1985	1985*	1986*	1982	1983	1984	1985	1985*	1986*
Arab countries	**34,471**	**27,111**	**24,737**	**23,349**	**5,536**	**4,649**	**28,303**	**19,664**	**18,997**	**17,895**	**2,348**	**2,919**
$ million equivalent	*14,205*	*10,618*	*8,692*	*8,923*	*1,700*	*1,981*	*11,664*	*7,701*	*6,675*	*6,839*	*721*	*1,244*
% of world	*8.1*	*6.3*	*5.1*	*4.3*	*4.1*	*3.6*	*7.5*	*5.0*	*4.4*	*3.9*	*2.0*	*2.7*
Algeria	3,281	2,478	2,491	2,898	619	529	3,826	3,167	2,797	4,112	479	683
Bahrain	323	384	328	296	84	50	58	22	24	41	5	3
Djibouti	15	9	10	20	3	2	—	—	1	1	1	—
Egypt	2,774	2,952	3,214	3,150	672	753	1,053	767	1,364	1,577	181	117
Iraq	7,610	3,684	2,450	2,453	552	483	562	1,002	1,368	367	67	29
Jordan	974	576	526	584	144	106	13	20	53	51	11	7
Kuwait	1,977	1,771	1,789	1,483	384	297	517	931	986	747	104	161
Lebanon	594	582	485	383	110	83	10	13	16	23	4	3
Libya	2,835	2,142	2,285	1,540	409	284	7,232	6,317	6,166	6,275	985	911
Mauritania	45	80	91	68	8	11	34	26	26	42	3	7
Morocco	522	485	516	646	160	153	535	550	580	603	158	167
Oman	395	434	608	577	119	139	1,072	140	59	26	4	2
Qatar	364	300	238	300	55	61	275	458	340	5	—	2
Saudi Arabia	8,541	7,606	6,305	5,235	1,370	988	10,568	4,001	2,828	2,184	54	600
Somalia	75	60	55	52	8	11	2	2	2	2	—	—
Sudan	230	213	206	329	55	44	81	93	141	95	13	14
Syria	886	822	677	837	196	120	250	322	747	841	69	46
Tunisia	977	919	947	934	215	209	584	631*	663	606	146	152
UAE	1,755	1,307	1,224	1,251	300	279	1,573	1,143	785	236	61	14
Yemen (Aden)	42	42	66	63	14	8	53	44	45	60	2	—
Yemen (Sanaa)	256	265	226	250	59	39	5	6	6	6	1	1
Israel	**1,917**	**2,375**	**2,241**	**2,301**	**546**	**574**	**1,044**	**1,054**	**1,142**	**1,311**	**371**	**364**
$ million equivalent	*790*	*930*	*787*	*879*	*168*	*245*	*430*	*413*	*401*	*501*	*114*	*155*
% of world	*0.4*	*0.5*	*0.5*	*0.4*	*0.4*	*0.4*	*0.3*	*0.3*	*0.3*	*0.3*	*0.3*	*0.3*
Other non-Arab countries	**6,299**	**11,231**	**10,506**	**9,751**	**2,360**	**2,188**	**3,579**	**3,736**	**4,710**	**5,068**	**939**	**1,252**
$ million equivalent	*2,596*	*4,399*	*3,692*	*3,726*	*725*	*933*	*1,475*	*1,463*	*1,655*	*1,937*	*288*	*534*
% of world	*1.5*	*2.6*	*2.2*	*1.8*	*1.8*	*1.7*	*1.0*	*1.0*	*1.1*	*1.1*	*0.8*	*1.2*
Afghanistan	58	55	65	63	16	15	87	103	94	72	14	13
Cyprus	289	293	348	358	80	66	62	56	67	65	13	23
Ethiopia	135	193	234	274	78	61	131	169	215	192	14	37
Iran	3,403	7,720	6,469	4,844	1,294	1,010	1,739	1,571	1,849	1,832	128	344
Turkey	2,414	2,970	3,390	4,212	892	1,036	1,560	1,837	2,485	2,907	770	835
Middle East total	**42,687**	**40,717**	**37,484**	**35,401**	**8,442**	**7,411**	**32,926**	**24,454**	**24,849**	**24,274**	**3,658**	**4,535**
$ million equivalent	*17,591*	*15,947*	*13,171*	*13,529*	*2,593*	*3,159*	*13,569*	*9,577*	*8,732*	*9,276*	*1,123*	*1,933*
World total	**427,741**	**432,281**	**488,202**	**537,097**	**133,839**	**130,282**	**376,464**	**390,192**	**434,216**	**463,817**	**120,203**	**108,045**
$ million equivalent	*176,272*	*169,303*	*171,546*	*205,250*	*41,102*	*55,527*	*155,141*	*152,819*	*152,576*	*177,246*	*36,914*	*46,049*
Middle East % of world	10.0	9.4	7.7	6.6	6.3	5.7	8.7	6.3	5.7	5.2	3.0	4.2

*January-March

Exchange rates: 1980: $1 = DM 1.8177; 1981: $1 = DM 2.26; 1982: $1 = DM 2.4266; 1983: $1 = DM 2.5533; 1984: $1 = DM 2.8459; 1985: $1 = DM 2.6168; January-March 1985: $1 = DM 3.2563; January-March 1986: $1 = DM 2.3463

Source: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

נכנס בלמס

חוזם:11,5324
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:116,תא:131186,זח:1600,דח:ר,סג:ב
נד:8

בלמס/רגיל

אל אירופה 1, הסברה, מעי"ת, לע"מ

מאת שגרירות ברן

תקשורת 13/11.

1. על פגשת ראיון רוהם צרפת לוושינגטון טיימס -ראו מברקנו בנפרד.

2. נושא הטרור הבינ"ל והחלטת לונדון זוכות גם היום להתיחסות בלתי מבוטלת באמצעי התקשורת. מזכירים ראיון ס/נשיא סוריה -חאדם בערוץ השני של הטלויזיה שהכחיש כל קשר סורי לטרור הבינ"ל. בטגדדויטשה צייטונג ואחרים על שחרור בני הערובה הצרפתיים תוך ציון הערובה כי פריס מצפה לשחרורים נוספים. מתעכבים על הצהרת שהח צרפת שהגן על מדיניות ארצו במזת.

בגנרל אנצייגר מדגישים כי בריטניה לוקחת ברצינות איומי סוריה ולוב נגדה, בעקבות החלטות שרי החוץ של השוק בלונדון. בדי וולט עוסק מאמר מפורט במשפט האמור להפתח ב 17.11 בברלין נגד מניחי הפצצה באגודת הידידות ערב-גרמ"ג.
מציין כי יש השערות שהמשפט ידחה עקב " מחלה פוליטית" של הנאשם הראשי,אחמד האזי המתלונן כי הוא סובל מ"בעירת פסיכולוגית". משה"ח כאן הבהיר , עפ"י הכותב, כי ההחלטה על היחסים העתידים עם סוריה תקבע על פי תוצאות המשפט בברלין. המשך המאמר סוקר נסיון הפיגוע והמשפט בלונדון, הפיגוע בברלין בו נפצעו 5 איש והעקבות

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

הסדרים במעשה זה.

3. ארהב- איראן: גם היום ממשיכה העתונות לעסוק בהשערות ובידיעות השונות על עיסקה בין ארהב ואיראנה לשחרור בני ערובה, הדיווחים כי הנשק לאיראן עבר דרך איטליה הכחשת ממישראל כי היא סיפקה נשק לאיראן.

בגנרל אנצייגר מאמר ארוך הקושר ידיעות אלה עם " מלחמת הירושה" המתרחשת כירם באיראן ותוהה האם היתה התערבות אמריקנית במאבק פנימי זה. בפרנקפורטר רונדשאו ואחרים על מעורבות דנית באספקת נשק לאיראן.

ב- FAZ על תפקיד מועצת הבטחון הלאומי בארהב בנושא זה.

4. ב- FAZ כתבה ארוכה הסוקרת עמדת ירדן לגבי יר"ש, קריאת חוסיין לעמי ערב ואחרים ליטול חלק ולסייע בהגשמת תכנית החומש הירדנית. מנתח בהרחבה מעמד ירדן ואשף בשטחים, המיפגש ברומניה, הסיוע הסעודי ליו"ש דרך ירדן והוועידה שהתקיימה זה לא מכבר ברבת עמון בנושא זה.
מזכיר כי גם גורמים פלסטינים ביו"ש באליאס פראג' הביעו תמיכה בתכנית הירדנית. (המאמר בדיפ).

5. בגנרל אנצייגר בודי ורלטדיוזהחים מפורטים על מהלך ועידת אגודת הידידות ישראל-רפ"ג שהתקיימה בין 12 10 דנא ליד בון וכן ההחלטות שהתקבלו בסיום הארוע.

6. מספר עתונים מדווחים על התבטאויות ראש עירית NEUSS שליד דיסלדורף אשר במהלך ארוע זכרון לליל הבדולח התלונן בנאומו על כך שהיהודים " רודפים" אחר אלה שמואשמים בהתבטאויות אנטישמיות והתיחס בדבריו למקרה ר"ע קורשנברויך בתחילת שנה זו, אשר בעקבות הצהרותיו " נרדף" ונאלץ להתפטר מתפקידו.

הדברים בנויס גרמו לתגובות חריפות מצד הגורמים היהודים כאן ור"ע הביע הסתייגות מדבריו והתנצל.

ברנע==

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,סמנכל,ממד,רם,אמן,קלדרי,מעת, הסברה,לעמ,דרצ-ים,דוצ,פזנר,אירא,אירב,מצפא,תפוצות

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

נכנס בלמס

חוזם:11,5323
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:115,תא:131186,זח:1600,דח:ר,סג:ב
נד:8

ז'ק 1.

אל אירופה 1 הסברה מעת לעם
דע סמנכל אירופה
מאת שגרירות ברן

ראיון שיראק לוושינגטון טיימס - תקשורת.

בהתיחסויותיהם לנושא הטרור הבינ"ל, מעורבות סוריה והחלטות שה"ח השוק בלונדון, עוסקים כלי התקשורת גם היום. ראו גם דיווחי התקשורת שלנו החל מ 8.11.

פרנקפורטר אלגמיינה טוען שדברי שיראק בראיון לוושינגטון טיימס סייעו לו יותר מאשר הזיקו לו, כי הצרפתים יכלו להיווכח כי רוהם שלהם נוקט במדיניות מוגדרת ומחושבת מראש במזהת: תמיכה בממשלות הערביות המתונות שת"פ עם סוריה, שבלעדיה לא ניתן לדעתה להתקדם בפתרון בעית לבנון והסכסוך במזת ונירמול יחסי צרפת-איראן. שחרור בני הערובה מהווה סימן כי מדיניות זו נוחלת הצלחה. אך אין להתעלם כי להצלחות אלה יש מחיר גבוה מאד, קרי, כריתת בריתות עם מבצעי מעשי הטרור הבינ"ל ואלה העומדים מאחוריהם. שחרור בני הערובה מוכיח בעליל מה מידת ההשפעה שיש לממשלת דמשק וטהרן על ארגוני הטרור וכן "המחיר" שמדינות אלה מקבלות בתוצאה ממדיניות הסחיטה שלהן.

נוידויטשה ציטונג מדגיש כי העובדה שההחלטות בלונדון היו מתונות ולא נשמעו גינויים חריפים כלפי סוריה היא תוצאה של עמדות ממצרפת ובמידה מסויימת גם מבון שהתבטאו באופן מאופק בלבד מול תופעת הטרור. שיראק מבהיר כבר מזה זמן מה כי שחרור בני הערובה הצרפתים הרבה יותר חשוב לו מאשר הקמת חזית מאוחדת נגד "

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

טרור-המדינה'', ברם, קשה לטעון נגד צרפת,
כאשר נראה שגם ארה''ב מנהלת מום עם איראן לשחרור בני
הערובה שלה.
הדמוקרטיות מחשיבות יותר חיי יחידים מאשר עקרון RAISON
D'ETAT

עמדה זו היא הנקודה החזקה אך גם בזמן גם החולשה שלהן
במאבק נגד משטרים שאין להם נקיפות מצפון באלה.

בדי ולט מכתב למערכת של ח''כ בן מאיר (המבקר בימים
אלה ברפ''ג) המתייחס בין השאר לדברי שיראק בראיון
המפורסם. מודגש במכתב כי למעשה הצהרת שיראק יועדו
להצדיק מכירות הנשק המשמעותיות של צרפת לסוריה,
לפיכן הדבר בלתי נסלח. הדבר מזכיר לנו הימים האפלים
של התעמולה שהשתמשה בטקטיקה זו בצורה צינית למטרות
פוליטיות אחרות.

ריין פוסט רואה בדברי שיראק בוושינגטון טיימס התבטאות
גרועה בלתי דיפלומטית ובלתי זהירה. מזכיר כי העתון
לה מונד טען כי שיראק כנראה בלבל בין עתון זה, השייך
לכת MOON לבין העתון המכובד
וושינגטון פוסט.

בסודדויטשה צייטונג כתבה ארוכה מאת כתבם בפריס, הקובעת
בכותרתה כי '' בן הערובה החדש שמו שיראק''. תמרוני
צרפת לטובת איראן וסוריה מסמנים מפנה במדיניותה במזת.
מציין כי בעקבות הראיון בעתון האמריקני ועמדת צרפת
בשבועות האחרונים זכתה מדינה זו לתשואות
מצד דמשק וטהראן. '' מדיניות חדשה '' זו של צרפת
תגרום לריחוק גדול יותר מישראל מאשר בעת הממשלה
הסוציאליסטית.
מצטט דברי השבועון הצרפתי לה קנרד אנשנה המעיר
בבדיחות הדעת כי הסורים שחררו שני בני ערובה אך לקחו
במקומם בן ערובה חדש ושמו ''שיראק''.

הפרשות בדי ולט(רוגה) מציינת כי ע''י שחרור בני הערובה
הרכח כי ניתן לסחוט את צרפת. מזכיר כי רק לפני שלושה
חודשים היתה זו צרפת שקראה לסולידריות אירופית
נגד הטרור הבינ''ל, בעקבות הפצצות שהתפוצצו בפריס.
עתה בלונדון, כלל לא הורגשה עמדה זו וצרפת הסכימה
עם הסנקציות ברגשות מעורבים ובחוסר רצון בולט.
מחיר הסחיטה מצרפת יעלה כל זמן שנוכחותה במזת חשובה

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible] KOSIAR
TATS'D

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible] NOOK [illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

זה יותר מאשר הסולידריות האירופית- מול הטרור הבינ"ל.

ברנע==

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,סמנכל,ממד,רם,אמן,קלרדרי,מעת,
הסברה,לעמ,דרצ-ים,דרצ,פזנר,אירא,אירב

[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

תאריך . 11.86 משרד החוץ-מחלקת הקשר 5321

בלמס נכנס

חוזם:5321,11
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:111,תא:131186,זח:1600,דח:ד,סג:ב
נד:@

בלמס/דחוף

אל גבי מלכה קורנבקין לשכת היועץ המשפטי

דע אירופה 1, היועץ המשפטי של המוסד לבטוח לאומי

מאת השגריר- ברן

תיקון האמנה מיום 17 בדצמבר 1973 על בטחון סוציאלי.

1.התמתי היום בנוכחות היועץ זמרן, נציגי המחלקות השונות של משרד החוץ ומשרד העבודה על חילופי מסמכי האשרור.

בשם רפ''ג חתם היועץ המשפטי של משרד החוץ JUERGEN OESTERHELT

הוחלפו דברי הסבר וברכות.

2. לא חוזר לא מקובל להוציא יפוי כוח לנציג במולדתו החותם בלשכתו , אלא רק לשגריר הנמצא בחו''ל.

3. החומר בדרכו.

בן-ארי.

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,סייבל,משפט,ענוג,אירא,דרורי,בלבליתב', בטוחלאומי

[illegible]

OESTERHELT

[illegible]

5294 תאריך 11.86 משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס ** סודי

**

**

**

חוזם:11,5294
אל:המשרד
מ-:בון,נר:110,תא:131186,זח:1525,דח:ד,סג:ס
נד:@

סודי/דחוף

אל: סמנכ"ל ענרג, אירופה 1

דע: השר וייצמן

מאת: השגריר - בון/בן-ארי

סודי - אישי

פרשת הינדאוי - כתבת וואשינגטון טיימס

ידי גרמני ישב אצל הקנצלר קוהל כאשר הוצגו לו מברקים
- ביניהם מברק על השאילתא בכנסת ותשובת השר וייצמן
קוהל הביע שביעות רצון ואמר שהתגובה הישראלית נבונה.

בן-ארי

===שן

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענרג,אירא,פהשרוייצמן

[illegible] 14.11.86 [illegible] 5294

[illegible] ** [illegible]
**
**
**

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

8083

בלמ"ס יוצא

אל: פריס , בון , נר: חוזם 839, מ : המשרד
דח: מ, סג: ב, תא: 131186, זח: 0800

בלמס/מידי

השגריר.

ראיון ב- דש . השר וויצמן הציע להעביר הנושא לועדה אחרי שאמר בין היתר בלהלן: ''אינננו רואים שום ברבה או תועלת להמשיך ולדון בנושא לא רק מפני שלושת המנהיגים הבחישו אותם נמרצות, אלא גם מפני שלושתם הוביחו חד-משמעית, על-ידי החלטת הקהיליה האירופית להטיל סנקציות על סוריה בשל מעורבותה המוכחת בפרשת הינדאווי, שאין הם יכולים להעלות על הדעת או להתייחס ברצינות לעלילה נגד המוסד, כפי שהדבר יכול להשתמע מן הראיון ב''וושינגטון טיימס''.
עד כאן.

אירופה 1=

ל/ח

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,אירב
תח: שר וייצמן

5318 תאריך : 13.11.86 משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס בלמס

חוזם:11,5318
אל:המשרד
מ-:בון,נר:118,תא:131186,זח:1600,דח:מ,סג:ב
נד:@

בלמס/מידי

אל סמנכל ענרג, אירופה 1
מאת השגריר בון

לשלי 117.

להלן תגובת שר המדינה מלמן לשאלת רישנבסקי מ-12 בנובמבר:

" DER IN DER 'WASHINGTON TIMES' VOM 10.11.1986 BEHAUPTETE INHALT DER GESPRAECHE DES BUNDESKANZLERS UND DES BUNDESMINISTERS DES AUSWAERTI- GEN - GEMEINT SIND OFFENSICHTLICH DIE GESPRAECHE WAEHREND DES DEUTSCH - FRANZOESUSCHEN GIPFELS IN FRANKFURT AM MAIN AM 27./28.10.86 - IST UNZUTREFFEND. MINISTERPRAESI DENT CHIRAC HAT SICH DESHALB GEGEN- UEBER DER BUNDESREG IERUNG UND GEGENUEBER DER OEFFENTLICHKEIT VON DER GESPRAECHSWIEDERGABE DISTANZIERT.

DIE GESPRAECHE BEFASSTEN SICH MIT DEN HINTERGRUENDEN JUENGSTER TERRORANSCHLAEGE. DABEI HABEN DIE DEUTSCHEN GESPRAECHSTEILNEHMER WEDER DEM WORTE NOCH DEM SINNE NACH ISRAEL ODER DEM ISRAELISCHEN GEHEIMDIENST IRGENDWELCHE VERWICKLUNG IN DEN HINDAWI-FALL ODER IN ANDEREN FAELLEN DIESER ART UNTERSTELLT. ISRAEL WURDE IN DIESEM ZUSAMMENHANG UEBERHAUPT NICHT ERWAEHNT. EINE SOLCHE ERWAEHNUNG ODER UNTERSTELLUNG WUERDE AUCH WEDER DEN DER BUNDESREGIERUNG VORLIEGENDEN INFORMATIONEN NOCH IHRER AUFFASSUNG ENTSPRECHEN.

** DER IN DER "WASHINGTON TIMES" VOM 10.11.1986 BEHAUPTETE INHALT DER GESPRAECHE DES BUNDESKANZLERS UND DES BUNDESMINISTERS DES AUSWAERTI- GEN - GEMEINT SIND OFFENSICHTLICH DIE GESPRAECHE WAEHREND DES DEUTSCH - FRANZOESUSCHEN GIPFELS IN FRANKFURT AM MAIN AM 27./28.10.86 - IST UNZUTREFFEND. MINISTERPRAESIDENT CHIRAC HAT SICH DESHALB GEGEN- UEBER DER BUNDESREGIERUNG UND GEGENUEBER DER OEFFENTLICHKEIT VON DER GESPRAECHSWIEDERGABE DISTANZIERT.

DIE GESPRAECHE BEFASSTEN SICH MIT DEN HINTERGRUENDEN JUENGSTER TERRORANSCHLAEGE. DABEI HABEN DIE DEUTSCHEN GESPRAECHSTEILNEHMER WEDER DEM WORTE NOCH DEM SINNE NACH ISRAEL ODER DEM ISRAELISCHEN GEHEIMDIENST IRGENDWELCHE VERWICKLUNG IN DEN HINDAWI-FALL ODER IN ANDEREN FAELLEN DIESER ART UNTERSTELLT. ISRAEL WURDE IN DIESEM ZUSAMMENHANG UEBERHAUPT NICHT ERWAEHNT. EINE SOLCHE ERWAEHNUNG ODER UNTERSTELLUNG WUERDE AUCH WEDER DEN DER BUNDESREGIERUNG VORLIEGENDEN INFORMATIONEN NOCH IHRER AUFFASSUNG ENTSPRECHEN.

EIN GENAUES STUDIUM DES TEXTES ZEIGT, DASS DEN DEUTSCHEN GE- SPRAECHSTEILNEHMERN AUCH GARNICHT UNTERSTELLT WIRD, DASS SIE VON ISRAEL GESPROCHEN HAETTEN. AUCH DER REST DES TEXTES IN DER 'WASHING TON TIMES' GIBT DEN GESPRAECHSINHALT UNZUTREFFEND DIEDER.''

בן-ארי==

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענרג,אירא,אירב,שמורק,מעת,הסברה,ר/מרכז,
ממד

EIN GENAUES STUDIUM DES TEXTES ZEIGT, DASS DEN DEUTSCHEN GE- SPRAECHSTEILNEHMERN AUCH GARNICHT UNTERSTELLT WIRD, DASS SIE VON ISRAEL GESPROCHEN HAETTEN. AUCH DER REST DES TEXTES IN DER 'WASHINGTON TIMES' GIBT DEN GESPRAECHSINHALT UNZUTREFFEND WIEDER.**

סודי נכנס **

**

**

**

חוזם:11,5295
אל:המשרד
מ-:בון,נר:117,תא:131186,זח:1735,דח:מ,סג:ס
נד:@

סודי/מידי

אל: סמנכ"ל ענוג, אירופה 1

מאת: השגריר - בון/בן ארי

פרשת הינדאווי - כתבת דואשינגטון טיימס
----

1. קיימתי שיחה ממושכת עם חבר הפרלמנט וישנבסקי של הס.פ.ד. (בן-ויש) והסברתי פעלות המודיעין הסורי. הוא משוכנע שאירופה חייבת לפעול נמרצות נגד הפעילות הסורית המסכנת גם משטרים ערביים ובטחון אירופה.

2. וישנבסקי פנה בשאילתא דחופה לממרפ''ג בקשר לכתבה. על דעת שר החוץ גנשר ניתנה תשובה שתוכנה מועבר בגלוי.

3. בשיחות בועדת החוץ דרש וישנבסקי לגלות החומר שנמצא אצל אחיו של הינדאווי בברלין ומעורבות סוריה בפרשיות טרור נוספות.

4. לפי עדות וישנבסקי - שחקר את גנשר - הפרשה היא כלה ''צרפתית'' ובשיחה לא הועלה ע''י קוהל וגנשר חשד כלפי ישראל.

בן-ארי.

==שך

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,אירב,ר/מרכז,ממד,רם,אמן

[illegible] : 14.11.86 : [illegible] 5295

[illegible] [illegible] **
**
**
**

[illegible]:5295,11
[illegible]:[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] - [illegible]

[illegible] - [illegible]

1. [illegible]

2. [illegible]

3. [illegible]

4. [illegible] - [illegible] - [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
JERUSALEM

משרד החוץ
ירושלים

י' בחשוון תשמ"ז
12 בנובמבר 1986

597

אל : היועץ המשפטי

מאת: מנהלת המחלקה לאמנות

הנדון: הסכם לתיקון ההסכם לביטוח סוציאלי עם רפ"ג

ביום 7.11.86 ביקר אצלי מר דוד ידיד נשיא איגוד מקבלי גמלאות מרפ"ג וביקש שאעכב את כניסתו לתוקף של ההסכם (החלפת כתבי האשרור נקבעה ליום 13.11.86): וזאת על מנת לאפשר לזכאים נוספים להינות מההסכם הקיים (בעלי השכלה אקדמאית אשר אינם נרדפים).

השבתי לו שלא אוכל לעצור התהליך בשלב מאוחר זה ושמכל מקום עליו לפנות למוסד לביטוח לאומי (עו"ד אברהם מאייר אשר ניהל השיחות בנושא) וכן לאוצר.

הודעתי על שיחתי זו לעו"ד מאייר וכן ללשכת שה"ח אליהם גם פנו בעניין זה, וסיכמתי עם לשכת שה"ח שגם הם יפנו את הפונים לעו"ד מאייר.

עו"ד מאייר הודיע לי כי דעתו שלילית בנושא מאחר וכל עיכוב עשוי לפגוע בזכאים אחרים המחכים לכניסתו לתוקף של ההסכם כגון נרדפים ונכים.

לאחר שיחתי הוא נפגש עם מר דוד ידיד ומסר לו על עמדתו.

ב ב ר כ ה ,

חמדה גולן

העתק: אירופה א'

4755 12.11.86 : תאריך

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס בלמס

חוזם:11,4755
אל:המשרד
מ-:בון,נר:95,תא:121186,זח:1700,דח:ד,סג:ב
בד:8

אונ / בון

בלמס/דחוף

אל : סמנכל אפרים דבות, משרד האוצר

דע : אירופה 1, תפוצות

מאת: השגריר בון

להלן מברק והודעה של הגב' זיסמות :-

1. AN DIE BUNDESMINISTERIN FUER JUGEND, FAMILIE
UND GESUNDHEIT FRAU PROF. DR. RITA SUESSMUTH
BUNDESMINISTERIUM FUER JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT
KENNEDY ALLEE L05-L07
5300 BONN 2

SEHR GEEHRTE FRAU BUNDESMINISTERIN,

MIT TIEFER BESTUERZUNG ENTNAHM ICH DER TAGESPRESSE
DIE LETZTEN MELDUNGEN UEBER DIE HALTUNG DER BUNDESREGIE
RUNG GEGENUEBER DEN DORDERUNGEN DER 'MENGELE-ZWILLINGEN
'. INSBESONDERE DIE BEHAUPTUNG, MIT DER MAN SICH
AUF IHR HAUS BEZIEHT, DASS ES SICH NAEMLICH BEI
DEN EXPERIMENTEN , DENEN DIE ZWILLINGE IM KINDES
UND SAEUGLINGS- ALTER AUSGESETZT WORDEN SIND,
NICHT UM VERBRECHERISCHE PSEUDO- MEDIZINISCHE VERSUCHE
, SONDERN LEDIGLICH UM 'MESSUNGEN' GEHANDELT HABE
ERFUELLTE MICH MIT GROESSTEM ERSTAUNEN. DIESER
DARSTELLUNG MUSS ICH ENTSCHIEDEN WIDERSPRECHEN.

1. AN DIE BUNDESMINISTERIN FUER JUGEND, FAMILIE
UND GESUNDHEIT FRAU PROF. DR. RITA SUESSMUTH
BUNDESMINISTERIUM FUER JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT
KENNEDY ALLEE 105-107
5300 BONN 2

SEHR GEEHRTE FRAU BUNDESMINISTERIN,

MIT TIEFER BESTUERZUNG ENTNAHM ICH DER TAGESPRESSE DIE LETZTEN MELDUNGEN UEBER DIE HALTUNG DER BUNDESREGIERUNG GEGENUEBER DEN FORDERUNGEN DER 'MENGELE-ZWILLINGE'. INSBESONDERE DIE BEHAUPTUNG, MIT DER MAN SICH AUF IHR HAUS BEZIEHT, DASS ES SICH NAEMLICH BEI DEN EXPERIMENTEN , DENEN DIE ZWILLINGE IM KINDES UND SAEUGLINGS- ALTER AUSGESETZT WORDEN SIND, NICHT UM VERBRECHERISCHE PSEUDO- MEDIZINISCHE VERSUCHE , SONDERN LEDIGLICH UM 'MESSUNGEN' GEHANDELT HABE ERFUELLTE MICH MIT GROESSTEM ERSTAUNEN. DIESER DARSTELLUNG MUSS ICH ENTSCHIEDEN WIDERSPRECHEN.

EINE SOLCHE BEWERTUNG DER VERBRECHEN MENGELES SCHEINT MIR NUR DADURCH ERKLAERBAR ZU SEIN, DASS DIE BUNDESREG IERUNG UNZUREICHEND UEBER DEN WAHREN TATBESTAND DIESER VERSUCHE UNTERRICHTET WORDEN IST. DIES VERWUNDER T ANGESICHTS DER UMFANGREICHEN PRESSSEBERICHTE UEBER DIESE SCHAENDLICHEN VERBRECHERTATEN, ZULETZT AUS ANLASS DES BESUCHS DER VORSITZENDEN DER 'ORGANISATI ON DER ZWILLINGS-KINDER', DE
FRAU VERY KRIEGEL
IN DER BUNDESREPUBLIK. WAEHREND IHRES BE- SUCHES IM SOMMER DIESES JAHRES LEGTE MIR FRAU KRIEGEL AUSFUEHRL ICHES MATERIAL UEBER DIESE VERSUCHE VOR. ES IST DORT DIE REDE VOM EIN- SPRITZEN DER MALARIAERREGER VON DAUERNDEN LEBER- UND NIEREN- SCHAEDEN, SOWIE VON ERHEBLICHEN SCHAEDEN ALS FOLGEERSCHEINUNGEN GENETISCHER EXPERIMENTE. GERN BIN ICH BEREIT, SEHR GEEHRTE FRAU MINISTERIN, IHNEN DIESES MATERIAL ZUR VERFUEGUNG ZU STELLEN.

GANZ KLAR UND DEUTLICH MOECHTE ICH ZUM AUSDRUCK BRINGEN, DASS ES MIR HASUPTSAECHLICH DARUM GEHT ZU VERHINDERN, DASS DIE ENTSCHEIDUNG DER BUNDESREGIERU NG AUF EINER FALSCHEN EINSCHAETZUNG DES WIRKLICH GESCHEHENEN BERUHT.

SIE WERDEN VERSTAENDNIS DAFUER HABEN, SEHR GEEHRTE FRAU MINISTERIN, WENN ICH DEN INHALT DIESES SCHREIBENS EBENFALLS DER OEFFENTLICH- KEIT ZUGAENGLICH MACHE. ICH WILL DAMIT SICHERSTELLEN, DASS DIE BEREITS PUBLIZIERTE FALSCHE DARSTELLUNG UEBER DIE ART UND WEISE DIESER VERSUCHE MENGELES IN DER OEFFNETLICHKEIT NICHT UNWIDER- SPROCHEN BLEIBT.

MIT VORZUEGLICHER HOCHACHTUNG
HEIN GALINSKI
VORSITZENDER DER JUEDISCHEN GEMEINDE ZU BERLIN

2. PRESSEDIENST DES BUNDESMINISTERS FUER JUGEND FAMILIE, FRAUEN UND GESUNDHEIT

11. NOVEMBER 1986, NR. 197

SUEDDMUTH UND GALINSKI : MESCHENVERSUCHE IN AUSCHWITZ
AN 'MENGELE- ZWILLINGEN' WAREN BRUTALE UND MENSCHENVERA
CHTENDE VERBRECHEN

FUER DIE BUNDESREGIERUNG STEHT FEST UND IST NIE
IN FRAGE GESTELLT WOR DEN, DASS DIE VON DR. MENGELE
IN AUSCHWITZ DURCHGEFUEHRTEN MENSCHENVE SUCHE
AUCH DIE PSEUDOMEDIZINISCHEN VERSUCHE A N DEN ''MENGELE
- ZWILLINGEN'' - BRUTALE UND MENSCHENVERACHTENDE
VERBRECHEN WAREN. DIES ERKLAERTE FRAU BUNDESMINISTERIN
PROF. DR. RITA SUESSMUTH IN BONN IN EINEM GESPRAECH
MIT DEM VORSITZENDEN DER JUEDISCHEN GE- MEINDE
ZU BERLIN, HEINZ GALINSKI. ANLASS FPR DIESES GESPRAECH
WAR EIN BRIEF VON GALINSKI AUFGRUND VON PRESSEBERICHTE
N UEBER DEN BE- RICHT DER BUNDESREGIERUNG UEBER
WIEDERGUTMACHUNG UND ENTSCHAEDI- GUNG FUER NATIONALSOZI
ALISTISCHES UNRECHT SOWIE UEBER DIE LAGE DER SINTI
ROMA UND VERWANDTER GRUPPEN.

DAS BUNDESFINANZMINISTERIUM IST IM UEBRIGEN SELBSTVERSTA
ENDLICH NACH WIE VOR BEREIT, WEITERES MATERIAL
INSBESONDERE ZUSAETZLICHE UNTERLAGEN, DIE DIE
''MENGELE-TWINS-ORGANIZATION'' DEM BUNDES- FINANZMINIST
ERIUM IN AUSSICHT GESTELLT HABE, ZU PRUEFEN.

FRAU SUESSMUTH ERKLAERTE, SIE STIMME MIT HERRN GALINSKI
IN DEM AB- SCHEU UEBER DIE AN DEN ''MENGELE-ZIWLLINGEN
'' UND DEN MILLIONEN ANDEREN OPFERN DES NATIONALSOZIALI
STISCHEN UNRECHTSREGIMES VER- UEBTEN VERBRECHEN
UEBEREIN. SIE SEI PERSOENLICH NACH IHREM BESUCH
IN ISRAEL ZUTIEFST VON DEM SEELISCHEN LEID BETROFFEN
, VON DEM SIE DORT IN GESPRAECHEN MIT UEBERLEBENDEN
''MENGELE-ZWILLINGEN'' ERFAHREN HABE. ''WIR DUERFEN
DIE VERBRECHEN DES NATIONALSOZIALISTISCHEN UNRECHTSREG
IMES NIE VERGESSEN'', ERKLAERTEN UEBEREINSTIMMEND
FRAU SUESSMUTH UND HERR GALINSKI. DIESER FESTSTELLUNG
KOMME GE- RADE 48 JAHRE NACH DEN PROGROMEN DES
9. NOVEMBER 1938 EINE BESON- DERE POLITISCHE BEDEUTUNG
ZU.

בן-ארי

====אג.

תפ: ענרג/אירא/ארצר/דברת/דרורי/בלבליתבי/תפרצרת

[illegible]

[illegible]

[illegible]

4532 תאריך : 12.11.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס

חוזם:4532,11
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:85,תא:121186,זח:1000,דח:מ,סג:ב
נד:@

בלמס/מידי

אל אירופה 1

דע סמנכל ענרג, מע"ת

מאת השגריר ברן

בהמשך לשלנו 65.

הכחשה ראשונה:

NUR AUF ANFRAGE

BEI DEN AUFGESTELLTEN BEHAUPTUNGEN HANDELT ES SICH
UM EINE FREIE

ERFINDUNG, DIE AUF DAS ENTSCHIEDENSTE ZRUECKGEWIESEN
WIRD.

בן-ארי

תפ: שהח,סנבל,ממנבל,ענרג,אירא,אירב,שמורק,מעת,הסברה,ר/מרכז,
ממד,דס

[illegible] 12.11.86 : [illegible] 4532

2072 [illegible]

[illegible] 11,4532:[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]/2072

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] 86.

[illegible]:

NUR AUF ANFRAGE

BEI DEN AUFGESTELLTEN BEHAUPTUNGEN HANDELT ES SICH
UM EINE FREIE

ERFINDUNG, DIE AUF DAS ENTSCHIEDENSTE ZURUECKGEWIESEN
WIRD.

[illegible]

[illegible]
[illegible]

חוזם:11,4879
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:94,תא:121186,זח:1600,דח:ד,סג:ש
נד:@

שמור/דחוף

אל : סמנכל אפרים דברת,משרד הארצר

דע : אירופה 1, תפוצות

מאת: השגריר , ברן

קרבנות מנגלה.

1. להזכיר לך שיחתנו בנדון ופניתי לגלינסקי בברלין
. בנפרד העתק מברקו לפרופ' זיסמות , שרת הנוער ,
נשים , משפחה ובריאות. בהמשך הפגישה הרציא משרדה
הודעה רשמית , חיובית, לדעתי, מבחינת הקבוצה וגם
מסייעת בארגן כללי.

2. שולח לך החומר בנפרד ובגלוי.

3. להזכירך , בקשתנו לקבל אישורים-הרבחות רפואירת
גם אם הוגשו כבר לשלטונות.

בן-ארי

===מש

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענרג,אירא,תפוצות,דברת,ארצר

[illegible] : [illegible] 13.11.8[illegible] : [illegible] 4379

[illegible] [illegible] **
**
**
**

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible]

1. [illegible]

2. [illegible]

3. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] : [illegible]

4878 תאריך : 13.11.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור

נכנס **

**

**

**

חוזם:11,4878
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:93,תא:121186,זח:1600,דח:ד,סג:ש
נד:8

שמור/דחוף

אל : סמנכל עגוג

דע : מנכל משרד האוצר

מאת: השגריר , ברן

שלכם 604 בהמשך לשלי 82.

שר האוצר שטולטנברג, בהופעה בפני יועצי מס אמש בברלין
אישר למעשה את הנאמר בשלי הנל'.

אשתדל להשיג נוסח הרצאתו ואעבירה.

בן-ארי

===מש

תפ: עגוג,איזא,אוצר,דרורי,בלבליתב',אוצר,דברת

[illegible] : [illegible] : [illegible] [illegible]

[illegible] [illegible] **
**
**
**

[illegible]:[illegible]
[illegible]:[illegible]
[illegible]:[illegible]
[illegible]:[illegible]

[illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible]: [illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]: [illegible]

4877 תאריך : 13.11.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור

** נכנס **

**

**

**

חוזם:11/4877

אל:המשרד

מ-:ברן,נר:91,תא:121186,זח:1600,דח:מ,סג:ש

נד:ס

שמור/מידי

אל : השר וייצמן

דע : סמנכל ענרג , אירופה 1 , ממ"ד

מאת: השגריר , ברן

לקראת ביקורך .

פרנץ-יוזף שטראוס יצא ב -25 בנובמבר למשך שלושה ימים לסעודיה, בהזמנת שר המגינים הנסיך נעיף . שטראוס ביקש לפגוש גם את המלך, אך זה טרם אושר.

בן-ארי

====מש

תפ: שהח,פשר/וויצמן,מנכל,ממנכל/ענרג,אירא/ר/מרכז,ממד

4880 תאריך : 13.11.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס ** סודי

**

**

**

חוזם:11/4880
אל:המשרד
מ-:ברן/נר:92/תא:121186/זח:1600/דח:מ/סג:ס
נד:פ

סודי/מידי

אל : אירופה 1

דע : לשכת המנכל /סמנכל ענרג

מאת: השגריר ברן

פרשת הינדאוי.כתבת ושינגטון טיימס.בהמשך למברקי 80.

1. דברתי עם אישים נוספים.כדי לנסות ולייעץ לגרמנים לנקוט בעמדה ברורה יותר.

2. מזכיר המדינה אוסט התקשר אלי בערב שנית למסור שעשה כמיטב יכולתו כדי להבהיר שלא רק על סמך עדויות קוהל וגנשר לא הזכירו כלל שמה של ישראל בשיחה עם שיראק,אלא גם בירר עם "עדים" שהיו נוכחים בשיחה (מתרגמים ופקידים)ואלה מאשרים זאת בצורה ברורה. כדי להבהיר זאת לאמצעי התקשורת הישראלים שוחח עם שטרומינגסק י והבהיר לו בצורה ברורה הלהד"ם".

3. אני מעריך שהגרמנים נמנעים מלהוסיף דבר כדי למנוע פגיעה בשיראק. כל אשר יגידו יעשה אותו לשקרן ו/או לנופל בפח ללוחמה פסיכולוגית סורית ו/או למקיים מגעים עם ארגוני טרור ולא שותף בפעולה בינלאומית נגד הטרור.

בן-ארי

===מש

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,אברג,שמורק,ר/מרכז,ממד,רם,אמן,
אירא,אירב,מצפא,מעת,הסברה

16764

[illegible]
[illegible]

AMBASSADE D'ISRAEL

שגרירות ישראל.

ברן, ט' בחשון, התשמ"ז
11 בנובמבר, 1986

851

אל : אירופה 1

מאת: השגריר, ברן

הנדון: הועידה הישראלית-גרמנית מס' 10

מצגב נאומו של שר המדינה שטאוננהאגן בועידה הנ"ל.

בברכה,

יצחק בן-ארי

העתק: סמנכ"ל ענרג
המרכז

AMBASSADE D'ISRAEL

DER BUNDESMINISTER
DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 11. November 1986

Mitteilung für die Presse Nr. 1298/86

Achtung Redaktionen:
Sperrfrist: 11.11.1986, 15.00 Uhr

Rede
des Staatsministers im Auswärtigen Amt
DR. LUTZ G. STAVENHAGEN

vor der X. Deutsch-Israelischen Konferenz
vom 09.-12.11.1986 in Königswinter
zum Thema
"Perspektiven und Praxis der deutschen Nahost-Politik"

Achtung Redaktionen:

Sperrfrist: 11.11.1986, 15.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort !

Meine Herren Präsidenten der Israelisch-Deutschen Gesellschaft und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,
meine Damen und Herren Abgeordneten der Knesset und des Deutschen Bundestages,
Herr Botschafter des Staates Israel,
lieber Herr Haas,
liebe Gäste aus Israel, meine Damen und Herren!

Für die Einladung, hier zu Ihnen zu sprechen, und für Ihre freundliche Begrüßung danke ich Ihnen. Ich freue mich, Gast der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu sein, die sich seit vielen Jahren den deutsch-israelischen Beziehungen widmet. Zu Pflege und Vertiefung dieser Beziehungen hat sie wertvolle Beiträge geleistet.

Das deutsch-israelische Verhältnis hat sich zu einem dichten Netz politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beziehungen entwickelt. Deutsch-israelischer kultureller Dialog, deutsch -israelischer Jugendaustausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit sind Beispiele für das, was erreicht worden ist. Mit keinem anderen Land außerhalb des westlichen Bündnisses findet ein so intensiver Besucheraustausch statt.

Mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat im Oktober 1985 zum ersten Mal ein deutscher Bundespräsident Israel besucht. Die Herzlichkeit und Wärme des Empfangs für den Bundespräsidenten haben uns hier in Deutschland tief beeindruckt. Dem Besuch von Staatspräsident Herzog im kommenden April sehen wir mit großer Freude entgegen.

Staatspräsident Herzog wird dann an der Seite des Bundespräsidenten die aus den Wahlen im Januar 1987 hervorgegangene Bundesregierung begrüßen können. Wie die derzeitige und alle Bundesregierungen davor, wird auch die nächste Bundesregierung ihre Nahostpolitik an dem durch geschichtliche Verantwortung geprägten Verhältnis zum Staat Israel ausrichten. Die Bundesrepublik Deutschland ist sich in jeder Phase ihrer Nahostpolitik dieser Verantwortung bewußt gewesen. In diesem Geist und im Bewußtsein dieser Verpflichtung wollen wir weiter für die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen wirken. Alois Mertes, mein verehrter Vorgänger im Amt, zählte zu den Jahrgängen, die Hitlers Herrschaft und Krieg am bittersten erfuhren. Daraus wuchs seine Kraft und Leidenschaft für Versöhnung und Frieden. Er sagte am 8. November 1982 bei der VI.Deutsch-Israelischen Konferenz: "Nur Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Verstehen-Wollen und Vertrauen-Wollen sind tragfähige Säulen einer dauerhaften Brücke zwischen Deutschen und Juden, zwischen Deutschland und Israel." Diesem Bemühen meines Vorgängers fühle ich mich besonders verpflichtet.

Seit der IX. Deutsch-Israelischen Konferenz in Tel Aviv 1985 sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Hier denke ich vor allem an die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern: Am 4. Juli 1986 wurde in Bonn in Anwesenheit des Bundeskanzlers von den beiden Ressortministern die Vereinbarung über die Schaffung einer deutsch-israelischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung unterzeichnet.

Die Ende der fünfziger Jahre begonnene wissenschaftliche Kooperation, an der alle bedeutenden Forschungseinrichtungen Israels mitwirken, hat damit ein wichtiges neues Instrument erhalten. Die Stiftung schafft zusätzliche Möglichkeiten zur gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit und zur Förderung von Projekten, die im gemeinsamen Interesse beider Länder liegen.

Für die Bundesrepublik Deutschland war es etwas Neues, gemeinsam mit einem anderen Staat eine Stiftung für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zu gründen.

Die Gründung gelang, weil Israel aufgrund seines hohen Standes innovativer Forschung und seines wissenschaftlichen Potentials einzigartige Voraussetzungen mitbringt. Ich erinnere nur an die landwirtschaftliche Bewässerungstechnik und an die Entwicklung arider Gebiete. Den Vorschlag einer solchen Stiftung unterbreitete Ministerpräsident Peres, als er den Bundeskanzler anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Vereinten Nationen im Oktober 1985 in New York traf. Beide waren im gleichen Raum zusammengekommen, in dem die historische Begegnung zwischen Konrad Adenauer und David Ben Gurion stattgefunden hatte. Der bisherigen Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem israelischen Volk wurde eine neue Dimension hinzugefügt, vor historischem Hintergrund, aber dieses Mal aufbauend auf langjährigem intensivem und freundschaftlichem Austausch.

Ich bin dankbar, daß die Statuten der Stiftung auch der geisteswissenschaftlichen Forschung Raum geben. Bei meinen Besuchen in Israel habe ich immer wieder dafür geworben, daß auch im Geisteswissenschaftlichen die Zusammenarbeit noch enger wird.

Das Vorkriegsdeutschland ist nicht vorstellbar ohne den jüdischen Beitrag zu seinem Kultur- und Geistesleben. Das Vorkriegs-Berlin erhielt seine Lebendigkeit, seine Frische, seine kulturelle Urbanität durch Heroen des Theaters wie Max Reinhardt, der dem deutschen Theater einen Glanz verlieh, wie er nicht mehr erreicht wurde, durch jüdische Schriftsteller, Verleger, Schauspieler, Musiker, Historiker, Juristen und Politiker. Als sie vertrieben wurden oder umkamen, war ein glanzvoller Abschnitt deutscher Kultur beendet.

An das Vergangene konnten wir nicht mehr anknüpfen. Dennoch hat sich das deutsch-israelische Verhältnis zu einem Geflecht enger Beziehungen auf allen Gebieten verdichtet. Einer, der sich schon ganz früh für den Wissenschaftler-Austausch eingesetzt und sich große Verdienste um das deutsch-israelische Verhältnis erworben hat, ist der kürzlich verstorbene Dr. Josef Cohn, der das europäische Komitee des Weizmann-Instituts auf seine unnachahmliche Weise leitete. Wir haben mit ihm einen Freund verloren.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Zukunft werfen. In beiden Ländern wachsen junge, selbstbewußte und kritische Bürger heran. Mit dem Generationswechsel tritt an die Stelle durch persönliche Erlebnisse geprägten Verhaltens immer stärker eine neue Unbefangenheit und Offenheit.

Dennoch wird das deutsch-israelische Verhältnis auch weiterhin durch die Vergangenheit geprägt bleiben und einen besonderen Charakter behalten. Der beiderseitige Jugendaustausch, der früh und ohne festen Rahmen begann und erst seit 1972 von einem gemischten deutsch-israelischen Fachausschuss unterstützt wird, hat Verständnis und Verständigung geschaffen. Mit keinem Land außer Frankreich hat die Bundesrepublik Deutschland einen so intensiven Jugendaustausch wie mit Israel. Unter den zwölf Partnerländern Israels für den internationalen Jugendaustausch nehmen wir mit Abstand den ersten Platz ein. Persönliche Beziehungen, reale Gemeinsamkeiten und ein stetiger Dialog zwischen den Menschen in beiden Ländern werden mehr und mehr - auch als Ergebnis des intensiven Jugendaustauschs - unsere gegenseitigen Beziehungen bestimmen.

Nach diesem kurzen Blick auf ein Stück Praxis unserer Beziehungen möchte ich mich nun der Nahostpolitik der Bundesregierung zuwenden. Ich möchte die angeklungenen kritischen Bemerkungen über die deutsche und europäische Position im Nahostkonflikt zum Anlaß nehmen, etwas zur Gestaltung der deutschen und europäischen Nahostpolitik vor dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund unserer Beziehungen zu Israel zu sagen.

Unsere Nahostpolitik ist Teil der Nahostpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft; wir haben sie durch eigene Initiativen mitgestaltet. In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit gewinnt unser Streben nach politischer Einigung Europas konkreten Ausdruck. Je kraftvoller und konsequenter unser gemeinsames Handeln ist, desto näher kommen wir diesem Ziel und desto gewichtiger ist auch die Rolle Europas in der Welt.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland im Herzen Europas und an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts, wir können und wollen uns dieser Gemeinsamkeit nicht entziehen. Zum Nachteil der Nahostpolitik ist diese europäische Entwicklung nicht.

Unser oberstes Ziel ist es, aussichtsreiche und realistische Friedensbemühungen zu unterstützen. Wir wissen, daß der jüdisch-arabische nur einer der Konflikte im Nahen Osten ist. Unsere Beziehungen zum nahöstlichen Raum schliessen - allerdings vor anderem geschichtlichen Hintergrund - Beziehungen zu den arabischen Staaten ein.

Europäische Nahostpolitik kann keinen Lösungsvorschlag, kein fertiges, erfolgversprechendes Modell der Streitschlichtung anbieten oder empfehlen. Friedensstiftung im Nahen Osten ist uns von außen nicht möglich, der Versuch würde unsere Kräfte übersteigen. Das, was wir zu tun in der Lage sind, ist ohne Einschränkung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden gerichtet. Dabei orientiert sich die Nahostpolitik der Gemeinschaft an drei Prinzipien, die in europäischen Erklärungen immer wieder unterstrichen worden sind:

- dem Lebensrecht Israels in anerkannten und gesicherten Grenzen;
- dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes;
- Dem Verzicht auf Gewalt durch alle am Konflikt Beteiligten, der nur eine Ausnahme kennen darf: das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.

Wo sich die Zwölf gemeinsam für den Frieden einsetzen, haben ihre Forderungen stärkeres Gewicht als die Forderungen eines einzelnen Staates. Wenn sich 12 für Gewaltverzicht, für die Anerkennung der Sicherheitsrat-Resolution 242 und für das Existenzrecht Israels einsetzen, wirkt dies nachhaltiger, als wenn nur einer dies tut. Wo bilaterale deutsche und europäische Bemühungen zusammenwirken, um die wirtschaftliche Kooperation mit Ländern der Region zu verbessern, ist der Beitrag zu Entwicklungsfortschritten und zur Stabilisierung ungleich nachhaltiger, als wenn nur einer so handelt.

Bei alldem wissen wir, daß Europa selbst bei gemeinsamem Handeln nur eine vergleichsweise begrenzte Rolle in der Region spielen kann. Wir überschätzen uns nicht. Europäische Nahostpolitik kann aber in sinnvoller Weise die amerikanischen Bemühungen ergänzen und unterstützen.

Lassen Sie mich auch ein persönliches Wort zu Jerusalem, dieser einzigartigen unter den Städten sagen: Die drei monotheistischen Religionen haben eine besondere Beziehung zu Jerusalem. Wir Christen haben dort unsere Heiligen Stätten. Für die Mohammedaner ist sie die Stadt, von der aus Mohammed zu seiner nächtlichen Himmelfahrt aufstieg. Den Juden ist sie als Stadt heilig. Zweitausend Jahre haben sie Jerusalem in ihr Gebet eingeschlossen als Ausdruck der Sehnsucht eines verfolgten und zerstreuten Volkes in die alte Heimat zurückzukehren. Das Bild der geteilten Stadt Berlin vor Augen, ist für mich weder Teilung noch Internationalisierung eine erträgliche Lösung. Universalität der Stadt, freier Zutritt für alle Menschen zu ihren Heiligen Stätten und Modell des friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern - das scheint mir der richtige Weg zu sein.

Wir alle wissen, daß die USA die einzige auswärtige Macht ist, die aufgrund ihres politischen Einflusses und ihrer militärischen Stärke etwas in der Region erreichen kann. Der Nahost-Konflikt ist deshalb ebenso wie die Bekämpfung des von nahöstlichen Gruppen ausgehenden internationalen Terrorismus nicht nur bei den Beratungen in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, sondern auch bei deutsch-amerikanischen Konsultationen ein wichtiges Thema.

Die Förderung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten ist Bestandteil unserer auf Frieden, Freiheit und Durchsetzung der Menschenrechte ausgerichteten Außenpolitik.

Ich möchte eines verdeutlichen: Wir Deutsche sind uns darüber im klaren, daß Selbstbestimmung auf beiden Seiten der Trennungslinie, die unsere Nation teilt, nur im Rahmen einer umfassenden Friedensordnung möglich ist. Ähnliches gilt auch für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

Es kann nur im Rahmen einer Friedensregelung für den Nahen Osten gewährt werden, die allen Staaten der Region, einschließlich Israel, sichere und anerkannte Grenzen und damit eine gesicherte Existenz garantiert. Eine solche Friedenslösung erfordert den Konsens aller Konfliktparteien. Daraus ergibt sich, daß der Weg zum Frieden im Nahen Osten über den Ausgleich von Rechten aller Parteien führen muß. Es kann nicht auf der einseitigen Durchsetzung von Einzelrechten aufbauen.

Das Recht Israels auf Existenz in sicheren Grenzen - das erste von mir erwähnte Prinzip für die Erreichung einer Lösung im Nahostkonflikt auf dem Verhandlungswege - hat in unserer Nahostpolitik seit langem einen festen Platz. Dafür einzutreten, ist gerade für uns eine politische Selbstverständlichkeit, aber auch moralische Verpflichtung.

Unumgänglich für eine Verhandlungslösung ist nach deutscher und europäischer Überzeugung der Gewaltverzicht, zu dem sich die Konfliktparteien bereitfinden müssen. Er bedeutet auch Verzicht auf Streben nach einseitigen Vorteilen und Verzicht auf Ausnutzung von politischen, militärischen und ökonomischen Machtpotentialen. Nur ein solcher umfassender Gewaltverzicht kann immer neue Konflikte und Kriege verhindern.

Die Geschichte des Nahostkonflikts zeigt, daß es auf dem Wege zu einer Friedenslösung zahllose Enttäuschungen und Rückschläge gegeben hat. Dies darf jedoch die Konfliktparteien nicht davon abhalten, neue Anstrengungen zu unternehmen. Wir Europäer werden alle Versuche unterstützen, die eine Friedenslösung auf der Grundlage der von mir genannten Prinzipien zu verwirklichen suchen. Wir werden jeden schrittweisen Abbau von Konfliktpotentialen fördern. Wir sind für Kooperation, die zu neuen konstruktiven Formen der Beziehungen führt.

In diesen Tagen wird viel über eine internationale Nahost-Konferenz gesprochen. Die Meinungen in Israel dazu sind geteilt. Wir würden eine Einigung der unmittelbar Beteiligten auf einen internationalen Rahmen für Verhandlungen, wie ihn eine Nahost-Konferenz unter dem Schirm der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates darstellt, für einen guten Anfang halten. Wir glauben, daß kein arabischer Führer ohne einen solchen Rahmen in Verhandlungen eintreten kann.

Einige Entwicklungen der letzten Zeit geben Anlaß zu einem gewissen Optimismus. Ich denke an die Treffen des heutigen israelischen Außenministers mit König Hassan von Marokko und Präsident Mubarak sowie an die Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Verhältnisse auf der Westbank und in Gaza.

Wir begrüßen diese Entwicklungen und fordern alle Beteiligten auf, in ihrem Bemühen um einen dauerhaften Frieden nicht nachzulassen. Israel und Ägypten haben mit ihrer Einigung über Taba am 12. September 1986 gezeigt, daß Verhandlungen und Kompromißbereitschaft auch in schwierigen Fällen Lösungen ermöglichen.

Wir hoffen trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten, trotz anhaltender kriegerischer Verwicklungen in der Region, daß Verständigung und Zusammenarbeit immer mehr an die Stelle von Konfrontationen treten. Es geht um die Herbeiführung einer dauerhaften Friedensregelung. Die Bundesregierung wird zusammen mit ihren europäischen Partnern auch in Zukunft sinnvolle Ansätze zur Konfliktlösung unterstützen und den unmittelbaren Konfliktparteien bei der Suche nach Frieden und Ausgleich behilflich sein, wenn sie es wünschen.

7703

יוצא בלמ״ס

אל: בון, נר: 631, מ : המשרד
דח: מ, סג: ב, תא: 111186, זח: 1300

בלמס/מיידי

פרשת הינדאווי- כתבת וושינגטון טיימס.
אנא בחוזר נוסח ההכחשה הפומבית של משה״ח, בגרמנית.
אירופה 1

י.בי

תפ: אירא

ט' בחשון התשמ"ז
11 בנובמבר 1986

REINHARD SCHLAGINTWEIT
MINISTERIAL DIRIGENT במשה"ח של רפ"ג

יליד 1928.

סיים לימודי משפטים.

הצטרף לשירות החוץ של רפ"ג ב-1952.

שירת באנקרה, קאבול, בנקוק, ובשנים 79'-1976 כשגריר בסעודיה.

מאז 1979 במשה"ח בבון, תחילה מנהל מח' צפון אפריקה והפריפריה של המזה"ת ומאז 1984 כממונה על המדיניות כלפי המזה"ת.

הגיע לישראל לאחר ביקורים בעיראק ובירדן. בעמאן השתתף בועידת תכנית החומש הירדנית ליו"ש. הופגש או יופגש עם אישים ערבים מהשטחים בתיווכו - וכנראה בליוויו - של שגריר רפ"ג בירדן. שלא כשגרירויות אחרות בישראל הנעזרות בקונסוליות שלהן בירושלים - מופקדת השגרירות הגרמנית בעמאן על טיפוח הקשרים עם אישים ומוסדות ביו"ש, בהעדר קונסוליה גרמנית בבירה.

מח' אירופה 1.

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

4188

משרד החוץ-מחלקת הקשר

תאריך : 11.11.86

נכנס

בלמס

חוזם:11,4188
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:80,תא:111186,זח:1840,דח:ב,סג:ב
נד:8

(7)

בלמס/בהול

אל: אירופה 1

דע: סמנכ''ל ענרב, מצפ''א, מע''ת

מאת: השגריר - ברן/בן ארי

בהול לבוקר

פרשת הינדאווי - כתבת הושינגטון טיימס
בהמשך למברקי 77

להלן קטעים מתוך הודעות נוספות:-

1. דובר הממשלה ומזכיר המדינה OST ב-7 דנא:

STS OST: ICH KENNE NUR DIE AGENTURMELDUNG, DIE JA
ZUERST WOHL VON EINEM DER BERICHT IN DER WASHINGTON
POST SPRACH, UND DANN KORRIGIERT DASS ES SICH
UM DIE WASHINGTON TIMES HANDELE. ABGESEHEN DAVON
DASS EBEN NUR DIESE AGENTURMELDUNG VORLIEGT UND
WIR AUCH HERRN CHIRAC ZUERST EINMAL FRAGEN MUESSEN
WAS ER WIRKLICH GESAGT HAT, HAT DIE BUNDESREGIERUNG
NIEMALS SOLCHE INFORMATIONEN GEHABT UND DEMZUFOLGE
SOLCHE AUCH NICHT AN DIE FRANZOESISCHE REGIERUNG
WEITERGEBEN KONNEN. VIELLEICHT KANN ABER HERR
BETTZUEGE AUCH NOCH ETWAS AUS DER SICHT DES AUSSENMINIS
TERS SAGEN?

STS OST: ICH KENNE NUR DIE AGENTURMELDUNG, DIE JA
ZUERST WOHL VON EINEM DER BERICHT IN DER WASHINGTON
POST SPRACH, UND DANN KORRIGIERT DASS ES SICH
UM DIE WASHINGTON TIMES HANDELE. ABGESEHEN DAVON
DASS EBEN NUR DIESE AGENTURMELDUNG VORLIEGT UND
WIR AUCH HERRN CHIRAC ZUERST EINMAL FRAGEN MUESSEN
WAS ER WIRKLICH GESAGT HAT, HAT DIE BUNDESREGIERUNG
NIEMALS SOLCHE INFORMATIONEN GEHABT UND DEMZUFOLGE
SOLCHE AUCH NICHT AN DIE FRANZOESISCHE REGIERUNG
WEITERGEBEN KONNEN. VIELLEICHT KANN ABER HERR
BETTZUEGE AUCH NOCH ETWAS AUS DER SICHT DES AUSSENMINIS
TERS SAGEN?

BETTZUEGE: ICHJ MOECHTE FUER DAS AUSWAERTIGE AMT NACHTRAGEN, DASS ES SICH BEI DIESEN AUFGESTELLTEN BEHAUPTUNGEN IN DIESER MELDUNG UM EINE FREIE ERFINDUNG HANDELT, DIE WIR AUF DAS ENTSCHIEDENSTE ART RUECKWEISEN.

STS OST: GESTERN IST DARUEBER NICHT GESPROCHEN WORDEN. SIE WISSEN, DAS SOWOHL DER BUNDESKANZLER ALS AUCH DER FRANZOESISCHE PREMIERMINIST PREMIEMINISTER CHIRAC, DIE SICH GESTERN GETROFFEN HABEN, DIESES THEMA NICHT ANGESPROCHEN HABEN. DER HAUS DES BUNDESKANZLERS IN OFFERSHEIM BESTAETIGT.
ZU IHRER FRAGE EINS: ICH HABE HIER AM FREITAG SEHR DEUTLICH GESAGT: DIE BUNDESREGIERUNG HAT KEINE INFORMATIONEN UEBER EINE VERSCHWOERUNG DES MOSSAD UND SYRISCHER DISSIDENTEN. SCHON AUS DIESEM GRUNDE KONNTEN SOLCHE INFORMATIONEN NICHT WEITERGEGEBEN WERDEN. ICH GLAUBE AUCH NICHT, WENN MAN DEN TEXT GANZ GENAU LIEST, DEN ICH ALS AGENTURMELDUNG VORLIEGEN HABE, DASS ES SO ZU VERSTEHEN IST, WIE SIE ES GESAGT HABEN. ICH GLAUBE, AUS DEM TEXT GEHT AUCH HERVOR, DASS HIER DER FRANZOESISCHE PREMIERMINISTER FUER DIE ZUNAECHST GEAEUSSERTE VERMUTUNG WEDER DEN BUNDESKANZLER NOCH DEN AUSSENMINISTER IN ANSPRUCH NIMMT. ODER, UM ES ANDERS ZU SAGEN: DER FRAZOESISCHE PREMIERMINITER NIMMT FUER, EINE BETEILIGUNG DES MOSSAD DEN BUNDESKANZLER UND DEN AUSSENMINISTER NICHT IN ANSPRUCH.

ZUSATS: ES STIMMT, HERR OST, ER NIMMT SIE DAFUER NICHT IN ANSPRUCH. ABER ER NIMMT SIE DAFUER IN ANSPRUCH, DASS SIE GESAGT HAETTEN, DIESES SEI ALS PROVOKATION GEGEN SYRIEN UNTERNOMMEN WORDEN?

STS OST: NEIN, ICH WILL HIER NICHT IN DIE TEXTEXEGESE GEHEN UND WIEDER INTERPRETATIONEN VON INTERVIEWS BETREIBEN. ABER ICH KANN DAS NICHT DARAUS LESEN.

BETTIUEGE: ICH MOECHTE FUER DAS AUSWAERTIGE AMT NACHTRAGEN, DASS ES SICH BEI DIESEN AUFGESTELLTEN BEHAUPTUNGEN IN DIESER MELDUNG UM EINE FREIE ERFINDUNG HANDELT, DIE WIR AUF DAS ENTSCHIEDENSTE ART RUECKWEISE N.

2. OST 10 MIN:-

STS OST: GESTERN IST DARUEBER NICHT GESPROCHEN WORDEN. SIE WISSEN, DAS SOWOHL DER BUNDESKANZLER ALS AUCH DER FRANZOESISCHE PREMIERMINIST PREMIERMINISTER CHIRAC, DIE SICH GESTERN GETROFFEN HABEN, DIESES THEMA NICHT ANGESPROCHEN HABEN. DER HAUS DES BUNDESKANZ LERS IN OFFERSHEIM BESTAETIGT.
ZU IHRER FRAGE EINS: ICH HABE HIER AM FREITAG SEHR DEUTLICH GESAGT: DIE BUNDESREGIERUNG HAT KEINE INFORMATIONEN UEBER EINE VERSCHWOERUNG DES MOSSAD UND SYRISCHER DISSIDENTEN. SCHON AUS DIESEM GRUNDE KONNTEN SOLCHE INFORMATIONEN NICHT WEITERGEGEBEN WERDEN. ICH GLAUBE AUCH NICHT, WENN MAN DEN TEXT GANZ GENAU LIEST, DEN ICH ALS AGENTURMELDUNG VORLIEGEN HABE, DASS ES SO ZU VERSTEHEN IST, WIE SIE ES GESAGT HABEN. ICH GLAUBE, AUS DEM TEXT GEHT AUCH HERVOR, DASS HIER DER FRANZOESISCHE PREMIERMINISTER FUER DIE ZUNAECHST GEAEUSSERTE VERMUTUNG WEDER DEN BUNDESKANZLER NOCH DEN AUSSENMINISTER IN ANSPRUCH NIMMT. ODER, UM ES ANDERS ZU SAGEN: DER FRAZOESISCHE PREMIERMINITER NIMMT FUER, EINE BETEILIGUNG DES MOSSAD DEN BUNDESKANZLER UND DEN AUSSENMINISTER NICHT IN ANSPRUCH.

ZUSATZ: ES STIMMT, HERR OST, ER NIMMT SIE DAFUER NICHT IN ANSPRUCH. ABER ER NIMMT SIE DAFUER IN ANSPRUCH, DASS SIE GESAGT HAETTEN, DIESES SEI ALS PROVOKATION GEGEN SYRIEN UNTERNOMMEN WORDEN?

STS OST: NEIN, ICH WILL HIER NICHT IN DIE TEXTEXEGESE GEHEN UND WIEDER INTERPRETATIONEN VON INTERVIEWS BETREIBEN. ABER ICH KANN DAS NICHT DARAUS LESEN.

UND ES IST IN DER TAT AUCH NICHT SO GEWESEN.

3. סגן הקנצלר ושר החוץ גנשר בלונדון ב-10 דנא:-

GENSCHER ERKLAERTE IN LONDON, DER INHALT DES INTERVIEWS SEI ''ABWEGIG UND FREI ERFUNDEN''. ER BEGRUESSE ES, FUHR GENSCHER FORT, DASS AUCH CHIRAC DAS INTERVIEW ALS VERFAELSCHT BEZEICHNET HABE.

4. סגן הקנצלר ושר החוץ גנשר בלונדון ב-10 דנא:-

ALS ''ABWEGIG UND FREI ERFUNDEN'' BEZEICHNETE BUNDESAUSS ENMINISTER HANS-DIETRICH GENSCHER DEN INHMALT EINES INTERVIEWS DER ''WASHINGTON TIMES''. NACH ANGABEN DER ZEITUNG HATTE DER FRANZOESISCHE MINISTERPRAESIDENT JAQUES CHIRAC IN EINEM INTERVIEW ERKLAERT, GENSCHER UND BUNDESKANZLER HELMUT KOHL SEIEN DER ANSICHT DASS DER ATTENTATSVERSUCH GEGEN DEN EL-AL JUMBO IM VERGANGENEN APRIL EIN PROVOZIERENDER ART ZUR DESTABILISIERUNG DER REGIERUNG DES SYRISCHEN PRAESIDEN TEN ASSAD GEWESEN SEI. GENSCHER BEGRUESSTE ES, DASS AUCH CHIRAC SELBST DAS INTERVIEW ALS VERFAELSCHT BEZEICHNET HABE.

5. OST ב-10 דנא:-

OST BLEIBT BEI DEMENTI ZU ''WASHINGTON TIMES''

BONN (REUTER) - DIE BUNDESREGIERUNG BLEIBT BEI IHREM DEMENTI ZU MELDUNGEN, NACH DENEN BUNDESKANZLER HELMUT KOHL UND AUSSENMINITER HANS-DIETRICH GENSCHER VON EINER ANGEBLICHEN VERSCHWOERUNG DES ISRAELISCHEN GEHEIMDIENSTES MOSSAD ZU LASTEN SYRIENS GESPROCHEN HABEN SOLLEN. REGFI
REGIERUNGSSPRECHER FRIEDHELM OST SAGTE AM MONTAG IN BONN, AUCH DIE VEROEFFENTLICHUNG EINES TEXTES

UND ES IST IN DER TAT AUCH NICHT SO GEWESEN.

3. [illegible]

GENSCHER ERKLAERTE IN LONDON, DER INHALT DES INTERVIEWS SEI ''ABWEGIG UND FREI ERFUNDEN''. ER BEGRUESSE ES, FUHR GENSCHER FORT, DASS AUCH CHIRAC DAS INTERVIEW ALS VERFAELSCHT BEZEICHNET HABE.

4. [illegible]

ALS ''ABWEGIG UND FREI ERFUNDEN'' BEZEICHNETE BUNDESAUSSENMINISTER HANS-DIETRICH GENSCHER DEN INHALT EINES INTERVIEWS DER ''WASHINGTON TIMES''. NACH ANGABEN DER ZEITUNG HATTE DER FRANZOESISCHE MINISTERPRAESIDENT JAQUES CHIRAC IN EINEM INTERVIEW ERKLAERT, GENSCHER UND BUNDESKANZLER HELMUT KOHL SEIEN DER ANSICHT DASS DER ATTENTATSVERSUCH GEGEN DEN EL-AL JUMBO IM VERGANGENEN APRIL EIN PROVOZIERENDER ART ZUR DESTABILISIERUNG DER REGIERUNG DES SYRISCHEN PRAESIDENTEN ASSAD GEWESEN SEI. GENSCHER BEGRUESSTE ES, DASS AUCH CHIRAC SELBST DAS INTERVIEW ALS VERFAELSCHT BEZEICHNET HABE.

5. OST [illegible]

OST BLEIBT BEI DEMENTI ZU ''WASHINGTON TIMES''

BONN (REUTER) - DIE BUNDESREGIERUNG BLEIBT BEI IHREM DEMENTI ZU MELDUNGEN, NACH DENEN BUNDESKANZLER HELMUT KOHL UND AUSSENMINITER HANS-DIETRICH GENSCHER VON EINER ANGEBLICHEN VERSCHWOERUNG DES ISRAELISCHEN GEHEIMDIENSTES MOSSAD ZU LASTEN SYRIENS GESPROCHEN HABEN SOLLEN. REGRI REGIERUNGSSPRECHER FRIEDHELM OST SAGTE AM MONTAG IN BONN, AUCH DIE VEROEFFENTLICHUNG EINES TEXTES

DER ZEITUNG ''WASHINGTON TIMES'' UEBER EIN INTERVIEW MIT DEM FRANZOESISCHEN MINISTERPRAESIDENTEN JACQUES CHIRAC AENDERE NICHTS AN DER AUSSAGE, DASS DIE BUNDES REGIERUNG KEINE KENNTNIS UEBER EINE SOLCHE ANGEBLICHE VERSCHWOERUNG HABE UND DESHALB AUCH NICHT IN DE UND DESHALB AUCH NICHT DARUEBER GESPROCHEN HABEN KONNTE.

6. שרמע שגנשר חזר על ההודעה גם היום, 11 נובמבר.

בן-ארי.

===שך

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,ענוג,שמורק,ר/מרכז,ממד,רם,אמן, אירא,אירב,מצפא,מעת,הסברה

DER ZEITUNG ''WASHINGTON TIMES'' UEBER EIN INTERVIEW
MIT DEM FRANZOESISCHEN MINISTERPRAESIDENTEN JACQUES
CHIRAC AENDERE NICHTS AN DER AUSSAGE, DASS DIE BUNDES
REGIERUNG KEINE KENNTNIS UEBER EINE SOLCHE ANGEBLICHE
VERSCHWOERUNG HABE UND DESHALB AUCH NICHT IN
DE UND DESHALB AUCH NICHT DARUEBER GESPROCHEN HABEN
KONNTE.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 11. November 1986

Mitteilung für die Presse Nr. 1298/86

<u>Achtung Redaktionen:</u>
S p e r r f r i s t : 11.11.1986, 15.00 Uhr

Rede
des Staatsministers im Auswärtigen Amt
DR. LUTZ G. STAVENHAGEN

vor der X. Deutsch-Israelischen Konferenz
vom 09.-12.11.1986 in Königswinter
zum Thema
"Perspektiven und Praxis der deutschen Nahost-Politik"

<u>Achtung Redaktionen:</u>

S p e r r f r i s t : 11.11.1986, 15.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort !

Meine Herren Präsidenten der Israelisch-Deutschen Gesellschaft und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,
meine Damen und Herren Abgeordneten der Knesset und des Deutschen Bundestages,
Herr Botschafter des Staates Israel,
lieber Herr Haas,
liebe Gäste aus Israel, meine Damen und Herren!

Für die Einladung, hier zu Ihnen zu sprechen, und für Ihre freundliche Begrüßung danke ich Ihnen. Ich freue mich, Gast der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu sein, die sich seit vielen Jahren den deutsch-israelischen Beziehungen widmet. Zu Pflege und Vertiefung dieser Beziehungen hat sie wertvolle Beiträge geleistet.

Das deutsch-israelische Verhältnis hat sich zu einem dichten Netz politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beziehungen entwickelt. Deutsch-israelischer kultureller Dialog, deutsch -israelischer Jugendaustausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit sind Beispiele für das, was erreicht worden ist. Mit keinem anderen Land außerhalb des westlichen Bündnisses findet ein so intensiver Besucheraustausch statt.

Mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat im Oktober 1985 zum ersten Mal ein deutscher Bundespräsident Israel besucht. Die Herzlichkeit und Wärme des Empfangs für den Bundespräsidenten haben uns hier in Deutschland tief beeindruckt. Dem Besuch von Staatspräsident Herzog im kommenden April sehen wir mit großer Freude entgegen.

Staatspräsident Herzog wird dann an der Seite des Bundespräsidenten die aus den Wahlen im Januar 1987 hervorgegangene Bundesregierung begrüßen können. Wie die derzeitige und alle Bundesregierungen davor, wird auch die nächste Bundesregierung ihre Nahostpolitik an dem durch geschichtliche Verantwortung geprägten Verhältnis zum Staat Israel ausrichten. Die Bundesrepublik Deutschland ist sich in jeder Phase ihrer Nahostpolitik dieser Verantwortung bewußt gewesen. In diesem Geist und im Bewußtsein dieser Verpflichtung wollen wir weiter für die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen wirken. Alois Mertes, mein verehrter Vorgänger im Amt, zählte zu den Jahrgängen, die Hitlers Herrschaft und Krieg am bittersten erfuhren. Daraus wuchs seine Kraft und Leidenschaft für Versöhnung und Frieden. Er sagte am 8. November 1982 bei der VI.Deutsch-Israelischen Konferenz: "Nur Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Verstehen-Wollen und Vertrauen-Wollen sind tragfähige Säulen einer dauerhaften Brücke zwischen Deutschen und Juden, zwischen Deutschland und Israel." Diesem Bemühen meines Vorgängers fühle ich mich besonders verpflichtet.

Seit der IX. Deutsch-Israelischen Konferenz in Tel Aviv 1985 sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Hier denke ich vor allem an die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern: Am 4. Juli 1986 wurde in Bonn in Anwesenheit des Bundeskanzlers von den beiden Ressortministern die Vereinbarung über die Schaffung einer deutsch-israelischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung unterzeichnet.

Die Ende der fünfziger Jahre begonnene wissenschaftliche Kooperation, an der alle bedeutenden Forschungseinrichtungen Israels mitwirken, hat damit ein wichtiges neues Instrument erhalten. Die Stiftung schafft zusätzliche Möglichkeiten zur gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit und zur Förderung von Projekten, die im gemeinsamen Interesse beider Länder liegen.

Für die Bundesrepublik Deutschland war es etwas Neues, gemeinsam mit einem anderen Staat eine Stiftung für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zu gründen.

Die Gründung gelang, weil Israel aufgrund seines hohen Standes innovativer Forschung und seines wissenschaftlichen Potentials einzigartige Voraussetzungen mitbringt. Ich erinnere nur an die landwirtschaftliche Bewässerungstechnik und an die Entwicklung arider Gebiete. Den Vorschlag einer solchen Stiftung unterbreitete Ministerpräsident Peres, als er den Bundeskanzler anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Vereinten Nationen im Oktober 1985 in New York traf. Beide waren im gleichen Raum zusammengekommen, in dem die historische Begegnung zwischen Konrad Adenauer und David Ben Gurion stattgefunden hatte. Der bisherigen Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem israelischen Volk wurde eine neue Dimension hinzugefügt, vor historischem Hintergrund, aber dieses Mal aufbauend auf langjährigem intensivem und freundschaftlichem Austausch.

Ich bin dankbar, daß die Statuten der Stiftung auch der geisteswissenschaftlichen Forschung Raum geben. Bei meinen Besuchen in Israel habe ich immer wieder dafür geworben, daß auch im Geisteswissenschaftlichen die Zusammenarbeit noch enger wird.

Das Vorkriegsdeutschland ist nicht vorstellbar ohne den jüdischen Beitrag zu seinem Kultur- und Geistesleben. Das Vorkriegs-Berlin erhielt seine Lebendigkeit, seine Frische, seine kulturelle Urbanität durch Heroen des Theaters wie Max Reinhardt, der dem deutschen Theater einen Glanz verlieh, wie er nicht mehr erreicht wurde, durch jüdische Schriftsteller, Verleger, Schauspieler, Musiker, Historiker, Juristen und Politiker. Als sie vertrieben wurden oder umkamen, war ein glanzvoller Abschnitt deutscher Kultur beendet.

An das Vergangene konnten wir nicht mehr anknüpfen. Dennoch hat sich das deutsch-israelische Verhältnis zu einem Geflecht enger Beziehungen auf allen Gebieten verdichtet. Einer, der sich schon ganz früh für den Wissenschaftler-Austausch eingesetzt und sich große Verdienste um das deutsch-israelische Verhältnis erworben hat, ist der kürzlich verstorbene Dr. Josef Cohn, der das europäische Komitee des Weizmann-Instituts auf seine unnachahmliche Weise leitete. Wir haben mit ihm einen Freund verloren.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Zukunft werfen. In beiden Ländern wachsen junge, selbstbewußte und kritische Bürger heran. Mit dem Generationswechsel tritt an die Stelle durch persönliche Erlebnisse geprägten Verhaltens immer stärker eine neue Unbefangenheit und Offenheit.

Dennoch wird das deutsch-israelische Verhältnis auch weiterhin durch die Vergangenheit geprägt bleiben und einen besonderen Charakter behalten. Der beiderseitige Jugendaustausch, der früh und ohne festen Rahmen begann und erst seit 1972 von einem gemischten deutsch-israelischen Fachausschuss unterstützt wird, hat Verständnis und Verständigung geschaffen. Mit keinem Land außer Frankreich hat die Bundesrepublik Deutschland einen so intensiven Jugendaustausch wie mit Israel. Unter den zwölf Partnerländern Israels für den internationalen Jugendaustausch nehmen wir mit Abstand den ersten Platz ein. Persönliche Beziehungen, reale Gemeinsamkeiten und ein stetiger Dialog zwischen den Menschen in beiden Ländern werden mehr und mehr - auch als Ergebnis des intensiven Jugendaustauschs - unsere gegenseitigen Beziehungen bestimmen.

Nach diesem kurzen Blick auf ein Stück Praxis unserer Beziehungen möchte ich mich nun der Nahostpolitik der Bundesregierung zuwenden. Ich möchte die angeklungenen kritischen Bemerkungen über die deutsche und europäische Position im Nahostkonflikt zum Anlaß nehmen, etwas zur Gestaltung der deutschen und europäischen Nahostpolitik vor dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund unserer Beziehungen zu Israel zu sagen.

Unsere Nahostpolitik ist Teil der Nahostpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft; wir haben sie durch eigene Initiativen mitgestaltet. In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit gewinnt unser Streben nach politischer Einigung Europas konkreten Ausdruck. Je kraftvoller und konsequenter unser gemeinsames Handeln ist, desto näher kommen wir diesem Ziel und desto gewichtiger ist auch die Rolle Europas in der Welt.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland im Herzen Europas und an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts, wir können und wollen uns dieser Gemeinsamkeit nicht entziehen. Zum Nachteil der Nahostpolitik ist diese europäische Entwicklung nicht.

Unser oberstes Ziel ist es, aussichtsreiche und realistische Friedensbemühungen zu unterstützen. Wir wissen, daß der jüdisch-arabische nur einer der Konflikte im Nahen Osten ist. Unsere Beziehungen zum nahöstlichen Raum schliessen - allerdings vor anderem geschichtlichen Hintergrund - Beziehungen zu den arabischen Staaten ein.

Europäische Nahostpolitik kann keinen Lösungsvorschlag, kein fertiges, erfolgversprechendes Modell der Streitschlichtung anbieten oder empfehlen. Friedensstiftung im Nahen Osten ist uns von außen nicht möglich, der Versuch würde unsere Kräfte übersteigen. Das, was wir zu tun in der Lage sind, ist ohne Einschränkung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden gerichtet. Dabei orientiert sich die Nahostpolitik der Gemeinschaft an drei Prinzipien, die in europäischen Erklärungen immer wieder unterstrichen worden sind:

- dem Lebensrecht Israels in anerkannten und gesicherten Grenzen;
- dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes;
- Dem Verzicht auf Gewalt durch alle am Konflikt Beteiligten, der nur eine Ausnahme kennen darf: das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.

Wo sich die Zwölf gemeinsam für den Frieden einsetzen, haben ihre Forderungen stärkeres Gewicht als die Forderungen eines einzelnen Staates. Wenn sich 12 für Gewaltverzicht, für die Anerkennung der Sicherheitsrat-Resolution 242 und für das Existenzrecht Israels einsetzen, wirkt dies nachhaltiger, als wenn nur einer dies tut. Wo bilaterale deutsche und europäische Bemühungen zusammenwirken, um die wirtschaftliche Kooperation mit Ländern der Region zu verbessern, ist der Beitrag zu Entwicklungsfortschritten und zur Stabilisierung ungleich nachhaltiger, als wenn nur einer so handelt.

Bei alldem wissen wir, daß Europa selbst bei gemeinsamem Handeln nur eine vergleichsweise begrenzte Rolle in der Region spielen kann. Wir überschätzen uns nicht. Europäische Nahostpolitik kann aber in sinnvoller Weise die amerikanischen Bemühungen ergänzen und unterstützen.

Lassen Sie mich auch ein persönliches Wort zu Jerusalem, dieser einzigartigen unter den Städten sagen: Die drei monotheistischen Religionen haben eine besondere Beziehung zu Jerusalem. Wir Christen haben dort unsere Heiligen Stätten. Für die Mohammedaner ist sie die Stadt, von der aus Mohammed zu seiner nächtlichen Himmelfahrt aufstieg. Den Juden ist sie als Stadt heilig. Zweitausend Jahre haben sie Jerusalem in ihr Gebet eingeschlossen als Ausdruck der Sehnsucht eines verfolgten und zerstreuten Volkes in die alte Heimat zurückzukehren. Das Bild der geteilten Stadt Berlin vor Augen, ist für mich weder Teilung noch Internationalisierung eine erträgliche Lösung. Universalität der Stadt, freier Zutritt für alle Menschen zu ihren Heiligen Stätten und Modell des friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern - das scheint mir der richtige Weg zu sein.

Wir alle wissen, daß die USA die einzige auswärtige Macht ist, die aufgrund ihres politischen Einflusses und ihrer militärischen Stärke etwas in der Region erreichen kann. Der Nahost-Konflikt ist deshalb ebenso wie die Bekämpfung des von nahöstlichen Gruppen ausgehenden internationalen Terrorismus nicht nur bei den Beratungen in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, sondern auch bei deutsch-amerikanischen Konsultationen ein wichtiges Thema.

Die Förderung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten ist Bestandteil unserer auf Frieden, Freiheit und Durchsetzung der Menschenrechte ausgerichteten Außenpolitik.

Ich möchte eines verdeutlichen: Wir Deutsche sind uns darüber im klaren, daß Selbstbestimmung auf beiden Seiten der Trennungslinie, die unsere Nation teilt, nur im Rahmen einer umfassenden Friedensordnung möglich ist. Ähnliches gilt auch für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

Es kann nur im Rahmen einer Friedensregelung für den Nahen Osten gewährt werden, die allen Staaten der Region, einschließlich Israel, sichere und anerkannte Grenzen und damit eine gesicherte Existenz garantiert. Eine solche Friedenslösung erfordert den Konsens aller Konfliktparteien. Daraus ergibt sich, daß der Weg zum Frieden im Nahen Osten über den Ausgleich von Rechten aller Parteien führen muß. Es kann nicht auf der einseitigen Durchsetzung von Einzelrechten aufbauen.

Das Recht Israels auf Existenz in sicheren Grenzen - das erste von mir erwähnte Prinzip für die Erreichung einer Lösung im Nahostkonflikt auf dem Verhandlungswege - hat in unserer Nahostpolitik seit langem einen festen Platz. Dafür einzutreten, ist gerade für uns eine politische Selbstverständlichkeit, aber auch moralische Verpflichtung.

Unumgänglich für eine Verhandlungslösung ist nach deutscher und europäischer Überzeugung der Gewaltverzicht, zu dem sich die Konfliktparteien bereitfinden müssen. Er bedeutet auch Verzicht auf Streben nach einseitigen Vorteilen und Verzicht auf Ausnutzung von politischen, militärischen und ökonomischen Machtpotentialen. Nur ein solcher umfassender Gewaltverzicht kann immer neue Konflikte und Kriege verhindern.

Die Geschichte des Nahostkonflikts zeigt, daß es auf dem Wege zu einer Friedenslösung zahllose Enttäuschungen und Rückschläge gegeben hat. Dies darf jedoch die Konfliktparteien nicht davon abhalten, neue Anstrengungen zu unternehmen. Wir Europäer werden alle Versuche unterstützen, die eine Friedenslösung auf der Grundlage der von mir genannten Prinzipien zu verwirklichen suchen. Wir werden jeden schrittweisen Abbau von Konfliktpotentialen fördern. Wir sind für Kooperation, die zu neuen konstruktiven Formen der Beziehungen führt.

In diesen Tagen wird viel über eine internationale Nahost-Konferenz gesprochen. Die Meinungen in Israel dazu sind geteilt. Wir würden eine Einigung der unmittelbar Beteiligten auf einen internationalen Rahmen für Verhandlungen, wie ihn eine Nahost-Konferenz unter dem Schirm der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates darstellt, für einen guten Anfang halten. Wir glauben, daß kein arabischer Führer ohne einen solchen Rahmen in Verhandlungen eintreten kann.

Einige Entwicklungen der letzten Zeit geben Anlaß zu einem gewissen Optimismus. Ich denke an die Treffen des heutigen israelischen Außenministers mit König Hassan von Marokko und Präsident Mubarak sowie an die Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Verhältnisse auf der Westbank und in Gaza.

Wir begrüßen diese Entwicklungen und fordern alle Beteiligten auf, in ihrem Bemühen um einen dauerhaften Frieden nicht nachzulassen. Israel und Ägypten haben mit ihrer Einigung über Taba am 12. September 1986 gezeigt, daß Verhandlungen und Kompromißbereitschaft auch in schwierigen Fällen Lösungen ermöglichen.

Wir hoffen trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten, trotz anhaltender kriegerischer Verwicklungen in der Region, daß Verständigung und Zusammenarbeit immer mehr an die Stelle von Konfrontationen treten. Es geht um die Herbeiführung einer dauerhaften Friedensregelung. Die Bundesregierung wird zusammen mit ihren europäischen Partnern auch in Zukunft sinnvolle Ansätze zur Konfliktlösung unterstützen und den unmittelbaren Konfliktparteien bei der Suche nach Frieden und Ausgleich behilflich sein, wenn sie es wünschen.

4081 משרד החוץ-מחלקת הקשר תאריך : 11.11.86

** נכנס שמור
**
**
**

חוזם:11,4081
אל:המשרד
מ-:לונדון,נר:88,תא:111186,זח:1300,דח:מ,סג:ש
נד:פ

שמור/מידי

אל:אירופה 1

דע:אירופה ב'

מאת:השגריר לונדון

מפי הלורד ויידנפלד.

הוא סיפר שהתקשר אליו SERVATSIUS -יו"ר מנעלי אקסל שפרינגר לומר לו כי הקנצלר קוהל אמר לו אישית שלדברי רה"מ שיראק אין כל יסוד.

הזכיר את המוסד בצורה היתולית רק כדי להזים את ה"דיסאינפורמציה" שנשמעה במסדרונות הבונדסטאג.

לדברי סרוציוס,לפי מה ששמע מפי קוהל,לא נאמר דבר על ידו שיכול היה להצדיק את דברי שיראק לוה בורשגרב.

אבנר.

אף

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,אירב

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] SERVATSIUS [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

נכנס ** משרד החוץ-מחלקת הקשר

**

**

**

חוזם:11,4191

אל:המשרד

מ-:ברן,נר:81,תא:111186,זח:1900,דח:ב,סג:ס

נד:פ

משרד החוץ
ארכיון
דואר נכנס
12-11-1986
תיק מס:

אירו

סודי/בהול לבוקר

אל סמנכל ענרג, אירופה 1
דע לשכת המנכל, מצפא
מאת השגריר- ברן

פרשת הינדאווי- כתבת ושינגטון פוסט. בהמשך למברקי 77.

1. דברתי עם דובר הממשלה מזכיר המדינה אוסט, ד"ר אקרמן יועץ הקנצלר לתקשורת, מנהל אגף במשרד החוץ זודהוף שר המדינה שטאורנהאגן ממשרד החוץ.

שלא ליחוס טענו שאין הקנצלר ולא גנשר יכלו לומר מעבר להכחשה הברורה,גם מכיוון שאינם רוצים להכנס לויכוח עם הרוצים להכשילם וגם מכיוון שיבולים לפגוע פגיעה חמורה בשיראק. הרי נציגים מוסמכים אמרו ברורות להד"ם.

2. על סמך שאלה בועידה הגרמנית הישראלית אמר היום שר המדינה שטאורנהאגן להד"מ- ציטט הודעת גנשר במלואה.

בן-ארי.

==דף

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,ר/מרכז,רם,אמן,ממד,ענרג,אירא, אירב,מצפא

[illegible] : [illegible]

[illegible] [illegible] **
**
**
**

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

1. [illegible]

[illegible]

2. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

ט' בחשון תשמ"ז
11 בנובמבר 1986

הצעה לסדר היום של ח"כ א. בן-אלישר

"הכפשת ישראל על-ידי קנצלר גרמניה ורוה"מ צרפת באמצעות האשמות המוסד בנסיון לפוצץ את מטוס אל-על."

הצעה לדברי השר וייצמן

על-פי תעתיק שפירסם ביום ב' העתון "וושינגטון טיימס" כדי לשכנע את קוראיו כי אכן היה נאמן לאמת בפרסום הסנסציוני של הראיון עם רוה"מ צרפת, נאמר כי מר שיראק התייחס בזלזול מוחלט לשירותים החשאיים בכללם, כולל השירותים האמריקאים והצרפתים, שעליהם אמר - על-פי התעתיק - "כי הם לא שווים פרוטה והם מוחדרים [penetrated] ".

באותו הקשר, אגב, השמיע מר שיראק הערה מחמיאה על המוסד הישראלי. בהמשך הראיון סיפר מר שיראק - על-פי התעתיק - כי הוא שוחח עם קנצלר גרמניה קוהל ועם שה"ח גנשר על פרשת הינדאווי - וכאן אני מצטט את מר שיראק מתוך התעתיק של ה"וושינגטון טיימס":

"אני לא מרחיק לכת כמוהם אך גירסתם היא כי קנוניית הינדאווי היתה פרובוקציה מכוונת, במטרה להביך את סוריה ולערער את משטרו של אסאד".

"מי היה מאחורי זה" - וכאן לא ברור אם השאלה היא של שיראק או אם היא הושמה על-ידו בפני שני המנהיגים הגרמניים.

מר שיראק ממשיך - ושוב אין לדעת למי לייחס את ההשערה שבתשובה לשאלה: "כנראה אנשים הקשורים למוסד הישראלי, תוך שיתופם של אלמנטים סוריים מסויימים הקרובים לאסאד והמבקשים להפילו".

מובן מאליו שעשינו כל מאמץ כדי לבדוק הדברים, שהרבה יותר מאשר הם מכפישים את ישראל, הרי שפרסומם יצר בעיות לא פשוטות הן למר שיראק והן לעמיתיו הגרמניים שבפיהם הוא שם, (כביכול) תוך הסתייגות עצמית, את ההשערה המגוחכת הזאת.

./.

בשיחה ממושכת עם שגריר ישראל, שנערכה ב-8.11, הכחיש רוה"מ צרפת בכל תוקף את ההתבטאויות המיוחסות לו בנוגע למוסד ולפרשת הינדאווי. הוא אישר שבעת ביקורו האחרון בגרמניה העלה הקנצלר הגרמני באופן מעורפל אפשרות של מעורבות שירותים זרים בפרשת הינדאווי. אך לדברי שיראק לא התייחס קוהל כלל למוסד או לישראל.

יום לפני כן - ב-7.11 - נקרא הציר הישראלי בבון בדחיפות למשה"ח הגרמני ונאמר לו בצורה החלטית, כי באותה שיחה שנערכה בין הקנצלר הגרמני וראש ממשלת צרפת בפרנקפורט, אמנם דנו בפרשת הינדאווי, אך לא קוהל ולא גנשר אמרו לשיראק את אשר מייחס העתונאי לשיראק בראיון.

גם במגעים נוספים, בדרגים שונים, שקויימו בימים אלה הן בצרפת והן בגרמניה, הכחישו הנוגעים בדבר בתוקף רב את דברי העתון מכל וכל. זאת בנוסף להכחשות הפומביות בשתי הבירות.

חברי הכנסת -

בימים אלה עוסקים כמה משרדי חוץ באירופה בקדחתנות במאמצים נואשים להביא לידי שחרור מספר לא קטן של בני-ערובה שנחטפו בפרקי זמן שונים על-ידי כל מיני ארגונים טרוריסטיים הפועלים בלבנון. המאמצים אינם נערכים על-פי נוהלים דיפלומטיים מקובלים, שכן הנושא על שחרור בני-ערובה הוא, כפי שאנו יודעים היטב, סבוך מאד. מטרת השחרור היא הומניטארית, ומטרה זו מקדשת הרבה אמצעים. במציאות עכורה זו, שבה חייבות ממשלות להקריב הרבה עקרונות מקובלים כדי להציל בני-ערובה חפים מפשע מידיהם של טרוריסטים פנאטיים וחסרי כל רסן, נאמרים גם דברים שקשה להצדיקם ומיוחסים דברים שלפעמים אין להם שחר ואינם מוכחשים תמיד כראוי דברים שמתפרסמים.

אני חייב להודות שהדברים המיוחסים על-ידי ה"וושינגטון טיימס" לה"ה שיראק, קוהל וגנשר, לא נעמו לנו, אולם אנו נוטים לתת אמון במאמצי שלושתם להכחישם.

./.

איננו רואים שום ברכה או תועלת להמשיך ולדון בנושא לא רק מפני ששלושת המנהיגים הכחישו אותם נמרצות, אלא גם מפני ששלושתם הוכיחו חד-משמעית, על-ידי החלטת הקהיליה האירופית להטיל סנקציות על סוריה בשל מעורבותה המוכחת בפרשת הינדאוי, שאין הם יכולים להעלות על הדעת או להתייחס ברצינות לעלילה נגד המוסד, כפי שהדבר יכול להשתמע מן הראיון ב"וושינגטון טיימס".

הנני מציע להוריד את ההצעה מסדר היום.

יע/

3604 משרד החוץ-מחלקת הקשר תאריך : 10.11.86

סודי נכנס **

**

**

**

חוזם:11,3604
אל:המשרד
מ-:בון,נר:77,תא:101186,זח:1700,דח:ב,סג:ס
נד:פ

ג'ורג' / ???

סודי/בהול

אל : אירופה 1

דע : לשכת המנכ"ל ענרג מצפא מעת

מאת: השגריר בון

פרשת הינדאווי - כתבת הוואשינגטון טיימס. בהמשך למברקנו 65.

בשיחה טלפונית אמרתי לזודהוף שרפ"ג היתה מטיבה לעשות לו היתה מבהירה בשפה נשוטה שבאן מקרה של דיסאינפורמציה. לא המוסד ולא כל סוכנות ישראלית ברמה מוסרית מסוגלות להפיץ ידיעות בלוחמה פסיכולוגית. צריך להגיד בשפה פשוטה שיש כאן פעולת טרור של המודיעין הסורי.

==בג

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,ר/מרכז,רם,אמן,ממד,שמורק,מעת,הסברה,מצפא,ענרג,אירא,אירב

[illegible] : 10.11.88 3006

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

חוזם:11,3450
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:72,תא:101186,זח:1300,דח:מ,סג:ב
נד:@

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
11-11-1986
תיק מס'

בלמס/מידי

אל קשתום
דע אירופה 1
משגרירות ברן

אנדרטה לנרצחי מינכן.

שלכם נר 748 מ-26/10.

1. הודיעונו בחוזר אם קיבלתם תשובת הועד האולימפי בנדון. אם לאו, אנא התקשרו לאופק כדי לקבל תשובה ברורה וסופית.

2. הגורמים המקומיים כאן ממתינים לתשובה זו למעלה משנה וחייבים למסור להם עמדת הועד האולימפי מיד.

ברנע==

==דף

תפ: תרבות,אירא

שגרירות ישראל - וושינגטון

טופס מברק

דף 1 מתוך 7 דפים

סווג בטחוני: גלוי

דחיפות: רגיל

תאריך וזמן חבור: 10 נובמבר 86 1130

מס' מברק:

אל: המשרד, בטחון

197 204

1/7

אל: מנכ״ל מדיני, ממנכ״ל, מצפ״א, מע״ת

דע: יועץ רה״מ לתקשורת
יועץ שהב״ט לתקשורת

להלן הראיון המלא של ראש ממשלת צרפת שיראק ל״וושינגטון טיימס״. (10.11)

עתונות

904 / 197

Text of Chirac's interview with The Washington Times

1 Q: A few days after the two truck-bomb explosions that killed 319 U.S. and French soldiers in Beirut on Oct. 23, 1983, some Western intelligence services had the names of three Syrian intelligence officers who were directly involved in this terrorist action — which not only triggered the unraveling of the entire Western position in Lebanon but actually changed the course of history. Now a British court of law has established beyond the shadow of a legal doubt a direct link between Syrian intelligence services and the failed plane [illegible] which would have cost the lives of 375 people. The investigation also established that Syrians, as well as Libyans, were involved in the disco bombing in West Berlin which triggered retaliatory U.S. air strikes against Libya on April 14. So my question is why does the French government continue to play a charade designed to give the benefit of the doubt to Syria?

A: I must be frank and tell you that American reactions are at times a little primitive. I observed that for a long time and until quite recently Libya obtained much of its oil revenue from business transactions with American oil companies while at the same time, on the political level, Libya was subject to bitter criticism, even the target of aggression by the Americans. I cannot say that American policy toward Libya was crowned with success. On the other hand, I have observed that public opinion in the Middle East — in moderate countries who are our friends and [illegible] confronted with exceedingly difficult problems [illegible] deteriorating standards of living or the [illegible] Islamic fundamentalism, and who should [illegible] protected — is being [illegible] [illegible] initiatives to adopt anti-American and [illegible] attitudes and thus challenge their [illegible]. So I wonder whether certain American [illegible] are really appreciated beyond their [illegible] quick-fix impact. Throughout this period, I have seen [illegible] U.S. administration pursue a perfectly normal [illegible] policy toward Syria — normal trade, [illegible] and relations.

Then, all of a sudden, I see the U.S. administration, [illegible] with the British government, launch a [illegible] campaign against the Syrian authorities. I cannot be suspected of aiding terrorism [illegible] a few observations on my part [illegible] should not cause knees to jerk reflexively.

[illegible] let me explain the reasons why France is deeply concerned by what is happening in the Middle East. France has been present in the [illegible] the Americans — and beyond [illegible] France is present in Lebanon [illegible] complexities. We [illegible] in the [illegible] Lebanese factions. So we are also the [illegible] whose [illegible]

We have seven centuries of common civilization. We have a vital interest, therefore, in seeing Lebanon recover its independence in a multi[illegible] society. We also must recognize that there is no Lebanese solution that ignores Syria and its own interests. So [illegible] charging forth like Don Quixote [illegible] we should face the incontrovertible evidence that there is no peaceful solution in Lebanon without talking to Syria. All Lebanese factions have reached a similar conclusion — Christians, Druze, Shi'ites (Amal, not Hezbollah, of course), Sunnis — and all want France to maintain decent relations with Syria.

I am in complete agreement with the need to maintain Western solidarity, more specifically European Community solidarity. But those who believe that France is going to suddenly change its Middle Eastern policy without thinking it through because of one member's initiative (i.e., Britain) are making a serious mistake.

It is [illegible] that Syria is implicated in a terrorist affair. I do not have the means to verify the accuracy of the charge. If the proof is irrefutable, France, of course, will express solidarity with Britain [illegible] that will be decided one way or the other on [illegible] at our next Community meeting. I note, however, that despite the accusations against Syria, negotiations with that country are continuing. Another American hostage has just been released, and I am delighted. But my own motivations go beyond the liberation of hostages and are inspired by the urgent need to restore peace to the region, particularly to Lebanon.

2 Q: Your own intelligence services have known for a long time what has been going on with state-sponsored terrorism. In 1978, at the headquarters of your external intelligence service, I was shown a huge wall map covered with multicolored pins which represent known contacts between members of international terrorist cells and known agents of Eastern secret services. I also read one of your intelligence reports which explained in detail how the Eastern bloc decided in Havana in January 1966, at the first Tri-Continental Solidarity Conference, to organize, train and fund different international terrorist groups to destabilize Western democracies [illegible] the same time practicing "peaceful coexistence" [illegible] government level. [illegible] to sweep all of this [illegible] the rug [illegible] certain states are [illegible] a war, albeit by indirect terrorist means?

A: If you tell [illegible] that we are going [illegible] war on a number of countries and bring them [illegible] that is a strategy that could [illegible] I do not [illegible] [illegible]

with a situation in that part of the world which is exceedingly delicate and explosive and requires a modicum of psychology and long-term thinking and planning. It is the lack of peace that brings us terrorism. The city of Paris, of which I am still mayor, has paid a heavy price recently with major acts of terrorism, so obviously my motives cannot be questioned in this regard.

3 **Q: So you feel that appeasement and accommodation are the only way to cope with the international terror network that our last two secretaries of state and your own intelligence service say is linked to Eastern secret services?**

A: Either I speak my own mind and you can't quote me, or it's on the record and I don't speak my own mind. Which will it be?

4 **Q: I won't quote you, but I must be able to reflect your thinking, especially in light of the bitter criticism that has been leveled against you on both sides of the Atlantic.**

A: You can write what I believe, but I don't wish to be quoted. And everyone will know that what you write after such a visit will be authoritative.

5 **Q: Well, you know what our own intelligence services believe to be the connections between the states that sponsor terrorism and those that carry it out. I first was shown very convincing evidence by Alexander de Marenches in 1978, and he ran your service for 11 years.**

A: Your services and our own are worthless. Moreover, they are all penetrated.

6 **Q: I'm talking about 1978. The era of Marenches and Roussin, who was once Marenches' chief of staff and now serves you in the same capacity.**

A: No different then. They've always been penetrated.

7 **Q: Aren't you saying that because they're telling you things you don't want to hear?**

A: I really don't believe in their effectiveness — be it the CIA or ours — unless a country is at war. Not in peacetime. Today the Israelis are good. So are the South Africans and the Iraqis.

8 **Q: The Mossad certainly confirms the existence of a terror network and its international connections.**

A: Yes, but we know the Israelis have special motivations.

9 **Q: Dr. Andrei Sakharov himself, in his political testament smuggled out to the West in early 1980, warned us to take seriously allegations of links between the KGB and its proxy services on the one hand, and international terrorist groups on the other.**

A: That is self evident. But let's take the Syrian affair. I spoke to both [West German Chancellor Helmut] Kohl and [Foreign Minister] Hans-Dietrich Genscher about it. I don't go as far as they do, but their thesis is that the [Nizar] Hindawi plot was a provocation designed to embarrass Syria and destabilize the Assad regime. Who was behind it? Probably people connected with the Israeli Mossad in conjunction with certain Syrian elements close to Assad who seek his overthrow. Things of this nature can be infinitely complex.

10 **Q: But [Syrian President Hafez] Assad is in complete control of his own secret services.**

A: Yes, but it's also a real can of worms. Nobody really knows what role his brother Rifaat is playing. Is Rifaat manipulating Assad? And who is manipulating Rifaat? The experts who know the Syrian ambassador, who was alleged to have been part of the plot and who was expelled from Britain, say it is utterly implausible, nay impossible, that he had contact with Hindawi. That Hindawi had contacts with certain members of a Syrian service is another matter.

11 **Q: But the British are pretty good with electronic surveillance, and they know what happened between Hindawi and the Syrian ambassador.**

A: Nothing is easier than to fake that kind of evidence without government leaders knowing about the real plot.

12 **Q: I know the British service chief. He's a straight shooter, and such diabolical schemes to entrap his own prime minister are definitely not his cup of tea.**

A: Be that as it may, I am always suspicious of this sort of affair, especially when it fits into a certain policy. First it was Libya, and now it's Syria. Syria has certainly been involved, either directly or indirectly, in a number of terrorist actions. That I don't doubt. But if one then adopts a confrontational attitude which translates into a lot of barking and no action, one only encourages them to pursue such terrorist policies. I am in favor of actions when they pay off. But when they are clumsy or purely verbal, it's counterproductive.

13 **Q: Is that how you would characterize the U.S. air strikes of April 14 against Libya?**

A: Totally, completely counterproductive.

14 **Q: Didn't [Libyan leader] Col. [Muammar] Qaddafi lie low for a few months?**

A: If Qaddafi calmed down for a while, it had absolutely nothing to do with the American raid. It's because he has a real problem with his own army. This predated the air strikes and was so serious that Qaddafi felt compelled to assassinate Col. Hassan Ishkal, who was his own cousin, the leader of his tribe, a close confidant and comrade-in-arms since day one of the revolution. This was the man we had hoped would succeed Qaddafi one day. The army has been shaken to its foundations by the ongoing ill-fated Libyan military adventure in Chad, where Qaddafi's troops have had to put up with appalling conditions. The economy was in dreadful shape. It was all these factors that destabilized Qaddafi, not U.S. bombs.

I will always remember when I first heard that Saddam Hussein of Iraq was planning to attack Iran. As I knew him personally, I sent him a message to tell him I thought it was sheer madness. He replied that I was wrong because he knew from his intelligence services that the Iranian army was thoroughly demoralized, that the Arab minority in Iran would rise up and greet the Iraqis with open arms and that it would all be over in a week. He ignored my subsequent entreaty begging him not to proceed with his military plans, intoxicated as he was by his secret service. And what happened? Saddam Hussein has rendered a fabulous service to his enemy, [Ayatollah Ruhollah] Khomeini, by helping him consolidate his regime, creating the kind of regional destabilization that suits the Soviet Union and radicalizing the spread of fundamentalism from the Gulf to the Atlantic. By the same token, the Americans with their farcical air raid merely retarded the destabilization of Qaddafi's regime and enabled the colonel to reweld his restless people against the "Great Satan," as America is known in those circles. If at least the air strike had killed him.

1 97/204 4/7

15 **Q: You mean if the U.S. had submitted to you a plan for the overthrow of Qaddafi, you would have felt differently about refusing overflight rights to U.S. F-111s based in Britain?**

A: I will not answer that question. All I'm trying to explain is that when you attack without the means to see an action through to a successful conclusion, all you're doing is mobilizing opinion against you. Your image in moderate pro-Western countries like Tunisia, and throughout the Middle East for that matter, and therefore the Western image as a whole, is tarnished, diminished. This means that moderate, pro-Western countries who are, in effect, our allies in the area, are that much more fragile. It's a feel-good policy, an upper that is followed by a downer. That one should do that in an election campaign I can understand, but it is still called demagoguery.

16 **Q: But surely states that sponsor terrorism against Western democracies consider themselves to be in a state of war, albeit undeclared and conducted by covert means.**

A: Mention something specific.

17 **Q: [Italian] Prime Minister [Bettino] Craxi announced in February 1985 that 44 of Italy's most dangerous Red Brigade terrorists were based in Nicaragua. It was also disclosed that five of them are serving as non-commissioned officers in the Sandinista army. Isn't this yet another manifestation of the tacit alliance between like-minded radical states who practice terrorism against Western democracies?**

A: I managed to change France's policy toward Central America, and I explained to Secretary [of State George P.] Shultz very clearly that this region was of vital interest to the U.S. and, therefore, America's policy should be shown the Western solidarity that it merits.

18 **Q: Just as the U.S. has supported France during the 11 military interventions it has conducted in Africa since 1962 to defend what France regarded as vital interests?**

A: With some exceptions. Chad, for example.

19 **Q: I thought we had backed you to the hilt in Chad during your two most recent operations to block Qaddafi's Islamic Legions.**

A: Not really. It wasn't very wise of you to encourage [Chadian President] Hissene Habre to cross the 16th parallel, which we had agreed would be the dividing line between Libyan-occupied northern Chad and the rest of the country.

20 **Q: I'm not sure I understand why it is OK for France to intervene militarily to defend its interests, but not for the U.S. to do the same.**

A: The question in my mind is whether the U.S. h the capability and the will to reduce Libya and Syria. If the U.S. has the will to reduce these states to the point where they will not be able to do what they say they are doing, then it is incumbent upon the U.S. to speak out and act. But, if all the U.S. can do is bark, then it is better off to stay silent lest one be accused of demagoguery.

21 **Q: You are saying the U.S. does not have the will to act?**

A: That is self-evident. The first question we have to ask ourselves is: What is the objective?

Ideally, first of all, we want a situation in the Middle East that will be conducive to restoring peace — within present borders, of course. That is one objective. In other words, that Lebanon once again become an independent, peaceful nation, obviously in a close partnership with Syria; secondly, an end to the Arab-Israeli conflict which presupposes a solution for the Palestinians, admittedly not an easy thing to achieve; and thirdly, we clearly want the Arab regimes that are friends and allies of the Western world, by definition the moderate ones, which are extremely fragile, to be supported and safeguarded — Egypt, Jordan, Saudi Arabia, Lebanon, the Gulf Emirates, etc. That is, after all, your policy as well as ours, and that is why you are giving substantial aid to Egypt.

And all of this, of course, presently rests on the fragile foundations of Arab public opinion which is only too willing to be fanaticized and susceptible to xenophobia and holy war, and who is constantly being asked to shoulder the burden of deteriorating standards of living, lower oil prices and an exploding birth rate. All this is, of course, by definition, destabilizing, and all the more reason for outsiders not to be fanning the flames.

Surrounding the whole problem is a panoply of Moslem fundamentalism. The only conclusion one can draw is that the West must manage this enormous crisis with a lot of prudence and not allow itself to be deflected by a few bombs going off in the streets of their capitals. The big bomb is not the one that explodes on the Rue de Rennes, but the one that could explode all over the Arab world if Arab public opinion is pushed against the wall. That is the real bomb. And this one is not to be confused with Qaddafi's latest hyperbole.

There is an extraordinary danger for all of us coming from Iran. Iran, since the 6th century B.C., has been taking two steps forward and one step back. We are now seeing Iran taking a step back into the past. I remember when I was last prime minister in 1974 telling my American colleagues they were pushing the shah and Iran too rapidly into the modern era. They simply do not have the capacity to absorb such a rapid evolution.

And our common objective here should be to prevent the stampede of fundamentalism throughout the region. France is doing its bit in this context by helping Iraq contain it. But Britain continues to sell arms to Iran, and we now hear the U.S. does too, and they don't even bother to conceal what they are doing. So much for Western solidarity. And what about the Israelis? They, too, continue to sell arms to Iran despite all the denials we have heard.

So when I am accused of a lack of solidarity over this latest incident in London, permit me to say there are much bigger fish to fry. And the biggest fish of all is to prevent this religious anti-Western fanaticism from engulfing the entire region. And that, let me reiterate, is far more important than severing relations with Syria over some incident in London or some bomb that goes off down the street.

Insofar as these acts of terrorism are concerned, I have done everything that can be done, such as controlling our frontiers more strictly and deploying more security forces. But I don't lose sight of the fact that even the wave of terrorism we suffered in September is small potatoes next to the major problem I am raising here today. And who in Europe is trying to dike the floodtide of fundamentalism? I have to conclude that France is alone in this regard. I don't see anyone bringing up the flanks. We should lean over backward not to destabilize the moderate states of the Arab world. I mean those who are on our side: [Egyptian President Hosni] Mubarak, [Jordanian King] Hussein, and the rest of our friends.

204/197

22 Q: But they, too, would dearly love to get rid of Qaddafi.

A: Of course, but they will never say so publicly, and that is perfectly understandable. So what do you do? Lean over backward not to feed anti-Western feelings. Remember that each time one attacks an Arab anywhere, all the Arabs will feel compelled to show solidarity with what they perceive to be the victim.

Even when Iraq was clearly the aggressor against Iran, all the other Arabs closed ranks behind Iraq. So I am really astonished that a country like the U.S. does not understand this and still goes for the quick feel-good fix. It is irresponsible. Or that a country like Britain wants us all to sever relations with Syria because of some obscure bomb plot that misfired. Do they really think that people will then say, "Bravo, they've got balls"?

More important is the reaction in the souks of Tunis. The little man there will see that once again the Arabs are being victimized by the West. Their perception of events is simply not the same as ours. Do you really think that the average Lebanese gives a damn about a bomb going off in Paris?

Two days after that bomb went off on Rue de Rennes, I went to visit some of the victims at the hospital. Two were young Lebanese girls in their late teens. One had her foot amputated and the other had multiple fractures in both legs. They were cheerful and elicited the admiration of the entire hospital staff and boosted the morale of the other 35 that were in that hospital. I asked the Lebanese girls how long they had been in France. They told me that they had arrived two days before, so I asked them why they had come to Paris, and they replied, "Oh, our parents told us it was time to take a break from all those bombs that were going off in Beirut, and they arranged for us to have a quiet month with friends in Paris." They are used to this sort of thing. It has become routine for the Lebanese.

Here the Israelis get upset when a bomb goes off at the Wailing Wall, but they seem to forget that what the Arabs see is that the Israelis bomb Palestinian camps and kill and maim all sorts of innocent people. That is called retaliation. I suppose it makes them feel better. So, when they see Western countries retaliating against Libya or Syria — two countries they do not like for a host of reasons — for acts of terrorism, they suspect Western motives since they themselves have been victims of terrorism on a massive scale for years. Their perception is that Western countries are taking leave of their critical faculties. Each perceived act of aggression against the Arabs merely contributes to building up the pressure for the really big explosion. This merely plays into the hands of the people who are trying to radicalize the Arab world.

There are other ways of fighting terrorism besides self-gratification. We are courting disaster if we continue to undermine the moderate states of the area by taking initiatives that are perceived totally different in the Arab world than they are in the West. All we do is make them more vulnerable. The martyred people of Lebanon are certainly more deserving of our attention than the few bombs that the terrorists set off in Western countries.

23 Q: But hasn't Lebanon ceased to exist as a state?

A: Yes, but there is something called the Lebanese people, who have been around a lot longer than the American people and with far older traditions. These people must be backed up and helped and the state resurrected.

Three days ago, I received the new Maronite patriarch, and he pleaded with me not to go along with the British request for a break in diplomatic relations with Syria. And yet this man hates the Syrians. He insisted that we continue the dialogue with Syria even though he himself has refused to go to Damascus.

Surely we are not going to turn our backs on Lebanon and allow a Hitler-type "final solution" to take place there. And if the rest of the Western world doesn't give a damn, France does. There is a large Christian population there, and we are obligated to ensure that they not be massacred. That means they cannot afford to ignore the Syrian factor in the equation. Just because a lot of dogs are barking does not mean that one severs relations with Syria and hang the consequences.

So for us, everything hinges on saving Lebanon. There is no other solution than to maintain our presence there, unless, of course, the U.S. suddenly becomes serious about sending in the Marines and suggests to France a joint operation. That would be a serious proposal that would have to be taken seriously. It is a policy that we might not agree with, but at least it would be a policy. But if it is just going to go on barking, I am sorry, count me out.

The alternative, which we favor, is to continue to talk to Syria. Yesterday you barked at Libya, today you are barking at Syria and, meanwhile, bombs are still going off in our countries, and our hostages are still being detained. So let's put everything back into context with a long-range plan with well-defined steps toward our ultimate objective. This means ignoring the apprentice witch doctors of our secret services.

24 Q: And doesn't it also mean that you feel free to sell arms to Syria?

A: That is total disinformation. When I took over as prime minister earlier this year, I discovered that France had arms contacts with Syria in 1982 and 1984. I suspended them before all this happened.

25 Q: If I understand you correctly, Prime Minister, you are saying that if we don't have the political will to send in the Marines, either with you or with others or alone, then there is no alternative to appeasing and accommodating leaders like Assad and Qaddafi?

A: I am saying that there is another policy to be followed toward them besides barking in the dark, which leads nowhere. I have made it very clear to the Syrians that I have no reason to suspect that Syria participated from near or afar in acts of terrorism on

204 | 197 6/7

French territory. But I also made clear to the Syrians that if we should come upon irrefutable evidence of their involvement, we shall take measures that will not be verbal ones.

26 **Q: In other words, the evidence that came out of a British court of law is phony in your judgment?**

A: No, I did not say that. I have not been given the complete file and, therefore, I am not rendering judgment. I merely told you what West Germany's leaders believe and which I tend to share. I also noticed that Britain made certain proposals to its European partners and subsequently withdrew them, and I am confident in telling you that when the European partners meet again Nov. 10, wiser counsels will prevail, and a common position toward terrorism in general, and toward Syria in particular, will emerge.

27 **Q: Did anything worry you about the recent U.S.-U.S.S.R. summit in Reykjavik?**

A: I am extremely prudent. I listened to the explanations that were kindly offered by our American allies and I also read stories in the media and noticed, of course, many discrepancies. And from my own long experience in these matters, I know that official reports frequently differ from reality.

If we are heading to a gradual reduction of nuclear arms, all I can do is applaud. I am convinced that President Reagan is a man of peace. That said, however, I must also note that the interests of the U.S. and those of Western Europe do not necessarily coincide. So I am very vigilant about safeguarding European interests. That is not to say that they are not being safeguarded. But anything that smacks of a gradual decoupling of the Western alliance is, of course, very bad and worrisome.

If, for example, we are asked to subscribe to a major reduction in strategic arms and to the zero-zero option for INF [intermediate-range nuclear forces], I will have to conclude that we will then be faced with a crushing conventional arms superiority on the Soviet side. You call INF intermediate-range weapons as opposed to strategic, but for us they are just as strategic as ICBMs. Western Europe would then become hostage to Soviet military superiority. I am not, however, suggesting that this is the American objective. In fact, I know that it is precisely the opposite, but it is a trend we must watch very carefully.

So, this is a period for ever-closer consultation between the European allies and between the allies and the U.S.

28 **Q: Secretary [of State George] Shultz said recently that the industrialized nations should not be alarmed at facing a world without nuclear weapons because their combined GNP could come up with the necessary funds to compensate by increasing conventional forces to the point where they would be roughly equal with those of the Warsaw Pact. But would the political will to do so be there?**

A: So, we must never forget that the nuclear deterrent has guaranteed the peace for the last 40 years. There is, however, an overabundance of nuclear weapons, and we must gradually reduce them but not abandon them.

29 **Q: In other words, France plans to maintain its own nuclear deterrent regardless of what others decide?**

A: Of course. In fact, we are submitting a new defense bill to Parliament shortly that will call for substantial increases for our defense forces in general and for our nuclear deterrent in particular. These increases will include a program for modernization of our nuclear forces that will go into effect in the mid-1990s.

197/204 7/2

Highlights from the interview

Syria Hindawi plot

"But let's take the Syrian affair. I spoke to both [West German Chancellor Helmut] Kohl and [Foreign Minister] Hans-Dietrich Genscher about it. I don't go as far as they do, but their thesis is that the [Nizar] Hindawi plot was a provocation designed to embarrass Syria and destabilize the Assad regime. Who was behind it? Probably people connected with the Israeli Mossad in conjunction with certain Syrian elements close to Assad who seek his overthrow." [Q:9]

"The experts who know the Syrian ambassador, who was alleged to have been part of the plot and who was expelled from Britain, say it is utterly implausible, nay impossible, that he had contact with Hindawi. That Hindawi had contacts with certain members of a Syrian service is another matter." [Q: 10]

"Nothing is easier than to fake that kind of evidence without government leaders knowing about the real plot." [Q: 11]

"I have made it very clear to the Syrians that I have no reason to suspect that Syria participated from near or afar in acts of terrorism on French territory. But I also made clear to the Syrians that if we should come upon irrefutable evidence of their involvement, we shall take measures that will not be verbal ones." [Q: 25]

"I have not been given the complete file and, therefore, I am not rendering judgment. I merely told you what West Germany's leaders believe and which I tend to share. I also noticed that Britain made certain proposals to its European partners and subsequently withdrew them, and I am confident in telling you that when the European partners meet again Nov. 10, wiser counsels will prevail, and a common position toward terrorism in general, and toward Syria in particular, will emerge." [Q:26]

Moslem fundamentalism

"Surrounding the whole problem is a panoply of Moslem fundamentalism. The only conclusion one can draw is that the West must manage this enormous crisis with a lot of prudence and not allow itself to be deflected by a few bombs going off in the streets of their capitals. The big bomb is not the one that explodes on the Rue de Rennes, but the one that could explode all over the Arab world if Arab public opinion is pushed against the wall. That is the real bomb.

"There is an extraordinary danger for all of us coming from Iran . . . . And our common objective here should be to prevent the stampede of fundamentalism throughout the region. France is doing its bit in this context by helping Iraq contain it. But Britain continues to sell arms to Iran, and we now hear the U.S. does too, and they don't even bother to conceal what they are doing. So much for Western solidarity. And what about the Israelis? They, too, continue to sell arms to Iran despite all the denials we have heard.

"So when I am accused of a lack of solidarity over this latest incident in London, permit me to say there are much bigger fish to fry. And the biggest fish of all is to prevent this religious anti-Western fanaticism from engulfing the entire region. And that, let me reiterate, is far more important than severing relations with Syria over some incident in London or some bomb that goes off down the street." [Q: 21]

Intelligence services

"Your services and our own are worthless. Moreover, they are all penetrated." [Q: 8]

"I really don't believe in their effectiveness — be it the CIA or ours — unless a country is at war. Not in peacetime. Today the Israelis are good. So are the South Africans and the Iraqis." [Q: 7]

U.S. air strikes against Libya

"Totally, completely counterproductive." [Q: 13]

". . . The Americans with their farcical air raid merely retarded the destabilization of Qaddafi's regime and enabled the colonel to reweld his restless people against the "Great Satan," as America is known in those circles. If at least the air strike had killed him." [Q: 14]

U.S. policy on Libya and Syria

"The question in my mind is whether the U.S. has the capability and the will to reduce Libya and Syria. If the U.S. has the will to reduce these states to the point where they will not be able to do what they say they are doing, then it is incumbent upon the U.S. to speak out and act. But, if all the U.S. can do is bark, then it is better off to stay silent lest one be accused of demagoguery." [Q: 20]

"So I am really astonished that a country like the U.S. does not understand this and still goes for the quick feel good fix. It is irresponsible. Or that a country like Britain wants us all to sever relations with Syria because of some obscure bomb plot that misfired. Do they really think that people will then say, 'Bravo, they've got balls'?" [Q: 22]

Summit in Reykjavik

"If we are heading to a gradual reduction of nuclear arms, all I can do is applaud. I am convinced that President Reagan is a man of peace. That said, however, I must also note that the interests of the U.S. and those of Western Europe do not necessarily coincide. So I am very vigilant about safeguarding European interests. That is not to say that they are not being safeguarded. But anything that smacks of a gradual decoupling of the Western alliance is, of course, very bad and worrisome." [Q: 27]

2732 תאריך : 07.11.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור נכנס **

**

**

**

חוזם:11,2732

אל:המשרד

מ-:ברן,נר:65,תא:071186,זח:1200,דח:ב,סג:ש

נד:ס

אירופה 1
דואר נכנס
09-11-1986
תיק מס:

שמור/בהול

אל אירופה 1

דע לשמנבל,ענרג,מצפ"א,מעת,וושינגטון,פריס,

(הועבר)

מאת הציר-ברן

פרשת הינדאווי- כתבת וושינגטון טיימס מהבוקר.

1. זומנתי בצהרים בהולות לפגישה עם ראש אגף המתמחות במשה"ח זודהוף שביקשני להודיע לירושלים דחוף שהם מכחישים בכל תוקף את האמור בכתבה, שקוהל וגנשר אמרו בדיבור לשיראק שפרשת הינדאווי היתה בעלול של המוסד בשיתוף עם מתנגדי משטר סוריים שמטרתו לסבך את אסאד ומסוריה.

זודהוף ציין שבעת הפסגה הגרמנית-צרפתית בפרנקפורט אמנם דנו בנושא סוריה והפרשה, אך לא רק שהדברים המיוחסים לקוהל ולגנשר לא נאמרו על ידם, אלא שממרפ"ג משוכנעת שהיתה מעורבות של המודיעין הסורי בנסיון הפיגוע של הינדאווי.

אי לזאת הוציא משה"ח הרפ"ג הכחשה נמרצת לעתונות לטענה הכל שהוגדרה על ידם " כהמצאה ללא כל יסוד".

הוסיף שמשרד רוה"מ צרפת הוציא אף הוא הבוקר הכחשה נמרצת לדברים שיוחסו לשיראק.

2. מדובר בכתבה של ארנו דה בורשגראב בוושינגטון טיימס שבה הסתמך על ראיון עם שיראק.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

נדון==

דפ=

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,ר/מרבז,רם,אמן,ענרג,אירא,אירב,
ממד,עמרק,מעת,הסברה,מצפא

[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

מדינת ישראל

משרד הבטחון

שמור

דחוף

המטינה על קשרי החוץ

ד' חשון תשמ"ז
6 נובמבר 1986
אב/ 1601

משרד החוץ - סמנכ"ל לאירופה - מר י. ענוג
משנה למנכ"ל וע' שהב"ט - מר ח. ישראלי
דובר צה"ל
משה"ח - מנהל מאו"ר
שגריר ישראל בגרמניה
נספח צה"ל בגרמניה.

הנדון: גרמניה - ביקור הנסיך והנסיכה פון הנובר

1. רצ"ב העתק פניה שהגיעה ללשכת שר הבטחון.

2. מבקש חוות דעתכם האם להיענות לבקשה?
   הנוכל לקבל רקע על האורחים - לרבות עברם?
   האם היתה פניה דומה למשה"ח?

3. מאחר ומדובר באמצע דצמבר - אעריך מאד תשובה מהירה.

4. תודה.

בברכה,

ד"ר חגן אלון
הממונה על קשרי החוץ

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3899

** יוצא שמור

**

**

**

אל: בון, נר: 502, מ : המשרד

דח: מ, סג: ש, תא: 011186, זח: 0800

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
03-11-1986
תיק מס:

שמור/מיידי

הציר.

ביקור שלאגינטוויט. לשלך 206.

1. הפגישות במשה"ח יערכו ב-14.11:

10:00 - פגישה אצל המנכ"ל המדיני בהשתתפות ס/מנכ"ל ענוג, (מעון אישור סופי).

11:00 - שיחת פנל בממ"ד בראשות ס/מנכ"ל לוין.
13:00 - אצ' מטעם ענוג.

2. יעל ורד תעדר מהארץ בעת ביקורו.

3. שגריר רפ"ג עורך אצ' עם מתאם הפעולות בשטחים שמואל גורן.
4. שגרירות רפ"ג מתאמת שאר הבקשות.
אירופה 1.

ד.ן.

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,שמורק,אורחים,ר/מרכז

Botschaft des Staates Israel

שגרירות ישראל

בון - כח׳ בתשרי תשמ״ז
31.10.1986

ש מ ו ר

646

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
06-11-1986
תיק

אל : גב׳ ח. גולן, מנהלת המחי לאמנות - משפט
מאת : הציר - בון

הנדון : טיוטת הסכם בין רפ״ג וישראל בנושא קנין רוחני
בהמשך למכתבי 622 מ-6.10.86

1. בשיחה באירוע חברתי השבוע, שאלני מר קריגר ממשרד המשפטים אם שמעתי דבר מירושלים, באיזה שלב נמצא הטיפול בטיוטת ההסכם בנדון שגיבש עם מנכ״ל משרד המשפטים מר גבאי, בעת פגישתם בברלין. השבתי שלא קבלתי מידע בנדון, אך אתעניין.

2. כן סיפר שבדק כבר ראשונית את שאלת חתימת ההסכם, כי השר שלו, במידה וימשיך בתפקידו לאחר הבחירות בינואר 87, מעונין לחתום את ההסכם בירושלים. סיפר שבמשרד החוץ נאמר לו שמשרד המשפטים נמצא במזרח ירושלים ובשום פנים לא ניתן לחתום שם על ההסכם. מר קריגר שאל אם ניתן להסדיר את חתימת ההסכם במערב ירושלים. הישבתי שלדעתי עוד מוקדם מדי לטפל בענין אך כשיהיה אקטואלי יותר, בודאי נמצא במשותף הסדר לבעיה. שאל אם ניתן עקרונית לחתום על ההסכם במשרד החוץ והשבתי שלפי מיטב ידיעתי עשרות רבות של הסכמים עם מדינות זרות בנושאים שונים - נחתמו שם.

3. אודה לך על מידע על שלב הטיפול בהסכם, כדי שאוכל לעדכן את מר קריגר.

ב ב ר כ ה ,

ג. פדרן

העתק : אירופה 1

11954 תאריך : 31.10.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

** בבנס סודי

**

**

**

חוזם:10,11954

אל:המשרד

מ-:ניקוסיה,נר:173,תא:311086,זח:1500,דח:ר,סג:ס

נד:0

משרד-החוץ
אירופה 1

סודי-רגיל

אל:מנהל מזתים'

מאת:השגריר ניקוסיה

משיחה עם שגריר רפ'ג:

1.הכנס הבא של תשעה שה'ח של הקבוצה הניאוטרלית והבלתי מזדהה בועידה לבטחון ולש'פ באירופה יערך בקפריסין במרץ-אפריל 87. חברות הקבוצה הן:קפריסין,יגוסלביה שוויץ,שבדיה,פינלנד,אוסטריה,אירלנד, מלטה(נודה על דווח מהבירות-ע'ש).

2.טרם נקבע תאריך לכנס שה'ח של הבלתי מזדהות בקפריסין. עקרונית נקבע שהכנס יערך במרוצת 87' אך יתכן שמסיבות פנימיות יערך הכנס רק אחרי הבחירות לנשיאות בקפריסין (פברואר 1988).

3.שגריר רפ'ג כמו גם עמיתיו המערביים נפגש בחבל התורכי לא רק עם דנקטש בתפקידו כראש העדה התורכית אלא גם עם יועציו ועוזריו השונים. הפגישות מתקיימות בתדירות גבוהה (כפעם בשבוע). לרשות הגרמנים(כמו גם האמריקאים הבריטים והאוסטרים) מעין ,,משרדים'' עם עובדים מקומיים המעניקים שרותים קונסולריים,תשלומים וכו' אך גם מאפשרים פגישות.מבחינה חוקית אי אפשר לקרוא לזה משרד,למדינות המערביות האחרות(צרפת וכו' ואולי גם נוספות-מזאריות?) יש רק תיבות דואר המשרתות אותם בפעילות היומיומית.כולם באמור-ללא יוצא מן הכלל עוברים כל הזמן לחבל התורכי למטרות תיור ללא כל בעיה כשלפעמים נדרשים רק להציג

[illegible] [illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

1. [illegible]

2. [illegible]

3. [illegible]

תעודת זהות דיפלומטית

שטיבל.

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,קידר,מזתים,עברג,אירא,אירב,מזאר,ר/מרכז,
ממד

[illegible] THEN PROCEDURE

QUIT.

[illegible]

(חנ)

כח' בתשרי התשמ"ז
31 באוקטובר 1986

390

אל: לשכת המנכ"ל המדיני

מאת: ס/מנהל אירופה 1

ג'רג / שם

הנדון: פגישה עם המטרנה על העזה"ת
במשה"ז של רפ"ג SCHLAGINTWEIT

MINISTERIAL DIRIGENT SCHLAGINTWEIT יוצא ב-4.11.86 לביקור בבגדאד, עמאן וירושלים. במשה"ח יהיה ב-14.11. מטרת ביקורו התרשמות והתעדכנות.

בקשתנו והמלצתנו שהמנכ"ל המדיני, ד"ר בילין, יואות לקבלו לשיחה בבקר ה-14.11.86 בהשתתפות ראש אגף אירופה, הסמנכ"ל ישעיהו ענוג.

באותו בקר מתוכננת לו גם שיחת פנל בממ"ד בראשות סמנכ"ל אריה לוין.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

11159 תאריך : 30.10.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

** נכנס שמור
**
**
**

חוזם:10,11159
אל:המשרד
מ-:בון,נר:206,תא:291086,זח:1700,דח:מ,סג:ש
נד:פ

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
31-10-1986
תיק מס'

אונג אל

שמור/מידי

אל אירופה 1
מאת הציר-בון

ביקור שלאגינטוייט. בהמשך לשלי 148 מ-22.10.

הבריקו כא בחוזר מה תיאמתם עבורו בינתיים.

בדוך.

==דף

תפ: ענבג,אירא,שמורק,מאור

נלשון - איתו אין
? 13.30

תאריך : 30.10.86   11159

שמור   [illegible] **

חוזם:11159,10
אל:המשרד
מ-:בון,נר:206,תא:291086,זח:1700,דח:מ,סג:ש
[illegible]

שמור/מיידי

אל אירופה 1
מאת הציר-בון

[illegible]. בהמשך למברקי 143 מ-22.10.

[illegible].

[illegible].

[illegible]

תפ: [illegible]

מדינת ישראל

משרד החוץ
ירושלים

אל: אירופה 1 -
~~1) יואל זינגר~~
2) (ת.)

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
30-10-1986
תיק מס'

תאריך: כד' בתשרי התשמ"ז
27 באוקטובר 1986

מספר:

שמור

אירו/ 1 / נב

אל: השגריר, בון

מאת: מנהל מש"ב

הנדון: שיתוף פעולה מש"בי עם רפ"ג

דן מס, מרותיקי מומחי מש"ב - אולי מראשוני המומחים (היה בשליחותנו בבורמה בשנות החמישים - ובכך אני רומז על גילו), נמצא כעת בגטינגן בביקור אצל פרופסור ידוע. מס נפגש שם עם מומחים גרמנים המודעים להסכם המחקריםעליו חתמנו ושמע מפיהם כאילו השר וורנקה נמצא בלחץ בגלל הסכם זה וכאילו מאשימים אותו שהוא מקציב כספים לעבודת מדענים זרים (ישראלים) במקום מדענים גרמנים.

לא צריך להתפלא אם אמנם נוצר לובי של מתנגדים לשיתוף הפעולה. ודאי יימצאו כאלה שיטענו שבכסף גרמני יש להעסיק מומחים גרמנים ולא אחרים. נתקלנו בבעיה כזו גם בשיתוף הפעולה שאנו מפתחים עם סוכנות הסיוע של ארה"ב (AID), שם הם מגוונים בזהירות יתרה מול הלובי של האוניברסיטאות והחברות הרואות בנו גורם מתחרה על המקורות התקציביים.

גם אם אנו יכולים לסמוך על דבקותו של השר וורנקה ברעיון שיתוף הפעולה ואין סיבה לדאגה יתרה, עלינו להיות ערים לבעיה - אם היא קיימת- ולשאול את עצמנו מה יהיה אחרי וורנקה.

אם קיימת אפשרות שוורנקה יחדל לכהן כשר לשיתוף בינלאומי אחרי הבחירות הקרבות, יתכן שעלינו להשתדל להגיע להישגים נוספים בעוד מועד. נודה על הערכתך בענין זה.

הצבנו לעצמנו כמטרות שיתוף פעולה בארבעה תחומים: פרויקטים משותפים, הצבת מומחים, הדרכה ומחקר.
במחקר - נחתם הסכם משביע רצון.
בהדרכה - אנו מתחילים לעלות על פסים טובים. מספר המלגאים במימון גרמני גדל במקצת, נציגויותיהם בשטח מתודרכות ומתחילות להראות פתיחות כלפי נציגינו. השבוע יבקר בארץ ד"ר צימרמן מ-DSE במטרה (כדברין) לשפר את תהליכי שיתוף הפעולה. מטרתנו כאן להגיע לכמות יותר משמעותית ולמסד תהליכים שיאפשרו לנו יתר השפעה על בחירת המשתלמים והנושאים.

בשיגור מומחים - לעת עתה היה לנו רק מקרה אחד של שליחות קצרה שבוצעה ויש אפשרות לשליחות נוספת של מומחה קצר מועד. אך זו התחלה צנועה מדי. בתחום זה רצוי שנגיע להסכם מסגרת לשיגור מומחים לפי בקשות שלהם, או הצעות שלנו, על פי נוהלים קבועים ותוך נוחיות מינהלית מירבית.

בפרויקטים - נמסר לנו שנבדקו (ואולי עודם בודקים) כמה מההצעות שהגשנו בעת ביקור השר וורנקה לפני שנה וחצי, אך עד כה לא קבלנו רשמית עמדתם לגבי ההצעות. העדר תגובותיהם מרמז שהפרויקטים אינם נראים להם (לגבי תאילנד דזאיר גם אמרו זאת בעל פה). אם כך אנו מוכנים להעלות הצעות אחרות לשיקולם.

מדינת ישראל

משרד החוץ
ירושלים

תאריך:

מספר:

נראה לי שיש מקום לעשות צעד כלשהו כדי לזרז התקדמות באותם תחומים בהם לא הגענו רחוק. אולי על ידי שיחה שלך עם השר או על ידי ביקור שלנו לשיחות העשור לאלצם להגיע להחלטות. אודה על חוות דעתך.

ב ב ר כ ה ,

ב. אבילאה

העתק: לשכת המנכ"ל
סמנכ"ל ענוג
אירופה א'
מר א. זמרן, בון

ש ג ר י ר ו ת   י ש ר א ל

Botschaft des Staates Israel

בון - כ"ד בתשרי תשמ"ז
27.10.1986

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
30-10-1986
תיק מס'

639

אל : אירופה 1

מאת : הציר - בון

הנדון : <u>הרצאת שר המדינה במשה"ח מולמן על המזה"ת</u>

1. מצ"ב תצלום הרצאתו של מולמן על ההתפתחויות במזה"ת, בביה"ס לטייס של חיל האויר הרפ"ג, ב-22.10.86.

2. שימו לב שהוא חוזר על הצהרת ונציה כבסיס לעמדת רפ"ג והקהיליה, מביע צער על הסתייגות אש"פ מהסכם חוסין-ערפאת, משלם מס-שפתיים למפגשי איפרן ואלכסנדריה ותומך בועידה בינלאומית.

ב ב ר כ ה ,

א. פדרון

העתק : בינ"ל 2 ממ"ד

Simrockallee 2 · 5300 Bonn 2 · Tel. 02 28 / 823-1

DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN INFORMIERT

Bonn, den 23. Oktober 1986

Mitteilung für die Presse Nr. 1276/86

R e d e
des Staatsministers im Auswärtigen Amt
JÜRGEN W. MÖLLEMANN
in der Bundeswehr-Heeresfliegerwaffenschule
in Bückeburg am 22. Oktober 1986

Es gilt das gesprochene Wort!

T e x t   i s t   f r e i!

Sehr verehrte Damen und Herren,

für die Einladung, heute vor Ihnen zu sprechen, danke ich Ihnen herzlich. Lassen Sie mich einleitend zunächst feststellen: Die politische Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten berührt Europa in vielfältiger Weise unmittelbar.

Die historischen Berührungspunkte zu dieser Region sind eng. Wir Europäer verdanken der arabischen und islamischen Kultur wichtige zivilisatorische und geistige Impulse. Im Mittelalter waren Damaskus und Bagdad glänzende Zentren eines Weltreiches, dessen wissenschaftliche und künstlerische Leistungen in Europa bewundert und aufgenommen wurden.

- - -

Die europäische und arabische Zivilisation standen in einem engen Austausch. Christen, Juden und Moslems haben in Vorderasien ihr gemeinsames religiöses Ursprungsfeld. Für alle drei Religionen ist Jerusalem eine heilige Stadt. Gerade vor wenigen Tagen sind wir hier Zeuge eines Anschlags geworden,

der erneut die unselige Verkettung von Gewalt und Gegengewalt und die gefährliche Nähe politischer Rechtsüberzeugungen zum Fanatismus zeigt. Die Verwirklichung einer auf Toleranz, Gewaltverzicht und politische Verständigung gegründeten Friedensordnung in der Nah- und Mittelostregion, wie sie die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft unterstützt, wird dadurch nicht leichter.

- 2 -

Auch wirtschaftlich sind die Bindungen Europas zum Nahen und Mittleren Osten eng. Sie sind bedeutende Märkte für unsere Wirtschaft, die sich hier einen festen Platz erobert hat. Die in der Folge der beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979 in den westlichen Industrieländern eingeleiteten Umstrukturierungen und Einsparungsmassnahmen in der Energieversorgung

konnten die Abhängigkeit von den Rohöllieferungen aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens kräftig reduzieren. Im Jahre 1985 bezog die Bundesrepublik rund 12 % ihres Rohölimportes aus den Ländern des Nahen Ostens d.h. den Staaten am Golf einschliesslich Iraks und Irans sowie Syriens. 1981 waren es noch 45 %.

Die Völker Europas und des Orients können sich auf allen Ebenen der Zusammenarbeit viel geben. Im Nahen und Mittleren Osten

liegt daher ein Schwerpunkt unserer aussenpolitischen Interessen.
Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zielt weltweit auf die Verwirklichung von Frieden, Freiheit und auf die Durchsetzung der Menschenrechte.
Ein zentrales Anliegen gerade von Bundesaussenminister Genscher bleibt es,

die Übertragung des West-Ost-Gegensatzes auf die Dritte Welt zu verhindern, echte Blockfreiheit zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und regionalen Verbindungen in der Dritten Welt voranzubringen. Hierzu zählt auch der Dialog mit dem Golf-Kooperationsrat, dem wirtschafts-, aussen- und sicherheitspolitisch eine verantwortungsvolle Rolle in der Region zukommt.

An welchem Punkt ist die politische Entwicklung im Nahen Osten angelangt?

Die anhaltenden Konflikte spielen sich im wesentlichen in drei Spannungsfeldern ab: der fast 40 Jahre währende arabisch-israelische Konflikt beherrscht die politische Entwicklung im Nahen Osten.

Das Schicksal des Libanon ist seit mehr als 10 Jahren von Kriegen und Kämpfen gekennzeichnet. Iran und Irak führen seit 1980 Krieg gegeneinander. Diese drei Spannungsfelder lassen sich schwer voneinander isoliert verstehen. Die Vielfalt ethnischer Zugehörigkeiten,

staatlicher Organisationsformen und
religiöser Schulen konnte mit
den Grenzziehungen in der ersten Hälfte
des zwanzigsten Jahrhunderts nicht immer
in Einklang gebracht werden. Daraus
resultierten Spannungsquellen, die
auch im Innern der Staaten virulent sind.

Die Bundesrepublik Deutschland bemüht sich nach Kräften um eine friedliche Beilegung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Sie stimmt sich dabei eng mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft ab.Die Europäische Politische Zusammenarbeit hat sich auch hier bewährt. In einer Region, die noch im Zweiten Weltkrieg Austragungsfeld widerstreitender europäischer Machtinteressen war, setzt sich die Gemeinschaft heute mit einer Stimme für friedliche Lösungen der Konflikte ein.

Besonders unterstützt sie geeignete Lösungsvorschläge, die aus der Region selbst kommen. Diese Haltung gründet sich nicht auf selbstverordnete politische Abstinenz, sondern auf die Erkenntnis, dass die in der Region vorhandenen friedensstiftenden Kräfte und entwickelten Vorschläge bessere Chancen wirklicher Akzeptanz und dauerhafter Durchsetzung haben werden als solche, die vom grünen Tisch aus Einfluss nehmen wollen.

Für eine friedliche Lösung des arabisch-israelischen Konflikts hat die Europäische Gemeinschaft mit der Erklärung des Europäischen Rates von Venedig vom 13.Juni 1980 Prinzipien aufgestellt, die nach wie vor gültig sind und die Grundlage für eine Lösung darstellen könnten. Gleichrangig stehen hier zwei wesentliche Forderungen nebeneinander: die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und die Anerkennung des Existenzrechts Israels.

Wörtlich heisst es, dass das palästinensische Volk in die Lage versetzt werden muss ".. durch einen geeigneten und im Rahmen der umfassenden Friedensregelung definierten Prozess sein Selbstbestimmungsrecht voll auszuüben." Ich füge hinzu: gerade für uns Deutsche, die in einem geteilten Land leben, ist die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts ein aus unserer nationalen Interessenlage geborenes politisches Anliegen, das unsere Politik auch im Nahen Osten verpflichtet.

Die Erklärung von Venedig spricht sich darüber hinaus für die Beteiligung der PLO an den Verhandlungen aus sowie die Beendigung der territorialen Besetzung durch Israel, die es seit dem Konflikt von 1967 aufrecht erhält. Sie fordert den Verzicht auf Gewalt.
Auch das zweite wesentliche Element der Erklärung von Venedig, nämlich die Situation Israels, geht uns Deutsche besonders an.

- -

Bundespräsident Richard von Weizsäcker brachte während seines Staatsbesuchs in Israel im Oktober 1985 eindringlich unsere besondere moralische und geschichtliche Teilhabe am Aufbau Israels zum Ausdruck. Er machte gleichzeitig deutlich, dass eine Friedenslösung nur dann gerecht ist, wenn sie das Existenzrecht Israels wie das aller Staaten der Region auf Existenz in anerkannten und gesicherten Grenzen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Einklang bringt.

1985 gab es einen ermutigenden Ansatz zu einer Friedenslösung.
In der Jordanisch-palästinensischen Initiative vom Februar 1985 hatten König Hussein von Jordanien und PLO-Führer Arafat neue Möglichkeiten für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses entwickelt.
Sie hatte

- die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk im Rahmen einer Konföderation mit Jordanien,
- die Teilnahme der PLO an den Friedensverhandlungen innerhalb einer jordanisch-palästinensischen Delegation
- und den Ablauf des Friedensprozesses im Rahmen einer internationalen Konferenz vorgesehen.

König Hussein hat seine Bemühungen, sich mit der PLO zu koordinieren, im Februar 1986 eingestellt; die PLO hat vor einem Monat erklärt, dass die Prinzipien der Initiative für ihre Politik nicht mehr bestimmend seien. Wir bedauern diesen Bruch.

Im Verlauf der einjährigen Diskussion über diese Initiative hat es - trotz zweifellos noch erheblicher Meinungsunterschiede -

einige Fortschritte hinsichtlich Aufgaben und Teilnehmerkreis einer internationalen Nahost-Konferenz gegeben. Auch in diesen Tagen wird wieder viel über eine solche Konferenz gesprochen. Wir glauben auch heute, dass Verhandlungen einer -

wie auch immer gearteten - internationalen Abstützung bedürfen. Eine Nahost-Konferenz, an der die Konfliktparteien und die ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates teilnehmen, bietet sich als internationaler Rahmen an. Die Konfliktparteien sollten versuchen, eine Einigung hierüber zu erzielen.

Anlässlich des Treffens von Präsident Mubarak und Ministerpräsident Peres im September 1986 in Alexandria, hat es Zusicherungen beider Seiten gegeben, eine Verhandlungslösung des israelisch-arabischen Konflikts und des Palästinenserproblems zu suchen.

Zu hoffen ist, dass Israel und Ägypten dieses Treffen zu vertieften gegenseitigen Beziehungen nutzen und von ihrem Dialog Impulse auf die Wiederbelebung des Friedensprozesses ausgehen. Beide Länder haben mit der Einigung über den Grenzkonflikt bei Taba gezeigt,

dass die Lösung auch schwieriger Probleme auf dem Verhandlungswege, hier durch Unterwerfung unter ein Schiedsverfahren, erfolgreich sein kann. Die Bundesregierung begrüsst dies umso mehr, da sie wie ihre europäischen Partner davon überzeugt ist, dass eine dauerhafte und gerechte Lösung der Konflikte nur durch Verhandlungen und durch Gewaltverzicht gefunden werden kann.

Die Bundesregierung hat das Treffen von Ifrane zwischen König Hassan II. von Marokko und dem israelischen Ministerpräsidenten Peres im Juli 1986 begrüsst. Ob dieses Treffen die Basis für einen weitergehenden Dialog bilden kann, ist offen. Immerhin lag hier ein Signal, das langfristig einen Schritt auf dem Weg zur Akzeptierung Israels im Nahen Osten bedeuten kann.

Das Zusammentreffen von Vertretern der Sowjetunion und Israels in Helsinki könnte als erster Schritt auf dem Weg zur Bereinigung bilateraler Probleme auch mehr Offenheit gegenüber der Schaffung eines internationalen Verhandlungsforums für eine Friedenslösung in Nahost bringen.

Die Gespräche haben zwar keine greifbaren Ergebnisse gebracht. Sie zeigen aber das grosse Interesse der SU an der Region.

Das Schicksal des durch innere Spannungen und Gewalt von aussen zerrissenen Libanon fordert alle am Konflikt Beteiligten zu besonderen Anstrengungen der Verständigung auf. Zusammen mit unseren europäischen Partnern treten wir für einen freien, einheitlichen und souveränen Libanon ein, der ohne fremde Einwirkungen sein Schicksal gestalten kann.

Die von Shamir und Peres in Israel gebildete Regierung der nationalen Einheit hat, zurückgehend auf die Koalitionsvereinbarung vom September 1984 und einen entsprechenden Kabinettsbeschluss im Januar 1985 die Rahmenbedingungen des Rückzugs der israelischen Armee aus dem Libanon festgelegt. Die Rückführung ist Anfang 1985 durchgeführt worden mit Ausnahme einer zwischen 6 und 20 km breiten Sicherheitszone entlang der israelischen Nordgrenze. Hier beginnt ?

der Beitrag der Vereinten Nationen zur Stabilisierung der Situation des Süd-Libanon. Die VN-Friedenstruppe Unifil versucht, gewalttätige Aktionen und Gegenaktionen in ihrem Einsatzgebiet zu verhindern. Mit unseren europäischen Partnern sind wir der Auffassung, dass ein Abzug dieser Truppen die Lage im Libanon und in der Region weiter destabilisieren würde. Im August 1986 kamen vier französische Unifil-Soldaten ums Leben. Daher besteht Frankreich

auf einer Präzisierung des Unifil-mandates und besseren Sicherheitsvorkehrungen für die Truppe durch den Generalsekretär der VN. Wir hoffen, dass dies gelingt, vor allem aber, dass die Unifil-Präsenz auch nach dem 27.01.1987 - an diesem Tag läuft das derzeitige Mandat aus und muss verlängert werden - erhalten bleiben wird.

Der dritte grosse Konflikt der Region ist der nunmehr über sechs Jahre währende irakisch-iranische Krieg. In diesem Jahr wurde erneut die Gefahr einer Ausweitung sichtbar, die Auswirkungen auf die ganze Region haben kann und auch uns Europäer berühren muss.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Konflikt neutral. Neutralität bedeutet aber nicht Gleichgültigkeit. Wir achten strikt darauf, dass keine Waffen an die eine oder andere Seite von uns geliefert werden. Zusammen mit unseren europäischen Partnern unterstützen wir alle geeigneten Friedensbemühungen.

Wir unterstützen insbesondere Bemühungen des VN-Generalsekretärs um eine Kriegsführung, die völkerrechtlich eingegangene Verpflichtungen respektiert, und um die Eindämmung der Kampfhandlungen als erstem Schritt auf dem Weg zu einer ehrenvollen und gerechten Lösung. Angesichts der zeitweisen Eskalation des Kriegsgeschehens während der vergangenen Monate behält die Forderung, den Krieg zu beenden und die international akzeptierten Regeln des Völkerrechts zu beachten, ihre drängende Aktualität. Beide Seiten sollten die

territoriale Integrität und Souveränität aller Staaten der Region innerhalb der anerkannten Grenzen und die Sicherheit der Schiffahrt achten. Chancen zur Verständigung, aber auch zur militärischen Mässigung sollten genutzt werden, um die Risiken einer in jedem Krieg angelegten zerstörerischen Dynamik einzugrenzen.

Meine Damen und Herren, für die gesamte Nah- und Mittelostregion gilt:
Es ist nicht ausreichend, eine Politik des

Gewaltverzichts abstrakt an den Endpunkt von Friedensregelungen zu setzen, sondern es gilt, sie frühzeitig unter Beweis zu stellen. Wer hier den Anfang macht, beweist Mut, der honoriert werden wird. Wichtig ist der politische Wille, an den Verhandlungstisch zu kommen. Dafür wird es auch darauf ankommen, dass innerarabische Streitigkeiten dem Bewusstsein Platz machen, gemeinsam am besten den grossen Anforderungen einer konstruktiven Friedenspolitik und dem Aufbau der Region zu dienen.

Dauerhafter Friede und Sicherheit für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens muss auch dadurch geschaffen werden, dass der immer wieder aufflammende Terrorismus gemeinsam und wirksam bekämpft wird. Seine Ursachen in der Nah- und Mittelostregion liegen in der ungelösten palästinensischen Frage.
Die Bundesregierung hat sich daher zusammen mit ihren europäischen Partnern um das Gespräch auch über die politischen Wurzeln des Terrorismus im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs bemüht.

Wir werden darauf drängen, dass die Troika der Zwölf - d.h. die drei Aussenminister der amtierenden, abgelaufenen und künftigen Präsidentschaft - mit der Troika der Arabischen Liga bald zusammentrifft. Der Anschlag von Karatschi und das schreckliche Attentat von Istanbul bestärken die Bundesregierung in ihrer Entschlossenheit, sich in allen geeigneten internationalen Gremien für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und seiner Ursachen einzusetzen. Sie liegt im ureigenen Interesse der Völker der Region selbst, deren auf Frieden,

Toleranz, Gewaltverzicht und Stabilität bedachten Kräfte sich zu Unrecht in der Meinung der Weltöffentlichkeit oft in eine pauschale Nähe zum Terrorismus gerückt sehen.

Wir werden uns von unserem Bemühen um eine Bekämpfung des Terrorismus gemeinsam mit denjenigen arabischen Regierungen, die dazu bereit sind, auch nicht durch feige Morde, wie den zuletzt an Gerold von Braunmühl, abbringen lassen.

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

בון - כא' בתשרי תשמ"ז
24.10.1986

ש מ ו ר

637

משרד החוץ
דואר נכנס
30-10-1986
תיק מס'

אל : גבי מלכה קונופקין - לשכת היועץ המשפטי

מאת : הציר - בון

הנדון : __החלפת כתבי אישרור האמנה לתיקון האמנה על בטוח סוציאלי__

מכתבך מ 30/9/86

1. תודה על יפוי הכוח והמסמכים. סיכמנו שמעמד החלפת כתבי האישרור יערך ב-13.11.1986 בלשכת ראש האגף המשפטי של משה"ח הרפ"ג. סיכמנו שהם מכינים לחתימה פרוטוקול בגרמניה ובאנגלית המאשר את כניסת האמנה לתוקף.

2. באשר ליפוי כוח, נאמר לי שלפי הוראות הקבע שלהם הם מציידים את נציגיהם ביפוי כוח רק כשחילופי כתבי האישרור נעשים מחוץ לרפ"ג. כשהדבר נעשה בבון, אין צורך בהכנת יפוי כוח כי יש למנהל האגף, סגנו ומנהלי מחלקות האגף המשפטי יפוי כוח כללי קבוע.

3. החילופים נקבעו עם ראש האגף פון ריכטהופן, אלא שהוא מונה השבוע כמנכ"ל מדיני טרם מונה לו יורש. אי לזאת נעשה את החילופים עם ראש האגף החדש אם יתמנה עד אז ולא - עם סגנו.

ב ב ר כ ה ,

א. פרדו

העתק : אירופה 1

Botschaft des Staates Israel

24.10.1986

Simrockallee 2 · 5300 Bonn 2 · Tel. 0228/823-1

8161 תאריך : 22.10.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס ** שמור
**
**
**

חוזם:10,8161
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:148,תא:221086,זח:1500,דח:מ,סג:ש
נד:פ

גוט ו.ב.ה

שמור/מידי

אל: אירופה 1

דע: אגף אירופה, ממ''ד, ורד

מאת: הציר - ברן/מדון

ביקור הממונה על המזה''ת במשה''ח

1. שלאגינטוייט מסר לי אמש שברצונו לבוא לישראל במטרה להתרשם ולהתעדכן. יוצא ב-4.11 לבגדאד ומשם לעמאן ומתכוון לעבור את גשר אלנבי ב-12.11 לפני הצהרים. ב קש משגרפ''ג להזמין לו מלון בירושלים לכל תקופת שהותו ושם תצטרף אליו רעייתו. יוצא מהארץ ב-17.11 אחה''צ. האם התבקש לתאם עמכם הפגישות.

2. מבקש להפגש עם המנכ''ל, ראש אגף אירופה, מנהל אירופה 1, מנהל ממ''ד, אורי סביר (שמכירו אישית) ויו''ר ועדת חוץ ובטחון ח''כ אבן. ביקש משגרפ''ג להפגישו עם מספר עתונאים כגון ארי ראט ושאול בן חיים ולהסדיר לו סיור ביו''ש. הסביר שבנוסף להתפתחויות הכלליות בישראל ובמזה''ת מעוניין להתרשם מההתפתחויות ביו''ש והפעולה הישראלית-ירדנית שם ושגרירותם בעמאן דואגת לתידרוכו בצד הירדני ולאתם לו פגישות עם מספר אישים ביו''ש. הצעתי שיפגש גם לשיחה עם גב' יעל ורד ואולי אף עם ראש המנהל האזרחי ביו''ש. הסכים ברצון. מבקש לרכז במידת האפשר את הפגישות בירושלים ב-12.11 אחה''צ וב-13.11.

3. ממליץ בנוסף להסדרת המבישרת הנ"ל לארחו בלויית
רעייתו לארוחת ערב. רעייתו פסיכולוגית פעילה שטרם
ביקרה בארץ. בשבת ברצונם לבקר במצדה וביום המלח ומשקדגפאם
רק ניתן להצמיד להם מלווה. שלאגינטוייט ששירת בשגריר
בסעודיה לפני תפקידו הנוכחי איננו דווקא מומחה מז"תי
מבריק, אך מודה במגבלותיו ומוכן ללמוד. נוהג עמנו
בהגינות. יחסו ידידותי וחשוב לטפחו.

תאמו נא עם שגרפ"ג והבריקו תוצאות טיפולכם.

נדון.

===שן

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,אירב,ורד,ר/מרכז,ממד,שמורק,
מאור

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

DER PRÄSIDENT DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bonn, 8. Oktober 1986

Seiner Exzellenz
dem Präsidenten des
Staates Israel
1) Herrn Chaim Herzog

J e r u s a l e m

בן גוריון

Sehr geehrter Herr Präsident,

die 100. Wiederkehr des Geburtstages von David Ben Gurion am 16. Oktober 1986 nehme ich mit aufrichtiger Freude zum Anlaß, der historischen Verdienste dieses großen Staatsmannes zu gedenken.

Ben Gurion hat sich über Israel hinaus weltweit als unermüdlicher Wegbereiter und Schöpfer des Staates Israel hohes Ansehen erworben.

Seine Verdienste um das deutsch-israelische Verhältnis kann nur ermessen, wer sich der schweren Last bewußt ist, die nach den am jüdischen Volk begangenen Verbrechen auf den Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern liegt. Ohne die von ihm und Konrad Adenauer gelegten Grundlagen wäre die stetige Entwicklung der

- 2 -

Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Wohle unserer Völker und das neue Vertrauen zwischen Deutschen und Israelis kaum möglich gewesen.

Fast genau vor einem Jahr hatte ich während meines Besuches in Israel Gelegenheit, in Sde Boqer mit der Kibbuz-Hütte Ben Gurion und der Ben Gurion University of the Negev das Wirkungsfeld dieses außergewöhnlichen Mannes während seiner letzten Lebensjahre kennenzulernen. An diesen Orten konnte ich etwas von dem unerschöpflichen Idealismus und der politischen Weitsicht spüren, mit denen sich Ben Gurion den großen Aufgaben seines Landes verschrieben hatte.

Mit allen guten Wünschen und freundlichen Grüßen

gez. v. W.

Gl 7/1

משרד החוץ
אגף אירגונים בינלאומיים

ישראל באו"מ ובאירגונים בינ"ל
ארועים·הצבעות·תדרוכים

ד' בתשרי תשמ"ז
7 באוקטובר 1986

נציגות ישראל ... 1
דואר נכנס
21-10-1986
תיק מס':

אל: איר'פה 1
מאת: ספרית ארב"ל.

גזה 1.103 1.103

הנדון: נאום שר החוץ של גרמני במסגרת
הדיכוח הכללי של עצרת האו"ם ה-41

רצ"ב נוסח נאומו המלא של שה"ח גרמני מיום 25/9/86
במסגרת הדיכוח הכללי של עצרת האו"ם הנוכחית ה- 41.

תשומת לבכם מופנית לקטע בנאום זה על המזה"ת בעמ' 53

בברכה,
יהודה מחבר

העתק: השגרירות. בון (לבירור ינאים)

(Mr. Dost, Afghanistan)

The Democratic Republic of Afghanistan stands to gain from such a course, and we are wholly confident that no one will lose by adopting the same course.

Mr. GENSCHER (Federal Republic of Germany) (spoke in German; English text furnished by the delegation): In this autumn of 1986, the community of nations is again facing serious problems and momentous decisions that affect the destiny of our peoples.

We are threatened by embroilment in hostilities as well as by famine and misery. Dangers threaten international economic and financial co-operation. The dignity of man is being violated in a thousand ways. Wars are taking place in many parts of the world. In the Republic of South Africa there is a threat of civil war. Natural disasters are compounded by man-made disasters with far-reaching effects that transcend national boundaries.

But we see hopeful signs also. In Europe co-operation across the ideological boundaries is developing into a strong force for the preservation of peace. Negotiations between West and East on confidence-building and disarmament are being conducted in unprecedented depth. Encouraging progress has been registered. New negotiations are being prepared. Throughout the world the hand of those who seek co-operation instead of confrontation is becoming stronger. More and more people realize that we have become a community in pursuit of survival. There is a prevailing awareness that the survival of mankind requires co-operative solutions - for the prevention of war, for the protection of our ecological basis, for the new technological developments, for the peaceful use of the sea-bed and the peaceful use of outer space, for the fight against famine and disease, for solutions to international economic problems, including that of indebtedness. The peoples of the world want their Governments to recognize these signs.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

The quest for superiority and hegemony, the quest for unilateral advantages, the exploitation of political, military and economic power, the attempt to bring others to their knees, the attempt to force one's own social order on others: all these are outdated aspirations. Again and again they have dragged mankind into catastrophe. The peoples of the world are no longer prepared to tolerate such policies.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

My country, the Federal Republic of Germany, is on the side of progress, co-operation, human rights, self-determination and peace. We regard man, in his unalterable dignity, in his uniqueness and in his freedom, as the focus of all action. Those values are the cornerstone of the alliance between democratic Europe, the United States and Canada.

The President of this session of the General Assembly himself comes from a country that has sought international co-operation time and again to overcome difficult economic problems. I wish him and the United Nations good fortune and success.

I should like thank Mr. Perez de Cuellar for his excellent work, his wise decisions and his sensible initiatives as Secretary-General of the United Nations.

The 12 States members of the European Community, on their way towards European union and a common foreign policy, are speaking here from a common position. As representative of the Chairman of the Community, Sir Geoffrey Howe has spoken for all of us. Going on from there, I shall outline the views of the Federal Republic of Germany, which has irrevocably committed its destiny to that of Europe and which is a firmly established member of the Western Alliance.

Europe, so often torn by wars in the course of its history, a continent from which conquest, force and repression have spread to all parts of the world, today's Europe wishes to be a continent of peace and an example of good-neighbourly relations. The peoples of the European Community - first and foremost the Germans and the French - have shown that it is possible to replace centuries-old rivalry and deadly conflict with friendship and to grow together into a union of equals.

However, Europe is more than the Community of the Twelve. After all, Europe does not end at the Elbe and Werra Rivers. Hence, in taking our decisions we never forget that there are also Germans and Europeans to the east of us. As a nation in

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

the centre of Europe, we consider it our historical duty as Germans to defuse and eventually surmount the antithesis between East and West. We should be bad Germans and bad Europeans were we to do otherwise. That is why, during the 1970s, we put relations between the Federal Republic of Germany and its eastern neighbours on a new contractual basis, a basis that remains an unshakeable cornerstone of our policy. Conscious of the course of history, we seek steady development of German-Soviet co-operation, which is an essential prerequisite for a realistic policy of European détente.

We shall consistently pursue the process of German-Polish reconciliation. We seek a peaceful modus vivendi in the whole of Europe based on co-operation and mutual trust. An ever-more important role in this effort falls to the two German States by virtue of the 1972 Treaty on the Basis of Relations. We Europeans must develop and design our European home, which comprises Europe in its entirety, as a place fit to live in. We must not continue to accept the enormous commitment of resources and energies to the conflict between West and East.

If today Europeans are becoming more fully aware of their common identity and seeking to live peacefully in their common home, the doors in that home must be opened much wider. This means that it must not be a capital offence to pass through those doors from one part of the home to the other. We must rid borders of their awesome and divisive character, thereby enabling States with varying social systems to pursue their common and complementary interests and their responsibility for their common future in peaceful competition, so that their peoples no longer live in fear of each other but can get to know one another. The Europeans must, through a gradual process of reducing conflict potential and of fostering co-operation, elevate their relations to new forms. What we seek is a peaceful order in Europe based on the equality of all and on equal entitlement to security.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

We seek a state of peace in Europe in which the German nation will regain its unity through free self-determination.

The defusing of the East-West antithesis depends greatly on the development of relations between the two super-Powers. For that reason, it is important that the second summit meeting between President Reagan and General Secretary Gorbachev should take place before the end of this year.

United States-Soviet nuclear and space negotiations must lead to positive results. The negotiating objective agreed upon by both parties in Geneva on 8 January 1985 to prevent an arms race in space and terminate it on earth has become an obligation towards all the peoples of the world. That obligation must be honoured without reservation.

We attach particular importance to the negotiations on the American and Soviet intermediate-range missile systems. In recent months progress and rapprochement have been achieved in that field. We desire the global elimination of all American and Soviet land-based intermediate-range nuclear force of longer range. If that aim cannot be fulfilled in one step, we should like to see an interim result which leaves the lowest possible number of missiles on both sides and sets equal ceilings on a global scale and for Europe.

We want the arms spiral finally to be reversed. We Germans will bring all our influence to bear to help negotiations to that end to an early result. We also desire drastic reductions in strategic nuclear potentials. The relationship between offensive and defensive weapons must be discussed in its proper context, as was agreed on 8 January 1985.

We consider it necessary that the provisions of the SALT II agreement continue to be observed and that the 1972 Treaty on the Limitation of Anti-Ballistic Missile Systems be adhered to until the establishment of a new contractual basis.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

Last weekend the 35 States participating in the Stockholm Conference on Confidence and Security Building Measures and Disarmament in Europe adopted a final document. That document is a signal of hope. The Conference derived from a Franco-German initiative. At the beginning of this year the joint appearance of the French and German Foreign Ministers injected a fresh impetus. Its success is a triumph for common sense, responsibility and sound judgement. The measures agreed upon will apply to the whole of Europe from the Atlantic to the Urals. They will make the military behaviour of the participating States more calculable, thereby helping to reduce distrust. They can facilitate progress at the Vienna mutual and balanced force reduction negotiations and, above all, initiate negotiations on conventional stability in the area between the Atlantic and the Urals. There are also too many conventional arms in Europe, and there is an imbalance to our detriment.

The offer of negotiations made by the Halifax meeting of the North Atlantic Treaty Organization (NATO) Foreign Ministers still stands. The Warsaw Pact has responded favourably. Action must be taken before this year is over. The aim of future negotiations must be to create a situation in which the size of the forces of both sides is determined solely by defensive requirements. On our side this is already the case. We must never forget that even a war waged with conventional arms alone would in today's Europe be a thousand times more horrific than the Second World War and would amount to multiple genocide in Europe.

Negotiations on the world-wide prohibition of chemical weapons have reached the stage at which it is possible for the community of nations as a whole to be freed from the scourge of chemical weapons. There is no longer any reason to delay an agreement.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

In the important issue of a nuclear test ban, too, progress is possible. Stable and lasting peace requires co-operative structures in all areas. Apart from confidence-building and disarmament, this implies the establishment of an ordered system of political interaction as well as the broadest possible economic, technological, environmental and cultural co-operation. Peoples must have a part in exchanges and co-operation and be permitted to exercise the rights set forth in the Helsinki Final Act.

We in Europe are endeavouring to bring about such a development within the framework of the Conference on Security and Co-operation in Europe, whose key elements are security and co-operation. The participation of the United States and Canada in that process corresponds to the reality of the security situation in Europe. The multilateral nature of the process gives all Europeans in Western, Eastern, neutral and non-aligned countries the opportunity to help build the Europe of the future, in which all States, irrespective of their social systems, will determine their own fate and their engagement in co-operation with their neighbours.

The follow-up meeting in Vienna to the Conference on Security and Co-operation in Europe, due to be opened at ministerial level in November, must point the way towards a peaceful order in Europe.

We seek a mandate for the continuation and expansion of the negotiations on confidence-building measures and disarmament in the whole of Europe on the basis of the encouraging results in Stockholm. We must take co-operative steps towards the establishment of more stable security structures in the conventional sphere.

In the field of economic co-operation, we seek greater transparency of markets, more exchanges and division of labour, and new forms of co-operation.

Everyone will benefit if the latest reactor-safety and environmental technology becomes accessible to all countries. Chernobyl was a warning signal.

(Mr. Genscher, Federal
Republic of Germany)

Isolationism and trade wars are of no use to mankind; exchanges and co-operation are the way to accomplish common tasks, to increase the prosperity of all and to ward off dangers. Co-operative solutions to security issues will further extend the basis of trust, to the benefit of economic and technological co-operation.

We want human rights to be respected; we seek more contacts and improved opportunities for human encounter. We seek even more youth exchanges, educational co-operation and progress in the field of information.

At this very moment there are real prospects of substantial progress, both in the relations and negotiations between the two super-Powers and in the multilateral process of détente, progress that will lead to a new and more lasting phase of fruitful relations between West and East. Tangible progress in Europe serves to promote development, security and stability throughout the world.

The European Community is already shouldering its responsibility for co-operation in the development of the third world. We do this without ambitions for political power and without wishing to impose our social model on others or to establish spheres of influence. We seek a world in which self-determination, social justice, human rights and fundamental freedoms are the paramount principles of interaction among all peoples.

International terrorism, the scourge of mankind, is directed against peaceful interaction among nations, the right to live and human dignity. It is the common task of the community of nations to fight this evil. The decisions of the General Assembly and the Security Council are an encouraging sign that awareness of this task is growing.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

The continually worsening international refugee problem is a symptom of grave injustice in some parts of the world. The recommendations deriving from the discussion of the refugee initiative that I introduced in the General Assembly six years ago must lead to an improvement in international co-operation in this area. We hope that this session of the General Assembly will adopt by consensus the recommendations made by the Group of Experts.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

Respect for the right of self-determination and respect for human rights are absolutely essential if peace is to be safeguarded. There is a direct path leading from the 1948 Universal Declaration of Human Rights through the two covenants on human rights to the prohibition of torture. By adopting the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, the community of nations has reaffirmed its desire to combat systematically this particularly abhorrent form of violation of human rights. The next step should be the prevention of arbitrary executions. We shall continue to support the abolition of the death penalty.

Two years from now, in 1988, 40 years will have passed since the United Nations in its Universal Declaration of Human Rights took the vital pioneering step to embed human rights in international law. The United Nations needs institutions that will guarantee better protection of human rights. To this end, the appointment of a high commissioner for human rights is just as indispensable as the creation of a United Nations court of human rights. By such actions we could lend real significance to the year 1988. The persecuted and the suffering await a decisive and effective step on the part of the international community.

We must not remain silent with regard to serious violations of human rights. If we find something intolerable, we have a duty to say so. Today this applies particularly to the inhumane and immoral system of apartheid, the systematic form of racial discrimination and segregation. The state of emergency in the Republic of South Africa has bred arbitrary and lawless action. An increasing death toll is the horrific outcome of a policy directed against people who wish only to live in their own country and to enjoy equal rights and freedom from discrimination. If the inhumane system of apartheid is not eliminated, the inevitable consequence will be even more violence, even more bloodshed and ultimately chaos and civil war.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

Just as inhumanity cannot be reformed but only eliminated, apartheid is not reformable and must therefore be abolished.

We demand the immediate initiation of dialogue among the authentic representatives of all sections of the population and are preparing an initiative with that aim. We demand the immediate release of Nelson Mandela and all other political prisoners. We demand that the ban on the African National Congress and other political groups be lifted. We demand the termination of the state of emergency. The measures adopted by the European Community on 16 September 1986 lend emphasis to this political demand.

The internal tension generated by apartheid in South Africa reverberates through the entire region and is exacerbated by the South African policy of destabilizing its neighbours. This situation is further aggravated by the continuing illegal occupation of Namibia, whose people are denied their independence and their right of self-determination. The Federal Republic of Germany will not waver in its support for the earliest possible establishment of Namibian independence on the basis of Security Council resolution 435 (1978), as called for by the General Assembly at its fourteenth special session. There is no alternative to the United Nations proposed settlement as outlined in resolution 435 (1978).

The eighth summit conference of the non-aligned countries at Harare provided further evidence that genuine non-alignment is an important factor for peace and stability in international relations. We support the call addressed to the warring States of Iran and Iraq to put an end to the bloodshed in the Gulf region. We support the call made by the summit conference for the withdrawal of all foreign troops from Afghanistan and Cambodia. In Afghanistan, as in Cambodia, the right of peoples to self-determination must be realized.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

In the same way, we advocate the right of the Palestinian people to exercise self-determination and to decide on their own future. This must come about within the framework of a peace settlement for the Middle East that guarantees all countries of the region, including Israel, safe and recognized boundaries and hence a secure existence as States.

We appeal to the regional groupings in all parts of the world to render their contribution to international stability.

We also need co-operative approaches to solve international economic problems and to align the international economic system with the needs of tomorrow. My country regards development co-operation between North and South as a central pillar of its policy in pursuit of peace. This is demonstrated by the rate at which our official aid has increased; in 1985 its growth of 9 per cent far exceeded the growth of our gross national product. At the same time, our help is directed to areas where the need is greatest; for that reason, the share of our aid devoted to Africa has been raised from 37 to 47 per cent. The Federal Government will also give its most vigorous support to the Programme of Action adopted at the special session of the United Nations General Assembly on the critical economic situation in Africa. We know that our world is facing a common fate, and we act accordingly. Our aim is a system of world-wide co-operation based on partnership and awareness of the interdependence of nations, in which private initiative and autonomous efforts have their place.

The first and elementary goal of development co-operation must be to free the world from hunger. To this end, we must enable farmers in all parts of the third world to produce enough food for themselves and for their domestic markets. In most of the developing countries rapid agricultural growth can prove to be a locomotive for national economies. All the aid devoted to rural development can bear fruit, however, only if the industrialized countries do not engage in ruinous

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

competition with third-world food producers by subsidizing their own products. A stop must be put to the world-wide dumping of agricultural produce.

We have managed so far to keep the problems of indebtedness under control by means of a co-operative strategy, but the crisis of indebtedness itself remains unresolved. It continues to pose a political challenge, but if it is to be overcome the international financial institutions, the governments of creditor countries and the private banks must play their part. Capital must at last begin to flow again from North to South instead of financing budgetary deficits in industrialized countries. It is of central importance that the private transfer of capital should be set in motion again. For this reason, the Federal Government has signed the Convention on the Multilateral Investment Guarantee Agency, which can become an effective means of attaining that goal.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

However, the indebted countries must also act. They must create conditions which will restore the confidence of domestic as well as foreign investors in the future of their countries. Only thus can the flight of capital be halted.

Another crucial task is that of revitalizing the international free trade system. The Punta del Este agreement on the opening of a new round of trade liberalization is an encouraging sign. We must strengthen and develop the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT). We must prune radically the proliferation of agreements on voluntary restrictions; we must thin out the jungle of agricultural subsidies; we must modernize GATT, and that means gradually incorporating services and foreign investments into the GATT system.

In an increasingly close-woven international economy, economic policies can no longer exist in isolation. Each country must see and consider the effects of its own economic policy on other countries. Here, too, co-operation and solidarity are called for. The greater a country, the greater is its economic responsibility to the rest of the world.

To establish the world-wide co-operative structures that will enable us to master our common future, we need a comprehensive dialogue between industrialized and developing countries. I therefore consider it urgently necessary that we should at last inject new life into the North-South dialogue and that we should orient that dialogue towards the major issues affecting the future, thereby making it a potent factor in international politics and economics. In 1975, which is already 11 years ago now, as we took the first steps towards a large-scale North-South dialogue, our thinking was determined by the study drawn up by the Club of Rome on the limits to growth. Shortages of energy, raw materials and foodstuffs, limits on the tolerance of the environment, seemed to be the law that would determine the future of the world. But we are beginning to sense that

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

something completely different is taking place: a new technological revolution, which is establishing new and wider horizons for growth. New forms of technology - space technology, information technology and gene technology - permit a new type of growth that conserves energy and raw materials and which protects, indeed heals, the environment. This departure from the industrial age into a new era is not by any means peculiar to the Western countries but is a world-wide phenomenon. The new forms of technology can also bring decisive benefits to the developing countries in particular.

The potential of gene technology is immense. Let us remember that in the sixties high-yield varieties of rice and wheat led to the green revolution. India, which had hitherto been an importer of grain, became self-sufficient and even began to export grain. The new varieties were produced in the traditional manner by cross-breeding. Gene technology now offers far quicker and more effective ways of cultivating "made-to-order" plants, which are resistant to disease, can withstand drought and cold, can grow in over-saline soil and are rich in protein, and plants which breathe in nitrogen from the air, thereby relieving farmers of the need to buy expensive fertilizers.

A second green revolution seems set to take place in the nineties, its effects far exceeding those of the first. Above all, it will include regions hitherto at a disadvantage and be of great importance to arid zones such as the Sahel. Major improvements can also be expected in livestock breeding. Then there are the opportunities that gene technology opens up for medicine. For example, it gives us reason to hope that we can develop vaccines against tropical diseases that are at present incurable.

Great and new though the opportunities deriving from these new forms of technology may be, the risks associated with them are equally great and new. Gene

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

technology in particular raises issues of immense importance, since it gives man unprecedented power to interfere with the hereditary genes of living creatures.

The accident in the Chernobyl reactor brought home to us overnight how the task of mastering safely the risks of high technology has become a common responsibility, one that welds the nations of the world into a community in pursuit of survival. In Vienna the special International Atomic Energy Agency (IAEA) meeting on reactor safety has just begun. We hope that it will set negotiations in motion which will lead to universally binding safety standards and an international liability law. It is significant that that conference should take place under United Nations auspices, for the United Nations has become the indispensable forum for dealing with the issues that will determine our global future.

We must not, however, accept nuclear energy as the final answer to man's energy requirements; here, too, we must jointly seek new answers. The protection of the environment cannot today be guaranteed by an individual State when it relies on its own resources. Radioactivity, as we have seen, does not stop at national boundaries, nor do air and water pollution. It follows that environmental protection is no longer an affair to be dealt with by each individual State as it sees fit.

For thousands of years the inroads made by human technology into nature seemed so minimal that their overall impact could be disregarded. Nature appeared indestructible and inexhaustible. It is now realized, however, that technology has assumed dimensions that threaten to destroy the ecological balance of nature. We are living today with the shock of that discovery. Nothing is the same any more. International environmental policy has become a vital task. It is a safeguard for the future, a course of action dictated by our responsibility to future

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

generations. In this field, we are confronted by fundamental tasks under the heading of international domestic policy, a term which implies the need to act together.

Those few references alone demonstrate the challenge facing all of us in this new technological revolution. What must be done - and here let me cite the Secretary-General's report to our Assembly - is:

> "to manage safely, and to common advantage, the inventions of the human mind". (A/41/1, p. 8)

We need a North-South dialogue that devotes itself to those new questions. It must be a dialogue that takes as its starting point the immense structural upheaval currently taking place in the world and faces up to it in a courageous and forward-looking manner. What is needed is a global policy in which the problems of mankind are understood as tasks for mankind. Mankind, which has become a community in quest of survival, must recognize its responsibility to its contemporaries as well as to all future generations.

(Mr. Genscher, Federal Republic of Germany)

The United Nations is the forum where this policy must be discussed. This development must take place with due regard for the identity of all peoples, which have all made unique contributions to human history and to the civilizations of the world. Respect for others also entails respect for their cultural identity. Our international Organization must therefore promote a world-wide cultural dialogue that will prevent the submersion of native cultures by foreign influences and highlight the variety of cultural achievements for the benefit of all.

I have again stated the case for world-wide co-operation in a spirit of mutual confidence to resolve the major international issues facing us. To this end we need the United Nations as a sound international Organization, as the forum where openness prevails and as an indispensable negotiating framework. It draws its strength not least from its universality. That is why all peoples, including the Korean people, should be represented here. We must do everything possible to maintain the effectiveness of the United Nations. To this end, it is necessary for us, the Member States, to observe fully the obligations deriving from the Charter. It is also necessary for this session of the General Assembly to achieve positive results in its discussion of measures to increase the efficiency of the United Nations, based on the report of the 18 experts.

My Government supports the views outlined by the Secretary-General in his report on the role of the United Nations in international relations and the structural reforms needed to strengthen the Organization. My delegation welcomes the fact that the President has so clearly defined the operative objectives of the reform process. The United Nations needs reforms to remain strong and effective. For our part, we need a strong and effective United Nations so that through our co-operation here in the Organization the survival of mankind may be assured.

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

622

שמור

בון = ג' בתשרי תשמ"ז
6.10.1986

משרד החוץ
דואר נכנס
09-10-1986

אל : גבי א. גולן, מנהל המחי האמנרת, משפט
מאת : הציר - בון

הנדון : טיוטה להסכם בין רפ"ג לישראל
בנושא קניין רוחני

גילה / א.ו

1. מצ"ב תצלום מכתב מר קריגר ממשרד המשפטים הרפ"גי, מיום 1.10, אל השגריר, בו הוא מוסר על ביקורו המוצלח בברלין של מנכ"ל משרד המשפטים, מר גבאי. כן כותב שבהתאם לסיכומו עם מר גבאי, הוא מצרף טיוטה אנגלית ותרגום גרמני של הסכם לשת"פ בנושא קניין רוחני, שעליו דן בברלין עם מר גבאי. מביע תקווה שההסכם ייחתם בהקדם.
2. לא ברור מהמכתב אם מטרת שליחת הטיוטות אלינו היא לידיעה או העברתן למנכ"ל משרד המשפטים בירושלים. אני מציע שתתקשרי עם מר גבאי ותשאלי אותו.

בברכת שנה טובה
ומועדים לשמחה,

ג. פדון

העתק : אירופה 1

Simrockallee 2 · 5300 Bonn 2 · Tel. 02 28 / 823-1

שגרירות ישראל — Botschaft des Staates Israel

622

[illegible]

09 -10- 1988

[illegible]

Ministerialdirektor
Dr. h.c. Albrecht Krieger

Bundesministerium der Justiz
9262/2 J 9 - 30 820/86

5300 Bonn 2, den 1. Oktober 1986
Heinemannstraße 6, Postfach 20 06 50
Ruf: (0228) 58-1
bei Durchwahl 58 4325

Seine Exzellenz
Herrn Botschafter Jitzhak Ben-Ari
Botschaft des Staates Israel
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Botschafter, lieber Herr Ben-Ari,

der Berlin-Besuch von Herrn Generaldirektor Gabay hat wie vorgesehen vom 12. bis 15. September 1986 stattgefunden. Dieser Besuch war nach meinem Eindruck ein voller Erfolg, insbesondere auch deswegen, weil unsere Gespräche über den Abschluß einer Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums bislang zu für beide Seiten sehr positiven Ergebnissen geführt haben.

Wie mit Herrn Gabay vereinbart, übersende ich Ihnen in der Anlage den in Berlin ausgearbeiteten Entwurf in englischer Sprache zusammen mit einer hier gefertigten deutschen Übersetzung.

Ich würde mich sehr freuen, wenn es bald zu einer Unterzeichnung der vorgesehenen Regierungsvereinbarung kommen würde.

Mit freundlichen Grüßen bin ich stets
Ihr

Albrecht Krieger

Stand: 14. September 1986

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel on Cooperation in the Area of Intellectual Property

The Government of the State of Israel and the Government of the Federal Republic of Germany,

Wishing to promote friendship and co-operation through the strengthening of mutual trade flows,

Realizing the importance of the protection of intellectual property including the protection against unfair competition, espescially in the context of the proper use of trade and merchandise indications,

Recognizing the damage done to legitimate trade flows by the illegitimate marking of merchandise and the marketing of counterfeit goods,

Desirous of protecting the holders of intellectual property rights and the rightful users of trade and merchandise indications as well as the consumers of both countries,

Noting that the national legal systems of both countries have developed means of repressing the infringement of intellectual property rights, including the illegal use of trade merchandise indications,

Confirming that both countries are members of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, the Madrid Agreement for the Repression of False or Deceptive Indications of Source on Goods, the Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works and the Universal Copyright Convention,

Determined to promote cooperation in these areas,

Have decided to conclude this Agreement.

...

Article 1

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel proceed on the assumption that German trade and merchandise indications, including, but not exclusively, indications of source, appellations of origin and other geographical indications, enjoy in Israel, and Israeli trade and merchandise indications, including, but not exclusively, indications of source, appellations of origin and other geographical indications, enjoy in the Federal Republik of Germany, protection in accordance with the relevant domestic legislation and the provisions of international law in force in each country, in so far as the requirements for the application of such legislation and provisions are met.

Article 2

If the Government of the Federal Republic of Germany acquires knowledge of cases in which German trade and merchandise indications are being misused in Israel to the detriment of the rightful users of the indications, it may inform the Government of the State of Israel of these cases. The Government of the State of Israel declares itself ready to bring these cases to the notice of the competent authorities for the repression of the misuse of trade and merchandise indications so that these authorities may take the necessary steps.

Article 3

If the Government of the State of Israel acquires knowledge of cases in which Israeli trade and merchandise

...

indications are being misused in the Federal Republic of Germany to the detriment of the rightful users of the indications, it may inform the Government of the Federal Republic of Germany of these cases. The Government of the Federal Republic of Germany declares itself ready to bring these cases to the notice of the competent authorities for the repression of the misuse of trade and merchandise indications so that these authorities may take the necessary steps.

Article 4

Articles 2 and 3 shall apply to cases where counterfeits of German goods are produced or marketed in Israel or counterfeits of Israeli goods are produced or marketed in the Federal Republic of Germany.

Article 5

The furnishing of information provided for in Articles 2, 3 and 4, and the steps possibly taken, are in no way intended to exclude the possibility of action against the infringement of intellectual property rights, including the misuse of trade and merchandise indications, also being taken by those persons entitled under the law of each State to assert claims.

Article 6

This Agreement is in no way intended to create any private right of action or remedy.

...

Article 7

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel undertake to do all in their power to ensure that this Agreement is applied in a manner which is conducive to the economic relations between the two countries and which improves the protection of trade and merchandise indications and the repression of trade in counterfeit goods.

Article 8

Representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany and of the State of Israel may meet at any time to discuss all questions concerning the application of the present Agreement.

Article 9

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not delivered a contrary declaration to the Government of the State of Israel within three months from the date of entry into force of the Agreement.

Article 10

This Agreement will enter into force upon signature by the representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany and the State of Israel.

...

Article 11

Either Government may terminate this Agreement by giving written notice of at least one year to the other Government.

Done in duplicate, in the German and Hebrew languages, both equally authentic, this day of , which corresponds to

For the Government of the Federal Republic of Germany	For the Government of the State of Israel

Stand: 14. September 1986

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel,

In dem Wunsch, Freundschaft und Zusammenarbeit durch die Stärkung des gegenseitigen Handels zu fördern,

in dem Bewußtsein der Bedeutung des Schutzes des geistigen Eigentums einschließlich des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb insbesondere im Zusammenhang mit der bestimmungsgemäßen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen,

in der Erkenntnis der Schädigung des legitimen Handels durch die rechtswidrige Kennzeichnung von Waren und den Vertrieb von nachgeahmten Waren,

in dem Wunsch, die Inhaber geistiger Eigentumsrechte und die rechtmäßigen Benutzer von Handels- und Warenbezeichnungen sowie die Verbraucher beider Länder zu schützen,

in der Feststellung, daß die nationalen Rechtsordnungen beider Länder Mittel zur Unterdrückung der Verletzung von geistigen Eigentumsrechten und der rechtswidrigen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen entwickelt haben,

in der Bestätigung, daß beide Länder der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, dem Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren, der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst und dem Welturheberrechtsabkommen angehören,

entschlossen, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel gehen davon aus, daß deutsche Handels- und Warenbezeichnungen, einschließlich unter anderem von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Bezeichnungen in Israel und israelische Handels- und Warenbezeichnungen, einschließlich unter anderem von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Herkunftsbezeichnungen, in der Bundesrepublik Deutschland gemäß den jeweiligen innerstaatlichen und in den beiden Ländern jeweils geltenden internationalen Rechtsvorschriften Schutz genießen, sofern die Voraussetzungen dieser Vorschriften gegeben sind.

Artikel 2

Wenn der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Fälle bekannt werden, in denen deutsche Handels- und Warenbezeichnungen in Israel mißbräuchlich zum Nachteil der rechtmäßigen Benutzer der Bezeichnungen benutzt werden, kann sie diese Fälle der Regierung des Staates Israel mitteilen. Die Regierung des Staates Israel erklärt sich bereit, diese Fälle den für die Unterdrückung der mißbräuchlichen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen, damit diese gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen einleiten.

Artikel 3

Wenn der Regierung des Staates Israel Fälle bekannt werden, in denen israelische Handels- und Warenbezeichnungen in

...

der Bundesrepublik Deutschland mißbräuchlich zum Nachteil der rechtmäßigen Benutzer der Bezeichnungen benutzt werden, kann sie diese Fälle der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitteilen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, diese Fälle den für die Unterdrückung der mißbräuchlichen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen, damit diese gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen einleiten.

Artikel 4

Artikel 2 und 3 finden Anwendung in Fällen, in denen Nachahmungen deutscher Waren in Israel und Nachahmungen israelischer Waren in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt oder vertrieben werden.

Artikel 5

Die in den Artikeln 2, 3 und 4 vorgesehene gegenseitige Unterrichtung und die gegebenenfalls eingeleiteten Maßnahmen sollen in keiner Weise ausschließen, daß die nach dem jeweiligen Recht der beiden Staaten zur Geltendmachung von Ansprüchen Berechtigten selbst gegen die Verletzung von geistigen Eigentumsrechten, einschließlich der mißbräuchlichen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen vorgehen.

Artikel 6

Diese Vereinbarung begründet keine privaten Klagerechte oder Ansprüche.

...

Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel werden sich nach besten Kräften darum bemühen, diese Vereinbarung in einer Weise anzuwenden, die die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen fördert und den Schutz von Handels- und Warenbezeichnungen und die Unterdrückung des Handels mit nachgeahmten Waren verbessert.

Artikel 8

Vertreter der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Staates Israel können jederzeit zusammentreten, um alle mit der Anwendung dieser Vereinbarung zusammenhängenden Fragen zu erörtern.

Artikel 9

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

Diese Vereinbarung tritt in Kraft mit der Unterzeichnung durch die Vertreter der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Staates Israel.

...

Artikel 11

Jede Regierung kann diese Vereinbarung mit einer Frist von einem Jahr durch eine schriftliche Mitteilung kündigen.

Geschehen zu am in zwei Urschriften, jede in deutscher und hebräischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

1551 04.10.86 תאריך

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס ** שמור
**
**
**

חוזם:10,1551
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:30,תא:031086,זח:1500,דח:ר,סג:ש
נד:@

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
06-10-1986
תיק מס'

שמור/רגיל

אל : משפט

דע : אירופה 1

מאת: הציר ברן

תיקון האמנה לבטוח סוציאלי

1. משהח הרפ"בי מבקש לקבוע מועד להחלפת כתבי האישרור. בסמוך שנקבע מועד בשבוע הראשון של נובמבר.

2. אנא דאגו להכנת המסמכים הדרושים כולל יפוי הכח לשגריר ולשגרם אלינו בעוד מועד.

פדרן

====מע

תפ: טריבל,משפט,ענרג,אירא

[illegible] 04.10.86 [illegible] 1551

[illegible] ** [illegible]
**
**
**

[illegible] 10.[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible] : [illegible]

[illegible]: [illegible]

[illegible]

1. [illegible]
[illegible]

2. [illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ירושלים, כ"ו באלול תשמ"ו
30 בספטמבר 1986

משרד החוץ
אירופה 1
נכנס
דואר
03-10-1986

אל: מר יצחק בן-ארי, השגריר, ברן
מאת: לשכת היועץ המשפטי

הנדון: <u>האמנה הבאה לתקן את האמנה מיום 17 בדצמבר 1973 בין ישראל לבין רפ"ג על בטחון סוציאלי - נחתמה בירושלים ב-7 בינואר 1986</u>

מצ"ב מסמך הייפוי את כוחך להחליף בשם ממשלת ישראל את מסמכי האישרור בקשר לאמנה הנ"ל, שלפי סעיף 8 בה, צריך להיעשות בברן. כ"כ מצ"ב מסמך האישרור. שני המסמכים חתומים בידי מ"מ רוה"מ ושה"ח.

מהמוסד לביטוח לאומי מבקשים שחילופי מסמכי האישרור ייעשה בהקדם האפשרי.

נודה אם תדאג לקבל מהצד הגרמני יפוי כוח מקביל עבור נציגם (אלא אם יהיה זה שר החוץ אשר איננו זקוק ליפוי כוח זה). כ"כ הקפידו נא שביום החילופין ייחתם פרוטוקול המאשר את כניסתה לתוקף של האמנה ושהפרוטוקול הזה יהיה באנגלית או <u>גם</u> באנגלית.

לאחר החילופין יש כמובן להעביר אלינו המסמכים למשמרת (מסמך האישרור, יפוי הכוח והפרוטוקול).

בברכת שנה טובה
וגמר חתימה טובה,

מלכה קונופקין

העתק: אירופה 1

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

מדינת ישראל
STATE OF ISRAEL

THE PRESIDENT — הנשיא

Jerusalem, September 29, 1986

His Excellency
The President of the Federal Republic of Germany
Dr. Richard von Weizsacker
Bonn

My Dear Friend,

I am most grateful to you for your good wishes to myself and the people of Israel on behalf of yourself and the people of the Federal Republic of Germany on the occasion of the Jewish New Year.

We have made very considerable progress in the last year in widening the dialogue between ourselves and our Arab neighbours and we pray that these efforts will continue to lead us on the road to peace.

It was a pleasure and indeed an unforgettable experience to receive Mrs. Von Weizsacker and yourself in Israel. My wife and I look forward very much to renewing our acquaintance on the occasion of our forthcoming visit to the Federal Republic and to deepening the friendship and cooperation between us.

Sincerely yours,

1291

סודי   יוצא **

**

**

**

אל: בון , אבירות , נר: חוזם 2200, מ : המשרד
דח: מ, סג: ס, תא: 260986, זח: 1430

משרד החוץ
אירופה 1
דואר
28-09-1986
תיק מס'

סודי/מיידי

השגריר

דע:אל על בטי

התקשר שג' גרמניה וסיפר

שבהמשך לשיחתנו בענין אל על פרנקפורט התקשר עם משרד החוץ בבון שם לא מצא הרבה סיוע. התקשר עם רוהמ' הסן, ידידו משכבר הימים, וכן עם השר הבכלבלה שמגר אתו אתה עומר בקשר הרוק. הסביר להם הבעיות ושם דגש על ההשלכות המדיניות - הסברתיות של הפסקת הטיסות של אל על.

היום התקשר איתו KUMMAR , מזכיר המדינה של שמגר להבהיר לו 3 נקודות.

א. מאוד מודעים לאספקט הפוליטי ולרגישות הרבה של הפסקת הטיסות. ההתיחסות שלהם לבעיה היא בהחלט לא טכנית אלא בכלית ביחוד תוך התחשבות בהשלכות על דעת הקהל ורגישות הנושא.
ב. אין להם כל כונה להפעיל בשלב זה צווי בית משפט או כל צעד שיש בו בדי ליצור רחיפות להעברת משרדי אל-על. מגמת היא חיפוש דרך של הבנה הדדית תוך פשרה בין העמדות.
ג. המומ' נמשך. הם החליטו לקבל את הצעת אל-על ולצאת יחד עם אנשי אל על ולבדוק בשרה התעופה בלונדון את הפתרון הבריטי.

לדעת השגריר הנכונות לצאת ללונדון מצביעה על תזוזה בעמדה הגרמנית על יתר פתיחות ועל נבונות לנסות ולהגיע להבנה.
הביע תקוה שהעתונות תפסיק לדוש בנושא והתיחס במיוחד למאמריו של ולדימיר שטורמינסקי שאחת מהן התפרסמה ב- 25.9 ב-
.JERUSALEM POSR

ממשנה מנכ"ל אל על שמעתי ברגע זה שהפגישה בלונדון התקיימה
אתמול (24.9) ובי' סובם לבקשת הגרמנים שאל בל תג"ש את
הצעותיה בכתב לדרי שטרך. התרביר ישלח ב- 26/9 במטוס אל על.
דרורי

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,דרורי,כלכליתאי,סייבל,מטפט,
שרהתחבורה,מנכלתחבורה,ענוג,אירא

** נכנס **משרד החוץ-מחלקת הקשר
**
**
**

חוזם:9,6681
אל:המשרד
מ-:ני,נר:710,תא:250986,זח:1630,דח:מ,סג:ס
נד:8

מידי/סודי

אל:ארבל 2,אירופה 2,השגריר בון

מאת:ישכרוף.

פגישת ממרוהמ' עם שר החוץ גנשר.

1. התקיימה הפגישה הנל' ב-24/9 בהשתתפות המ'מנכל,השגריר נתניהו בן אהרון , בזנר והחמ'.

2. בהקשר השוק, העלה ממרוהמ' את הקשיים עם ספרד וציין החששות להפסדים בעונת החקלאות הבאה, בהעדר פתרון לסוגיית המסחר בין השוק לבין המדינות הים תיכוניות. גנשר הגיב כי רפ'ג תעשה מה שהיא יכולה כדי להגיע לפתרון. ממרוהמ' הביע הערכתו לסיוע של רפ'ג בשחרור שירנסקי, וגנשר התעניין בשלומו ומעשיו הנוכחיים. ממרוהמ' קידם בברכה את ההסכם לאחרונה בעניין סיוע לעולם המתפתח. בעניין אל על בפרנקפורט,השיב גנשר כי הוא מקיים קשר הדוק עם שגרינגר בבון והסביר כי השלטונות הנוגעים בדבר, חוששים מהסדרים המוצעים. ממרוהמ' ציין כי אותם הסדרים נתקבלו גם על ידי הקנדים.

3. ממרוהמ' העלה את נושא הבמ'ר ושאל לגבי האפשרות של קבלת סיוע בספי מרפ'ג. הממנכל' הרחיב בהצגת הבעיה. גנשר השיב כי הבקשה תשקל.

4. ממרוהמ' סקר את ההתפתחויות האחרונות במזרח התיכון והתיחס למצרים, ירדן,מרוקו ומלחמת איראן-עיראק,ובן הסביר את עמדתנו בעניין ירגיפיל'.

5. לשאלת ממרוהמ' בעניין ארהב-בריהמ', העריך גנשר שאין ספק שתהיה פיסגה בין גורבצ'וב לבין רייגן לפני סוף השנה. גנשר סבור כי הפיסגה תתרכז בעיקר בנושא פירוק נשק,לרבות ההתקדמות המשמעותית בעניין ה- VERIFICATION . היה פחות החלטי על הכוונות הסוביאטיות לגבי המזית, שכן לדעתו המנהיגות החדשה עסוקה יותר בנושאי פנים ונושאי מזרח-מערב. הוסיף כי בפגישתו האחרונה עם גורבצ'וב,העלה את הנושא של הגירת יהודים וגרמנים, ובעוד שאנדרופוב היה תמיד קשוח ואף תוקפני בעניין זה,גורבצ'וב לא השיב לחיוב או לשלילה,אם כי,אין הדבר בהכרח מעיד,בשלב זה,על שינוי. אמר כי מתכוון להעלות את נושא ההגירה גם עם שברנדזה. שאל אם רייגן העלה את הגירת היהודים עם גורבצ'וב וציין כי עשה כן לגבי הגרמנים. הציע שנמשיך לקיים קשר בתחום זה.

נאום=

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,סמנכל,ממד,רם,אמן,אירא,אירב,
ארבל2,כלכליתב',מצפא,מזאר

שמור נכנס **

**

**

**

חוזם:9,6596
אל:המשרד
מ-:בון,נר:208,תא:250986,זח:1500,דח:ר,סג:ש
נד:פ

שמור/רגיל

אל : מר ג. פת , שר המדע והמחקר

דע : המנכ"ל , משרד המדע והמחקר , אירופה 1

מאת: השגריר , בון

הקרן המשותפת.

1. בפגישתי האחרונה עם השר ריזנהובר הסביר המצב הגרמני. ברצון היה מגיע לישראל לישיבה הראשונה של הנהלת החברה אך הבחירות המתקרבות אינן מאפשרות לו לצאת. לכן בקשתו שנסכים לקיים הישיבה הראשונה ברפ"ג ושתגיע במחצית הראשונה של דצמבר לישיבה הראשונה.

2. אני ממליץ שתקבל ההצעה הגרמנית, כי יש לנו ענין לקדם הפעלת הקרן והעברת הממון הראשון לארץ .

3. סבורני שריזנהובר מעונין בהזדמנות זו בפרסום באמצעי התקשורת הגרמנים - אך אין זה מזיק לנו ולגיטימי.

4. אבקשך לתכנן בהקדם ולאשר ההצעה.

בן-ארי

===מש

תפ: פשרהמדע,פמנכלממדע,ענרג,אירא,שמורק,תרבות

3/4 | M

Department of International Affairs
Ministry of Finance
Jerusalem

היחידה לקשרים בינלאומיים
משרד האוצר
ירושלים

שמור

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
01-10-1986
תיק מס׳

22 בספטמבר 1986

אל: מר י. בן-ארי, השגריר, בון

הנדון: תביעתנו מהגרמנים בקשר להוצאותינו
הכרוכות בביצוע "חוק נכי רדיפות הנאצים"

על דעתו של מר אפרים דברת הנני מעביר אליך העתק
מזכר בנדון.

נעריך ביותר, אם תודיענו בהקדם את חוות דעתך
העקרונית ביחס להצעתי שבמזכר.

בתודה מראש ובברכת שנה טובה,

אלרון

טל׳ 558439, 558424. 662579

14 באוגוסט 986

אל : אפרים

מאת: גד אלרון

הנדון: תביעתנו מהגרמנים בקשר להוצאותינו
הכרוכות בביצוע "חוק נכי רדיפות הנאצים"

1. לפי ידיעות התקשורת מבון מתכונן הבונדסטאג לדיון המתוכנן לנובמבר בדבר ה-WIEDERGUTMACHUNG, כשהמטרה העקרית הינה לקבוע, מי הם קרבנות ונפגעי הנאצים שטרם פוצו כלל או שפוצו במידה זעירה ובלתי מספקת.

כידוע יזמו את הדיון נציגים מכל הסיעות (ובעיקר חברי הפרלמנט מטעם ה-SDP, FDP, והירוקים).

2. הידיעות יוצרות את הרושם, כי יהיה זה מעין דיון מסכם ומסיים. אם תהיינה החלטות - ויש להניח שתהיינה כאלה - הן תכלולנה המלצות, או אפילו הקצבות לקבוצות הנפגעים שטרם פוצו.

3. בנסיבות אלה נראה לי, כי אנו חייבים להודיע למספר אישים בבונדסטאג על תביעתנו הנדונה וביסוסה המוסרי (אם לא המשפטי).

4. היקפה הכספי של תביעתנו הוא ממילא כזה, שאם יהיה רצון לספקה - ולו רק בחלקה- יהיה הדבר טעון הקצבה תקציבית ואישור כלשהו בבונדסטאג.

5. יתרה מזאת: נניח אפילו, כי בעקבות הבחירות בראשית 1987 תתחלף ממשלת גרמניה ותורכב ממשלה נוחה יותר באשר לנושא שלנו (ממשלה בראשות ה-SPD, הרי שחבריה לא יבינו, מדוע לא הודענו על תביעתנו(STATED OUR CLAIM לפני הדיון בנובמבר הקרוב.

6. הנני מציע, איפוא, כי באוקטובר תצא אתה לבון, ויחד עם השגריר, תקיימו סדרת פגישות עם ראשי הסיעות בבונדסטאג ועוד אישים בעלי השפעה ורגישות לנושא, על מנת שתביעתנו תהיה לפחות .ON RECORD יתכן ונצטרך להתאים איכשהו את התזכיר של שר האוצר שלנו מראשית 1986, כדי שתוכלו להשאיר בידי בני-שיחכם משהו בכתב, שיסביר את מהות תביעתנו והיקפה.

העתק: השגריר, בון
מר א. זמרן, בון
אירופה 1, משרד החוץ
תפוצות

10H.167

AMBASSADE D'ISRAEL

שגרירות ישראל

610

שמור

בון - יחי באלול תשמ"ו
22.9.1986

משרד החוץ
אירופה 1
26-09-1986

אל : משפט

מאת : הציר - בון

הנדון : אישרור תיקון האמנה לביטוח סוציאלי
בהמשך למברקי 159 מ-18.9

מצ"ב במובטח :

1. העתק אגרת משה"ח הרפ"ג' מ-12.9.86 ;
2. הצלום פרסום התיקון ב-בונדסגזצבלט מס' 28, מ-3.9.86 ;
3. אגרת התשובה שלנו למשה"ח הרפ"ג' מ-18.9.86.

בברכה.

ד. פדרן

העתק : אירופה 1

שגרירות ישראל

AMBASSADE D'ISRAEL

פריס

[illegible]

AUSWÄRTIGES AMT

513-540 SV 41/1 ISR

Doppel

V e r b a l n o t e

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Israelischen Botschaft mitzuteilen, daß das Deutsche Vertragsgesetz zu dem Änderungsabkommen vom 07.01.1986 zum deutsch-israelischen Abkommen über Soziale Sicherheit am 03. September 1986 im Bundesgesetzblatt II Seite 862 verkündet worden ist.

Damit sind auf deutscher Seite die Voraussetzungen zum Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß Artikel VIII des Abkommens erfüllt.

Das Auswärtige Amt bittet die Israelische Botschaft um Mitteilung, ob die Voraussetzungen zum Austausch der Ratifikationsurkunden auf israelischer Seite ebenfalls erfüllt sind, damit ein Termin zum Austausch der Ratifikationsurkunden im Auswärtigen Amt vereinbart werden kann.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Israelische Botschaft erneut seiner ausgzeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 12. September 1986

(L.S.)

An die
Botschaft
des Staates
Israel

861

Bundesgesetzblatt

Teil II — Z 1998 A

1986 — Ausgegeben zu Bonn am 3. September 1986 — Nr. 28

Tag	Inhalt	Seite
1. 9. 86	**Gesetz zu dem Abkommen vom 7. Januar 1986 zur Änderung des Abkommens vom 17. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit**	862
22. 7. 86	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung	865
25. 7. 86	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr	865
25. 7. 86	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	866
31. 7. 86	Bekanntmachung über die Grenzabfertigung nach der deutsch-französischen Vereinbarung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Bienwald/Scheibenhard – Lauterbourg	866
31. 7. 86	Bekanntmachung über die Grenzabfertigung nach der deutsch-französischen Vereinbarung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Sasbach/Marckolsheim	867
1. 8. 86	Bekanntmachung über die Grenzabfertigung nach der deutsch-niederländischen Vereinbarung vom 10./18. April 1985 über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung am Grenzübergang Bad Bentheim-Autobahn/Oldenzaal-Autoweg	867
4. 8. 86	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-amerikanischen Abkommens über den Erwerb und Besitz von privateigenen Waffen durch Personal der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland	868
6. 8. 86	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit	868
6. 8. 86	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit	870
7. 8. 86	Bekanntmachung einer Ergänzung der Anlage zu Artikel II des deutsch-französischen Abkommens über die Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen in der beruflichen Bildung	872
7. 8. 86	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit	872
11. 8. 86	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Rückführung gewisser von der amerikanischen Armee am Ende des II. Weltkrieges in Deutschland beschlagnahmter Kunstwerke	874

Gesetz zu dem Abkommen vom 7. Januar 1986 zur Änderung des Abkommens vom 17. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit

Vom 1. September 1986

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Jerusalem am 7. Januar 1986 unterzeichneten Abkommen zur Änderung des Abkommens vom 17. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit (BGBl. 1975 II S. 245) – Änderungsabkommen – wird zugestimmt. Das Änderungsabkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Änderungsabkommen nach seinem Artikel VIII Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 1. September 1986

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Abkommen zur Änderung des Abkommens vom 17. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit – im folgenden Änderungsabkommen genannt –

Die Bundesrepublik Deutschland

und

der Staat Israel

sind übereingekommen, das am 17. Dezember 1973 geschlossene Abkommen über Soziale Sicherheit – im folgenden Abkommen genannt – wie folgt zu ändern:

Artikel I

a) In Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c des Abkommens wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgendes angefügt: „d) die Invaliditätsversicherung."

b) Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens erhält folgende Überschrift:

„Kapitel 3

Rentenversicherungen"

c) Die Bestimmung in Nummer 3 des Schlußprotokolls zu dem Abkommen erhält die Bezeichnung „a)".

Folgendes wird angefügt:

„b) Die israelischen Rechtsvorschriften über die Invaliditätsversicherung, die die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen von einem Wohnsitz des Versicherten im Gebiet des Staates Israel abhängig machen, gelten insoweit nicht für Versicherte, die sich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten. In diesem Fall berechnet der israelische Träger die geschuldete Leistung nach dem Verhältnis, das zwischen der Dauer der nach den israelischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten vor Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegten Versicherungszeiten besteht."

Artikel II

Artikel 10 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Artikel 10

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 8 kann die zuständige Behörde oder die von ihr bezeichnete Stelle des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 5 bis 9 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde oder der von ihr bezeichneten Stelle des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Arbeitnehmer nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem die zuständige Behörde dieses Vertragsstaates ihren Sitz hat."

Artikel III

a) Artikel 22 Nummer 3 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„3. Für die Anrechnung von Ausfallzeiten, die nicht pauschal gewährt werden, und für die Hinzurechnung einer Zurechnungszeit stehen den nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Pflichtbeiträgen die nach den israelischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Pflichtbeiträge gleich, sofern ein deutscher Pflichtbeitrag anrechnungsfähig ist und die nach den israelischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Pflichtbeiträge auf einer Beschäftigung oder Tätigkeit beruhen."

b) Nummer 7 des Schlußprotokolls zum Abkommen erhält folgende Fassung:

„7. Zu Artikel 22 Nummer 3 des Abkommens:

Bei Verfolgten im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes werden die israelischen Pflichtbeiträge auch ohne Vorliegen eines deutschen Pflichtbeitrages berücksichtigt, wenn in der deutschen Rentenversicherung mindestens ein Beitrag anrechnungsfähig ist."

Artikel IV

Der Nummer 2 des Schlußprotokolls zum Abkommen wird angefügt:

„c) Israelische Staatsangehörige und die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge, die sich gewöhnlich im Gebiet des Staates Israel aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn mindestens ein Beitrag aus der Zeit vor Ausübung dieses Rechts in der deutschen Rentenversicherung anrechnungsfähig ist."

Artikel V

Nach Nummer 9 des Schlußprotokolls zum Abkommen wird angefügt:

„10. Die Zeit, in der ein Verfolgter im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 in einer landwirtschaftlichen Kollektivausbildungsstätte oder in einer handwerklichen Lehrwerkstatt der Reichsvertretung der Juden in Deutschland oder einer anderen jüdischen Organisation durch eine berufliche Ausbildung auf die Auswanderung vorbereitet worden ist, gilt als Zeit einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung, für die Beiträge entrichtet sind. Satz 1 ist nur anzuwenden, wenn

1. der Verfolgte vor dem 1. Januar 1950 nach Palästina oder in den Staat Israel ausgewandert ist,

2. ein Schaden in der Ausbildung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes vorliegt,

3. keine Beiträge für eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit für eine Zeit vor dem 9. Mai 1945 entrichtet sind oder als entrichtet gelten,
4. keine Beiträge nach Paragraph 10 a des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung nachentrichtet sind oder von einer Nachentrichtungsmöglichkeit nach der genannten Vorschrift endgültig kein Gebrauch gemacht worden ist und
5. der Berechtigte sich als israelischer Staatsangehöriger am 1. Januar 1982 nicht nur vorübergehend im Gebiet des Staates Israel aufgehalten hat.

Für jeden Kalendermonat der Beitragszeit nach Satz 1 und der nur aufgrund dieser Beitragszeit anrechenbaren Ersatzzeiten wird der Wert zugrunde gelegt, der maßgebend ist für die Bewertung der Pflichtbeiträge in den ersten fünf Kalenderjahren, wenn diese vor dem 1. Januar 1964 enden, und sofern nur diese Jahre mit Beiträgen belegt sind. Bei Anwendung des Satzes 1 gilt Paragraph 3 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung entsprechend. Satz 1 begründet nicht das Recht zur Nachentrichtung von Beiträgen."

Artikel VI

(1) Artikel I gilt für Versicherungsfälle, die nach dem 31. Dezember 1983 eingetreten sind. Er begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für Zeiten vor Inkrafttreten dieses Änderungsabkommens. Renten, die vor Inkrafttreten dieses Änderungsabkommens festgestellt worden sind, werden auf Antrag neu festgestellt. Sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden.

(2) Artikel III gilt für Versicherungsfälle, die nach dem 31. Dezember 1979 eingetreten sind. Renten, die vor Inkrafttreten dieses Änderungsabkommens festgestellt worden sind, werden von Amts wegen neu festgestellt, wenn der Versicherte nicht zu dem in Nummer 7 des Schlußprotokolls zum Abkommen genannten Personenkreis gehört. Ergibt die Neufeststellung einen niedrigeren als den bisherigen Betrag, ist die neu festgestellte Rente jeweils so zu erhöhen, daß der bisherige Betrag nicht unterschritten wird. Soweit Renten, die vor dem Inkrafttreten des Änderungsabkommens beantragt worden sind, erst nach diesem Zeitpunkt für Zeiträume vorher festgestellt werden, gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend.

(3) Artikel V gilt für Versicherungsfälle, die nach dem 31. Dezember 1975 eingetreten sind. Er begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für Zeiten vor dem 1. Januar 1982. Hängt der Beginn der Leistung von einem Antrag ab, so gilt dieser als bei Eintritt des Versicherungsfalles, frühestens am 1 Januar 1982, gestellt, wenn er vor Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Änderungsabkommens gestellt ist. Renten, auf die Artikel V anzuwenden ist und die vor Inkrafttreten dieses Änderungsabkommens festgestellt worden sind, werden auf Antrag neu festgestellt. Sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Die Neufeststellung erfolgt mindestens in Höhe der bisher zustehenden Rente.

(4) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Änderungsabkommens nicht entgegen.

Artikel VII

Dieses Änderungsabkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Änderungsabkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel VIII

(1) Dieses Änderungsabkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Änderungsabkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Änderungsabkommen gilt für dieselbe Dauer und unter denselben Voraussetzungen wie das Abkommen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Änderungsabkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Jerusalem am 7. Januar 1986, gleich dem 26ten Tevet 5746, in zwei Urschriften, jede in deutscher und hebräischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Wilhelm Haas

Für den Staat Israel
Y. Shamir

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

V e r b a l n o t e

Die Botschaft des Staates Israel beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. 513-540 SV 41/1 ISR vom 12. September 1986 bezüglich des deutsch - israelischen Abkommens über Soziale Sicherheit mitzuteilen, daß auch auf israelischer Seite die Voraussetzungen zum Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß Artikel VIII des Abkommens erfüllt sind, wie aus der beiliegenden Ablichtung der Note des Außenministeriums in Jerusalem an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Israel vom 9. September 1986 ersichtlich ist.

Die Botschaft des Staates Israel benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern. G.P.

Bonn, den 18. September 1986

שגרירות ישראל, בון
Ambassade d'Israel - Bonn

An das
Auswärtige Amt

B o n n

8250

משרד החוץ-מחלקת הקשר

יוצא בלמ"ס

אל: בון, נר: 704, מ : המשרד
דח: ר, סג: ב, תא: 190986, זח: 1430

דגיל/בלמס

ברנע

אנדרטה לי"א נרצחי מינכן (כשלכם 323)
הנושא בטיפול הועד האולימפי. נעדכנכם כשנקבל תשובתם.
תרבות

סף

תפ: תרבות,הסברה,אירא

משרד החוץ
דואר
21-09-1986
נתקבל

3983 תאריך : 18.09.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

** נכנס שמור

**

**

**

חוזם:9,3983
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:159,תא:180986,זח:1305,דח:ר,סג:ש
נד:@

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
19-09-1986
תיק מס'

שמור/רגיל

אל: משפט

דע: אירופה 1

מאת: הציר - ברן/גדרן

אישרור תיקון האמנה לביטוח סוציאלי. בהמשך לשלי 143 מ-17.9
----

1. קבלנו אמש בדיפ' את העתק אגרתכם לשגרפ"ג והשבנו לאגרת משרד החוץ הרפ"גי בהתאם.

2. שולח לכם בדיפ' העתקי אגרת משרד החוץ, הפרסום הרשמי ואגרת התשובה שלנו.

גדרן.

===שן

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,סייבל,משפט,ענרג,אירא

תאריך : 18.09.86 3983

שמור [illegible]

חוזם:9,3983
אל:המשרד
מ-:ניו,נר:529,תא:180986,זח:1502,דח:ר,סג:ש
[illegible]

שמור\[illegible]

אל: [illegible]

דע: [illegible]

מאת: [illegible]

[illegible]
ב-17.9
----

1. [illegible]

2. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

2655

שמור

**
**
**
**

אל: המשרד, נר: 143, מ : בון
דח: ר, סג: ש, תא: 170986, זח: 1500

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
18-09-1986
תיק מס':

שמור/רגיל

אל : משפט

דע : אירופה 1

מאת: הציר בון

אישרור תיקון האמנה לבטוח סוציאלי

בהמשך לשלי 39 מ-5.9 ולשלבם 523 מ-4.9
1. קבלנו אגרת משה'ח המודיעה שתהליך האישרור לפי סעיף 8 של ההסכם הסתיים בפרסום ברשומות רפג ב-3.9 ושואלים אם התהליך הסתיים אצלנו על מנת לקבוע מועד לחילופי כתבי האישרור.
2. האם לא שלחתם האגרת לשג' רפג כאמור בסעיף 1 של מברקכם שבסימוכין ? הבריקו נא כיצד להשיב לאגרת משהח.

3. שולח בדיפ העתק האגרת והפרסום הרשמי.
פדון.

====אג.

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,סייבל,משפט,כרכליתב'

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

606

בון - יב׳ באלול תשמ״ו
16.9.1986

שמור

גורג 1.63

אל : מחי מזא״ר

מאת : הציר - בון

הנדון : <u>סיכום ביקור מר יהודה הורם ברפ״ג</u>

להלן על פגישות מר הורם בביקורו ברפ״ג :

1. ב-27.8 התקיימה פגישה עם מנהל אגף מזא״ר במשה״ח הרפ״גי, ד״ר יורגן אוסטרהלט, בהשתתפות הח״מ ושני דסקאים ממחי בריה״מ ומחי מזא״ר. לבקשת המארח סקר מר הורם את המפגש בהלסינקי ואת מצב קשרינו עם מדינות מזא״ר. מר אוסטרהלט הודה וסקר את יחסי רפ״ג-מזא״ר ואת ההתפתחויות במדיניות החוץ של בריה״מ מאז עליית גורבצ׳וב לשלטון. להערכתו, מז״ת אינו בסדר קדימויות גבוה של בריה״מ הנוטה להתייחס לאזור כסעיף משנה במסכת היחסים עם ארה״ב. השיחה ארכה כשעה וחצי.

2. ב-28.8 ביקר מר הורם בלווית הח״מ במכון הפדרלי לחקר מזא״ר בקלן ונפגש כשעתיים עם מנהל המכון ד״ר פוגל והמומחה לבריה״מ, ד״ר ברנר. מכון זה הוא ממשלתי וכפוף (מסיבות הסטוריות) למשרד הפנים מבחינה מינהלית ותקציבית, אך הוא מכין מחקרים והערכות עבור משרד הקנצלר ומשרד החוץ. חלק מהמחקרים מתפרסמים ואנו שולחים אותם בקביעות אליכם ולממ״ד. יש לשגרירות קשר טוב עם המכון שנים רבות. בשיחה נדונו התפתחויות פנים ומדיניות חוץ של בריה״מ בעידן גורבצ׳וב וכן חלוקת העבודה בין משה״ח והמחי הבינ״ל של הועד המרכזי של המפלגה הקומוניסטית של בריה״מ. ד״ר ברנר ביקר מספר פעמים בארץ לפגישות עם סובייטולוגים ישראלים ואנשי ממ״ד. סוכם שרצוי להמשיך בביקורים הדדיים.

3. ב-29.8 ביקר מר הורם בלווית היועץ גד כהן ב״קרן למדע ומדיניות״ ליד מינכן. זהו מכון מחקר עצמאי לשאלות מדיניות ואסטרטגיה, המתקיים מתקציב לשכת הקנצלר ומספק לו ולמשה״ח דרך קבע הערכות ומחקרים, כולל בנושא המזה״ת. אנו מקיימים קשר עם אנשי המכון ומפגשינו עשויים להשפיע על שיקוליהם ואופן עיבוד המידע שברשותם. במפגש השתתפו 4 מומחי המכון: מנהל המחי למזה״ת ושניים מחוקריה, סובייטולוג וכן פרופסור סובייטולוג מאוניברסיטת הצבא הרפ״גי במינכן. במפגש ובארוחה שנערכה בעקבותיו סקר מר הורם מפגש הלסינקי ויחסינו עם מדינות מזא״ר וכן הסביר עמדותינו בנושא המזה״ת בכלל. בתמורה הושמעו הערכות על תיפקוד הממשל הסובייטי החדש, על מידת עצמאותן של מדינות מזא״ר בתחום יחסי החוץ וצפי על גישת בריה״מ למיעוטיה הלאומיים בכלל וליהודים בפרט.

2/..

4. לסיכום, השיחות היו מעניינות אך לא היו חידושים מרשימים ולא הושמע מידע יוצא דופן בחשיבותו. מאידך, הביקור תרם למערכת הקשרים של השגרירות עם גורמי מחקר והערכה מדיניים ברפ"ג המעוניינים בחילופי מידע עמנו ומקדמים בברכה כל ביקור מעין זה.

ב ב ר כ ה ,

ב פדור

העתק : לשכת המשנה למנכ"ל
מר י. הורס, יועץ לשר
אירופה 1
בני"לו/ממ"ד

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
JERUSALEM

משרד החוץ
ירושלים

יא' באלול תשמ'ו
15 בספטמבר 1986
רא'א 2.717

שמור

השגריר, בון
המשנה למנכ'ל
מנהל מחלקת מצרים
מנהל אירופה 1

הנדון: רפ'ג והכח הרב-לאומי

כידוע לך בודאי, יש עניין רב בחיזוקו לשם הבטחת קיומו של הכח הרב-לאומי הממלא תפקידו החשוב כמרכיב חיוני של הפיקוח על ביצוע הסכם השלום עם מצרים מחוץ למסגרת או'מית.

מן ההתכתבות הרצ'ב, שבה הנני מבקש לעיין, תעמוד על מצב הדברים הבלתי משביע רצון באשר לתגובה הרפ'גית לבקשת מנכ'ל הכח הרב-לאומי להצטרף למסייעים לקיומו ולו רק ע'י השתתפות כספית. גובה הסכום הנדרש מצביע בעצם על כוונה למעורבות, יותר מאשר למשמעות הכספית.

כפי שתראה, לא היתה התגובה הרפ'גית מעודדת, ויש לנו אינטרס לשנותה, שכן רפ'ג עשויה לקבוע את גישתן של שבדיה, בלגיה, אוסטרליה ויפן. בצרור נמצאת גם תגובתה החיובית של איטליה (המשתתפת בכר'ם) וזוהי גם גישת הולנד שאף היא בכח.

איננו רוצים לעוץ לך אל מי לפנות. שקול נא העניין לפי הכרת השטח ופנה בצורה נאותה אל הדרג ואל המשרד הנראים לך כאפקטיביים ביותר.

ב ב ר כ ה,

ישעיהו ענוג

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
JERUSALEM

משרד החוץ
ירושלים

ש מ ו ר

יא' באלול התשמ"ו
15 בספטמבר 1986

ר פ " ג

לקראת פגישת ממרוה"מ ושה"ח שמיר בעצרת הכללית עם עמיתו
HANS DIETRICH GENSCHER

רפ"ג עומדת בסימן הבחירות הכלליות שיערכו בינואר 1987. משאלי דעת קהל, כיום, צופים שהקואליציה הנוכחית, של דמו-נוצרים וליברלים (מפלגתו של שה"ח גנשר), תמשיך לכהן בשלטון אם-כי ההתמודדות תהיה קשה.

ממשלת רפ"ג מנסה לתרום למאמצי השכנת השלום באזור על ידי פעילות דיפלומטית, שתכליתה לגבש בקרב מדינות ערב, ובעיקר בקרב הנחשבות מתונות, עמדה משותפת שתאפשר פתיחת מו"מ עם ישראל. אך אין רפ"ג רואה מקום ליוזמה משלה או של הקהיליה האירופית וסבורה שעל השותפות לקהיליה להסתפק בעידוד הצדדים לחפש ולקדם פתרון משלהם.

כאשר הועלה רעיון ה"ועידה הבינלאומית" לראשונה, לא שללה אותו ממשלת רפ"ג על הסף, אך גם לא הביעה בו תמיכתה. שה"ח גנשר בחר להתחמק מתשובה ישירה על שאלה בענין, באומרו שממשלתו סבורה שלכל פתרון יהיה צורך ב"הסכמה בינלאומית" רחבה, אך על הצדדים לסכסוך להחליט על שיטת קידום ההסדר.

קשרי רפ"ג עם המזה"ת מאופיינים בביקורים הדדיים הן של הדרג הממשלתי והן הפקידותי. בסוף 1985 ביקר נשיא הבונדסטאג במצרים כאורח עמיתו שם. בבון, ביקרו בינואר המלך חוסיין ובאוגוסט הנשיא מובארק. באפריל נפגש שה"ח גנשר עם הנשיא אסאד בבלגרד והציע לו לשתף פעולה נגד הטרור הבינלאומי והחייאת הדיאלוג בין הליגה הערבית והקהיליה האירופית למטרה זו.

במקביל תכופים הביקורים ההדדיים בין ישראל לרפ"ג. בסתיו אשתקד התקיים ביקור ממלכתי ראשון של נשיא גרמניה בישראל, אליו התלווה שה"ח גנשר. הנשיא הרצוג ייצא לביקור גומלין ברפ"ג באפריל 87'. רוה"מ פרס ביקר בינואר 86' בביקור רשמי בבון. בישראל ביקרו באפריל שר ההגנה הגרמני ובמאי נשיא הבונדסטאג בלווית כל סגניו. כן התקיימו בשנה האחרונה ביקורים הדדיים של שר התקשורת של שתי המדינות ושל השר הגרמני לשתו"פ בינ"ל והשר פת. שר המדינה במשה"ח הרפג"י - הממונה על עניני הקהיליה האירופית - ד"ר שטאורנהאגן ביקר בישראל באביב, סמוך להיכנסו לתפקידו, במטרה ללמוד את סוגיית קשרי ישראל עם הקהיליה ולסייע. הפרופ' ריטה זיסמוט, שרת הנוער, המשפחה, הנשים והבריאות של רפ"ג ביקרה עתה בישראל ובפגישתה עם מר שמיר הביעה רצונה להציב בשגרירות רפ"ג בישראל אדם נוסף שתפקידו העמקת חילופי הנוער שבין שתי המדינות.

בעת כתיבת הדברים מאיימת סוגיית מיקומם של דלפקי אל-על בנמל התעופה של פרנקפורט להעיב על קשרי התעופה שבין שתי המדינות. מטעמי בטחון, החליטו המוסמכים לכך ברפ"ג להעביר את דלפקי אל-על ממקומם הנוכחי למקום שאינו נראה לצד הישראלי מטעמי יוקרה ובטחון. מבחינה קונסטיטוציונית אין שה"ח גנשר יכול לטפל בנושא שהוא בטחוני, אך בשל ההשלכות המדיניות, חומר הוא לקבלת החלטות שיתקבלו במשותף ע"י גורמי הבטחון הישראלים והגרמנים.

במהלך השנה האחרונה חלה התקדמות יפה בשתו"פ בין סוכנות הסיוע הגרמנית ומש"ב הישראלי להועלת הסיוע למדינות מתפתחות, במיוחד באפריקה. נחתם הסכם בין שתי המדינות לביצוע מחקרים בחקלאות למען מדינות מתפתחות ורפ"ג מממנת מילגות למשתלמים בישראל ממדינות אלו. כמו-כן הוקמה השנה קרן משותפת למחקר ופיתוח בתחומי החברה והטכנולוגיה למדענים מרפ"ג וישראל.

רפ"ג סייעה בשחרורו של נתן שצרנסקי ושה"ח גנשר היה פעיל בכך.

מח' אירופה 1.

2295

** נכנס שמור

**

**

**

אל: המשרד, נר: 118, מ: בון
דח: מ, סג: ש, תא: 150986, זח: 1800

שמור/מידי

אל: בלבלית 1

דע: אירופה 1

מאת: הציר בון

103.1 גרמ

שיחות תעופה.

שלנם 646 מ-12.9

1. כפי שהברקנו בשלנו 87 מ-10.9 הגשנו אגרת דחופה למשרד החוץ בנדון ואף שלחנו העתק לידיעה לראש אגף התעופה במשרד התחבורה. זוהי הדרך המקובלת וכידוע הגרמנים עומדים על פעולה רשמית בצנורות המקובלים כך שאין להתפלא שמנהל התעופה האזרחית לא קבל תשובה לטלקס שלו. פניה מקבילה אינה מסיעת לנושא.

2. בדקתי הבוקר המצב עם מנהל המחלקה האחראית להסכמי תעופה במשרד החוץ והוא מסר שהממונה על הנושא במשרד התחבורה נמצא בנסיעה מחוץ לרפ"ג, אך הם מתאמים הצעת מועד דחוף לשיחות ויודיעונו תוך יום-יומיים. התאזרו נא בסבלנות.

פדון.

====אג.

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, דרורי, בלבליתאי, סייבל, משפט, שרהתחבורה, מנכלתחבורה, ענוג, אירא

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
JERUSALEM

משרד החוץ
ירושלים

המנהל הכללי

י' באלול תשמ"ו
14 בספטמבר 1986
505/לשמ

משרד החוץ
אירופה 1
נכנס
15-09-1986

אל : מנהל מא"פ

אירו 1

הנדון: ש"פ קמרון - רפ"ג - ישראל

למברק שגרירנו בבון נר 35: אנא תאם עם כלכלית, מש"ב ואירופה 1,
והגש נא הצעות.

בברכה,
(-) דוד קמחי
דוד קמחי

העתק: מנהל מש"ב
מנהל כלכלית
מנהל אירופה 1

Botschaft des Staates Israel

שגרירות ישראל

בון, ח' באלול, התשמ"ו
12 בספטמבר, 1986

שמור

310

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
16-09-1986

אל: אירופה 1
מאת: השגרירות, בון

הנדון: הזמנת רה"מ לפונטיין לישראל

עקרונית אנחנו תומכים ברעיון הזמנת לפונטיין לביקור בארץ וגם אפשרות הזמנתו על-ידי מפלגת העבודה מקובלת עלינו, אלא אם נופתע ומפלגתו, הס.פ.ד., תזכה בבחירות הכלליות בינואר הקרוב, שאז יהיה ודאי צורך להזמינו על-ידי גורם ממלכתי.

לפונטיין הוא בעייתי במידת מה בנוגע לישראל וביטא לא פעם דברי ביקורת ברוח האגף השמאלי של מפלגתו. אנחנו מתכוונים לפגשו בעתיד הקרוב לשיחה מקפת ומציעים לדחות את הטיפול בהזמנתו בשבועות אחדים, עד לאחר שנשוב ונחווה דעתנו.

באשר להתבטאותו בועידת המפלגה, הסבתי את תשומת לב מר מלכיור, שהדברים נועדו לבקר את הקנצלר קוהל הרבה יותר משנועדו לסבר את אוזנינו. אין בכך כדי לשנות את העובדה שלפונטיין הוא מן הכוחות העולים במפלגתו וראוי בהחלט לתשומת לבנו.
נודיעכם.

בברכה,

גד כהן

2684 תאריך : 12.09.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נבנס ** שמור

**

**

**

חוזם:9,2684

אל:המשרד

מ-:בון,נר:96,תא:110986,זח:1150,דח:ר,סג:ש

נד:ס

זיוה ו.בז.

שמור/רגיל

אל: אירופה 1

מאת: הציר - בון/מדון

ביקור קבוצה בראשות שר הפנים של הסן

1. שר הפנים של הסן יעמוד בראש קבוצה של 8 אישים הנושאים בתפקידי הנהלה של חברת השיכון הציבורית בלנד הסן -
MASSAUISCHE HEIMSTAETTE
שהוזמנו לביקור בישראל ע''י חברת שיכון עובדים בתאריכים 27.9 עד 3.10 היסתדרות מטפלת בקבוצה ומכינה התוכנית.

2. לאור חשיבות המשתתפים שהם אנשי ציבור, מינהל ובלכלה בכירים אנו מבקשים שבהיותם בירושלים 28-29.9, תתנו להם תדרוך מדיני כללי ועל יחסי רפ''ג-ישראל.

3. תאמו נא עם גב' דינה צורף, עוזרת מנכ''ל היסתדרות האחראית לתכנית.

4. להלן פרטי המשתתפים:-

1. MINISTER WINTERSTEIN - INNENMINISTER HESSEN UND AUFSICHTSRATS- FORSITZENDER DER NASSAUISCHEN HEIMSTAETTE.

[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible] – [illegible]

[illegible]

1. [illegible]

2. [illegible]

3. [illegible]

4. [illegible]

[illegible]

2. DR. DETHLOFF - STAATSSEKRETAER FINANZMINISTERIUM HESSEN.

3. MINISTERIALRAT DR. KELLNER - FINANZMINISTERIUM DER BUNDESREPUBLIK.

4. MINISTERIALDIRIGENT DR. DAUM - MINISTERIUM DES INNERN, WOHNUNGSBAUDETERNENT DES LANDES HESSEN.

5. STADTKAEMMERER HERR GERHARDT DER STADT FRANKFURT.

6. HERR DREHER - VORSTANDSMITGLIED DER HESSISCHEN LANDESBANK.

7. STAATSSEKRETAER DES MINISTERPRAESIDENTEN HESSEN A.D. HERR BARTHOLOMAE - VORSTANDSVORSITZENDER DER NASSAUISCHEN HEIMSTAETTE.

8. HERR WICHMANN - NASSAUISCHE HEIMSTAETTE - HAUPTVERWALTUNG.

===שך

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענרג,אירא,שמרק,מאור,סקס

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie

5300 Bonn 2, den 10.09.1986

Heinemannstraße 2
Fernruf (0228) 591 oder 59- 3449
Telex 885674

Kopie

Herrn
Gideon Patt
Minister für Wissenschaft
und Entwicklung

Jerusalem/Israel

Sehr geehrter Herr Patt,
lieber Gideon,

bei der Unterschrift zur deutsch-israelischen Stiftung sprachen wir am 04.07. darüber, daß wir beide - Sie und ich - bei der Bedeutung der Stiftung im Kuratorium mitarbeiten wollten, wobei verstanden ist, daß wir uns auch gegebenenfalls vertreten lassen können.

Hingegen sollten wir für die anderen Kuratoriumsmitglieder, die ich nicht in erster Linie in Ansehung ihres Amtes oder Ihrer Funktion, sondern gerade wegen ihrer Persönlichkeit und ihres individuellen Engagements für unsere gemeinsame Sache ausgewählt habe, eine Vertretungsmöglichkeit nicht vorsehen.

In diesem Verständnis benenne ich als deutsche Kuratoriumsmitglieder

- Herrn Professor Dr. Ernst Biekert, BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen
- Herrn Professor Dr. Hubert Markl, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn

...

- Herrn Professor Dr. Hans A. Weidenmüller, Direktor am Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg

- mich selbst

Da die Stiftung vereinbarungsgemäß ihren Sitz in Israel haben wird, sollte unsere Botschaft in Tel Aviv in engem Kontakt zur Stiftung stehen, um über ihre Arbeit - auch zwischen den Sitzungen - berichten zu können. Ich würde es daher begrüßen, wenn Sie meinem Vorschlag zustimmten, einen Vertreter der Botschaft an Kuratoriumssitzungen, die in Israel stattfinden, als Beobachter teilnehmen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heinz Riesenhuber

B/M1

DER BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE
(M-Kopfbogen)

Bonn, September 10, 1986

Translation

Mr. Gideon Patt
Minister for Science and Development
Jerusalem
Israel

Gel 16.9. von Je
Gel ...... von Je / B-T
Abges ...... von ......
...... Anl

Dear Gideon,

When signing documents on the German-Israeli Foundation on July 4 we - you and I - talked about the significance of the Foundation and hence expressed our intention to become members of the Board of Governors - including the right to send a deputy.

Deputizing should, however, not be possible for the other members of the Board of Governors, for I for my part did not primarily select the German members in consideration of their office or function, but because of their personalities and their individual commitment to our common cause.

This understood, I nominate as German members of the Board of Governors

- Professor Dr. Ernst Biekert, BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen
- Professor Dr. Hubert Markl, President of the German Research Society, Bonn
- Professor Dr. Hans A. Weidenmüller, Director at the Max Planck Institute for Nuclear Physics, Heidelberg
- myself.

Übersetzt am 12.9. von: Be
Geprüft am 15.9. von: B.-T
Geschrieben am ...... von: Je
Korr. + Gelesen am 16.9. von: Je / B-T

Since, as has been agreed, the Foundation will be located in Israel, our Embassy in Tel Aviv should have close contacts with the Foundation so as to be able to report on its work - also between meetings. I should therefore be pleased, if you could agree to my proposal for permitting a representative of the Embassy to participate as an observer in meetings of the Board of Governors to be held in Israel.

Yours sincerely,

signed: Heinz Riesenhuber

משרד החוץ-מחלקת הקשר

1204
** נכנס שמור
**
**
**

אל: המשרד, נר: 81, מ: בון
דח: מ, סג: ש, תא: 100986, זח: 1215

שמור/מידי

אל: תפוצות, מתאיים, הסברה, אירופה 1
מאת: השגרירות - בון/קינר

תגובות לרצח באיסטנבול לחודש 600 מה-8 דנא.
א. בשלנו נר 66 מה-9.9 תגובת ממרפי"ג לאירוע לאחר שהשגריר שוחח עם יועץ התקשורת של הקאנצלר ועם דובר הממשלה. כמו כן תגובת ראש סיעת ה- SPD בנר 53 מ-8.9
מספר מדינאים ואישים גרמניים, ביניהם יו"ר הבונדסטאג יינינגר הביעו את תנחומיהם לשגריר ולחברים אחרים מסגל השגרירות. אף "העממכי" פנו בטלפון ובכתב לשגרירות על מנת להביע הזדעזעותם.

ב. ועד הקהילות וועד הרבנים שהתכנסו ביום ה-7 דנא בהנובר החליטו על פעילות בנושא, כך יביעו בפני שלטונות רפי"ג את שאט רוחם מהמעשה ויבקשו תגובה הולמת בנושא הטרור נגד היהודים. ועד הקהילות לא שלח נציג ללוויה אך הוציא מברק תנחומים. כמו כן ישאו הרבנים דרשות בבתי הכנסת השונים לזכר הרוגי איסטנבול. יו"ר הקהילה בברלין, גלינסקי, נזף בפומבי בחוגים גרמנים מסוימים אשר בדרך כל עומדים על המשמר למען זכויות האדם אך לא השמיעו את קולם בנוגע לרצח באיסטנבול.

ג. מזכ"ל ועד התיאום לשיתוף פעולה נוצרי-יהודי הבטיח לדון עם חברי הנהלת הארגון בהודעה פומבית נגד הרצח. בעוד שבועיים עומד הארגון להעניק את פרס מרטין בובר לישוב "נוה שלום" בארץ והועלתה מחשבה לנצל אירוע זה על מנת לזכור את הרוגי בית הכנסת "נווה שלום" ולהצביע על זהות השם.

לאחר לחצי הסבים אתי שהמועד הנ"ל מאוחר מדי ולכן יעלה את הנושא היום.
נעדכנכם על פרטים נוספים.

קינר.

===שך

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,קידר,מרתים,תפוצות,ענוג,אירא,שמורק,
מעת,הסברה,ר/מרכז,ממד

[illegible]

מזכר (להתכתבות פנימית במשרדי הממשלה)

אל: יוסי ~~אלון~~

התאריך: 10.9.86

מאת: ישראל [illegible]

תיק מס׳:

הנדון: שיחה שהתקיימה בשנת [illegible] בין בן-גוריון ותיאולוג נוצרי מגרמניה ב 1965.

בין המסמכים שאני עוסק בהם בתיקי
מצאתי גם דוח על שיחה כנ״ל
עם PROF. ADOLF FREUDENBERG
מVILBEL-HEILSBERG, שכנראה היה
קשור במועצה האקומנית. את
השיחה במלואה שלחתי לצבי
נאמן כי מדובר בה [illegible] נוצרים
אולם בשיחה היה
הקטע הרפס ~~[illegible]~~
על יחסי גרמניה - ישראל שאולי תמצאו
בו ענין. השיחה התקיימה
בתאריך 29.3.65
והיא מצויה בתיק 7 [illegible]
של גנזך המדינה. [illegible]
בתיק פרטים נוספים על פרופ. פרוידנברג
הנ״ל.

בברכה, ישראל

כ״דף 1010

Aber es blieb dank Ben-Gurions Geduld noch Zeit zum Gespräch über die politische Lage und für die Feststellung, dass auch ihm die angebahnte Wende in unseren Beziehungen mit Freude und Hoffnung erfüllt, dass wir zielsichere Geduld brauchen, die arabischen Verbindungen realistisch weiter zu pflegen, bzw. auf bessere Grundlagen als bisher stellen sollten. - dass aber die durch die Jordanpläne der Arab. Union geschaffene Spannung "very serious" sei. Unsere gemeinsame Sorge wandte sich den Syrern zu.

961 משרד החוץ-מחלקת הקשר
נכנס בלמ"ס

אל: המשרד, נר: ס , מ : בון
דח: מ, סג: ב, תא: 090986, זח: 1500

בלמס/מידי

אל: אירופה 1

דע: הסברה, תפוצות, מתאיים

מאת: שגבון/קינר

הודעה מגרמניה בנושא הפיגוע באסיטנבול.

להלן הטקסט של הודעת מגרמניה כפי שדובר הממשלה OST
מסר ב-7 דנא:-

09.09.1986

DIE BUNDESREGIERUNG VERURTEILT DEN HEIMTUECKISCHEN

ANSCHLAG AUF DIE SYNAGOGE VON ISTANBUL ALS BARBARISCHE BLUTTAT. DIE HINTERHAELTIGE ERMORDUNG VON MAENNERN UND FRAUEN JUEDISCHEN GLAUBENS ZEIGT, MIT WELCH BLINDWUETIGEM HASS INTERNATIONALE TERRORISTEN IHRE BRUTALEN AKTIONEN AUSFUEHREN.
ANGESICHTS DER BESONDEREN VERANTWORTUNG GEGENUEBER JUDEN IN DER GANZEN WELT ERFUELLT UNS DEUTSCHE DAS SCHRECKLICHE ATTEN- TAT VON ISTANBUL MIT ABSCHEU UND TRAUER.

DIE JUENGSTEN ANSCHLAEE VON KARATSCHI UND ISTANBUL FORDERN DIE REGIERUNGEN ALLER ZIVILISIERTEN STAATEN DER WELT HERAUS, GEMEINSAM DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS ALS 'GEISSEL UNSERER ZEIT' MIT GROESSTER ENTSCHLOSSENHEIT ZU BEKAEMPFEN.
DIE BUNDESREGIERUNG WIRD IN ALLEN GEEIGNETEN INTERNATIONALEN GREMIEN DIE JUENGSTEN ANSCHLAEGE ZUR SPRACHE BRINGEN UND SICH DORT VERSTAERKT FUER DIE BEKAEMPFUNG DES INTERNATIONALEN TERRORIS- MUS UND SEINER URSACHEN EINSETZEN.

קינר.

===שך

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,קידר,מזתים,עזוג,אירא,שמורק,הסברה,
תפוצות

3650

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור ** יוצא **
**
**
**

אל: בון, יאונדה, נר: חוזם 606, מ: המשרד
דח: ב, סג: ש, תא: 080986, זח: 1400

רגיל/שמור

בן ארי

דע: גדי גולן

בשלך 25

נשיא קמרון- שיחה עם השר וורנקה

1. עוד אין לנו החלטות על סדרי עדיפויות ואנו רק בתחילת בדיקה של רעיונות לשיתוף פעולה בחקלאות שהועלו על ידי הקמרונים. ביניהם:

א. שיפור בעיבוד קפה וקקאו ליצוא
ב. LAND MANAGEMENT באיזור צחיח בצפון המדינה

ג. ייעור באיזור צחיח

ד. מומחה לחיטה לזהוי זנים מתאימים

ה. מומחה ירקות לזהוי זני ירקות

ו. יועץ למיכון חקלאי

ז. פיתוח משק החי ועיבוד התוצרת

ח. התמחויות בנושאים טכניים חקלאיים בארץ
2. רק לאחר בדיקת הנושאים נוכל לבוא בהצעות מעשיות לפיהן המענק סיוע טכני והן במפעלים משותפים שניתן להציע למימון

על ידי DEC למשל. ואכן הקמרונים מבקשים מאתנו לסייע באיתור והכנת פרויקטים להגשה לגורמי מימון חיצוניים.

3. אם השר וורנקה מובן כבר בשלב זה לתת אינדיקציה ממוקדת יותר על איזה מהנושאים הנ"ל יהיו מוכנים לסייע במימון יכול הדבר להועיל בהמשך מגעינו עם אנשי BMZ .

4. בדאי להפנות תשומת לב וורנקה במיוחד לסעיף 1 ב'.קיימת הולשה משותפת של BMZ ומש"ב ללכת לפרוייקט פיתוח באיזור צחיח.הגרמנים הציעו איזור בקניה.אולם לא הם ולא אנחנו הצלחנו להתגבר על מכשולים ביורוקרטיים שם לקבלת אישורים הדרושים לפעולה.החלטנו לבחור מקום אחר וכבר הצעתי להם לנסות האפשרות באיזור צחיח בצפון קמרון.המטפל בנושא ב- BMZ הוא שוריג.הבטיח שיבדוק הצעתי.ניתן כעת להחליט על כך ואז בפי שסוכם נשגר צוות של שניים,אחד ישראלי ואחד גרמני לבדיקת האיזור,איתור השטח.ואיסוף נתונים לקראת התייעצות משותפת בארץ של קבוצת מומחים שלנו,שלהם ומקומיים מנהל מש"ב

מ"א

תפ: מנכל,דרורי,פרימור,עינג,מאפ,אירא,בלבליתאי,
בלבל תב',משג

Worldwide revulsion at Arab massacres

Jerusalem Post Correspondents
and agencies

Pope John Paul and statesmen oughout the world expressed re- sion and outrage yesterday over terror attack on the synagogue in anbul on Saturday.

West German government okesman Friedhelm Ost yesterday essed "Germany's special respon- ility towards Jews all over the rld," in the wake of the Istanbul nagogue attack. Ost said the rrible attack in Istanbul fills us h abhorrence and mourning."

He called the Karachi and Istan- attacks a challenge to all civilized intries to fight international ter- ism. The German government uld intensify its demand for the uggle against terrorism on the ernational level, he said.

Speaking on behalf of both Britain the other European Community ions, Sir Geoffrey Howe "conde- ed and deplored" the events at rachi and Istanbul, and said that y served to highlight the need for stained international coopera- n against terrorism."

But he was careful to stress that ponsibility for the two incidents not yet been established, and t it was thus too early to talk of tish or EC involvement in any aliation or response.

Howe held talks on Friday with S. Ambassador to the UN Vernon lters, and was reportedly sceptic- of Walters's warnings of plans by Libya's Muammar Gaddafi to launch a new wave of international terror.

Walters was reportedly informed that Britain could only contemplate further measures against Libya if it received conclusive evidence of Tri- poli's involvement in terrorism. Even then, Britain would only act in concert with other EC nations and would not cooperate again on a one-to-one basis with the U.S.

Libya said yesterday it harboured no hostility against Jews, saying it disapproved of attacks on "such in- nocent people" at the Istanbul syna- gogue.

The official Libyan news agency, Jana, in its first comment on the Istanbul attack said Libyans "re- spect Judaism as a religion." Libyans "do not agree with attacks on the lives of such innocent people who are, like the Arab nation, victims of Zionism," Jana added.

On Saturday night Libyan Radio justified the attack, saying that the Istanbul synagogue had served as a base for Israeli intelligence.

Jordanian newspapers yesterday condemned the hijacking and the attack on the synagogue, but blamed Israel for the new cycle of violence.

The English-language daily *Jordan Times* said "nobody in his right frame of mind, or who has any sense of humanity within him, can condone the Istanbul and Karachi crimes."

(Continued on Page 2, Col. 6)

7 בספטמבר 1987

גרמ
103.01

אל: השגריר, בון

הנדון: בכי רדיפות הנאצים
דברי נחמן בשמיעה של וועדת הפנים

מצורפת תרשומת של ו. סטרומינסקי בנדון.

אני מניח שנחמן תודרך על ידכם וע"י אנשי וועידת התביעות.

אף שברור שהטפול בנושא יהיה בדרגים גבוהים, העלאת הנושא ע"י נחמן עשויה לסייע ולהקנות לו אחיזה בתודעה של הגורמים הגרמניים המטפלים בו. זאת על אף אי בהירות ואי דיוקים בהצגתו של נחמן.

ב ב ר כ ה

א. דברת

לוטה:
המנכ"ל
א. זמרן, היועץ לעניני כלכלה, בון
י. ענוג, המשנה למנכ"ל, משרד החוץ
ד"ר י. מינרבי, משרד החוץ

10H.554

[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

6 בספטמבר 1987

תרשומת

דברי ורנר נחמן, בשמיעה של ועדת הפנים של הפרלמנט הגרמני.

בענין הפיצויים שמשלמת ממשלת ישראל לנכי רדיפות הנאצים.

1. ב-24.6.1987 קיימה ועדת הפנים של הבונדסטאג שמיעה פומבית בענין קבוצות נרדפי הנאצים, שקופחו במתן הפיצויים ע"י ממשלת מערב גרמניה. בין היתר הופיע בפני הוועדה יו"ר הנהלת הוועד המרכזי של היהודים בגרמניה, ורנר נחמן, שיצג את "ועידת התביעות", התייחס לא רק לנושאי הפיצויים האישיים, אלא גם לנטל בו נושאת ממשלת ישראל, עקב ביצוע חוק נכי רדיפות הנאצים.

2. להלן תירגום חופשי של דברי נחמן:

אשר לפצוי שקבלה מדינת ישראל (הכוונה להסכם השילומים - המתרגם), הוסכם, שמדינת ישראל תקבל על עצמה את תשלומי הפצויים לאזרחי מדינת ישראל (הכוונה ל"נכי רדיפות הנאצים"- המתרגם). אלא שהתברר - דבר שבזמנו לא ניתן היה לחישוב - שסכום התביעות של הזכאים עולה בהרבה על הסכום שהובא בחשבון, בעת חתימת הסכם השלומים. בוודאי חייבים לדבר פעם נוספת גם על כך בסיבוב הדיונים החדש, שיתקיים בוודאי לאחר שמיעה זו".

תורגם תרגום חופשי מטיוטת מפרוטוקול השמיעה הנ"ל .

ו. סטרומינסקי

20H.556

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

1. [illegible]

2. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

1409   תאריך : 05.09.86

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור   בבבס **

**

**

**

חוזם:1409,9
אל:המשרד
מ-:ברן,נר:39,תא:050986,זח:1247,דח:ר,סג:ש
נד:ס

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
07-09-1986
תיק מס'

שמור/רגיל

אל:משפט

דע:אירופה 1

מאת:הציר ברן

אישרור תיקון האמנה לבטוח סוציאלי. מלבס 523 מ-4.9

תהליך האישרור ברפ"ג הסתיים על ידי פרסום התיקון
בגליון ה- BUNDESGESETZBLATT מ-030986.

מנהל המחלקה למשפט סוציאלי ועבודה באגף המשפטי במשה"ת
עימו דיברתי,ישלח בימים הקרובים אגרת רשמית בנדון.

==ד.א.

תפ: סייבל,משפט,עבדג,אירא

[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

2183

יוצא בלמ"ס

אל: בון, נר: 523, מ: המשרד
דח: ר, סג: ב, תא: 040986, זח: 0900

בלמס/רגיל

לפדון. דע: אירופה 1.

אשרור ההאמנה המתקנת לבטחון סוציאלי.
1. ב-8.86.24 אשררה הממשלה האמנה.
אגרת רשמית בנדון תישלח לשגרירות רפ"ג כאן על ידינו עם העתק אליכם.

2. מצפים לקבלת איגרת דומה מרפ"ג לגבי סיום ההלכים ברפ"ג.
3. עם קבלת האגרות המתאימות ע"י כל אחת מהמדינות ניתן יהיה לקבוע תאריך לביצוע החלפת כתבי אשרור ונעביר אליכם אז המסמכים המתאימים יחד עם יפוי כוח לשגריר.
משפט=

ל/ח

תפ: סייבל, משפט, ענוג, אירא, בכבליתב'

613
** יוצא

**

**

**

שמור

אל: אבירות, נר: 1445, מ: המשרד
דח: ב, סג: ש, תא: 310886, זח: 1500

גרמ' ומ

שמור/בהול

ביקור שרת הבריאות מרפ''ג.

כהלן לו''ז סופי של ביקור DR. RITA SUESSMUTH .

יום ב' 1/9

1900 נחיתה בנתב''ג. טיסה מיוחדת. נסיעה לירושלים. מלון לרום.

2030 ארוחת ערב במלון מוריה, ירושלים
לינה: במלון לרום, ירושלים.

יום ג 2/9

0800 ביקור ביד ושם והנחת זר באוהל יזכור.
0930 פגישה עם נשיא המדינה (בבית הנשיא)
1015 פגישה במלון לרום

1100 פגישה עם שר הבריאות (בלשכתו)
1200 פגישה עם שר החינוך והתרבות (בלשכתו)
1300 ארוחת צהרים במלון המלך דוד

1600 פגישה עם ממ' רהמ' ושהח (בלשכתו)
1700 ביקור במרכז תרבות עמים לנוער בירושלים
2030 קונצרט וקבלת פנים באולם הנרי קראון ליד תיאטרון ירושלים

לינה: במלון לרום, ירושלים

יום ד 3/9

0730 ארוחת בוקר (במלון) עם ניצה שפירא ליבאי
0845 נסיעה לבאר שבע

1030 פגישות וסיורים בבי''ח סורוקה
1400 ביקור בקופת חולים בבאר-שבע

1500 ביקור בעיירה הבדואית רהט

1600 חזרה לירושלים

2000 הרצאה במכון ואן-ליר

לינה: בלרום ירושלים

יום ה 4/9

0700 סיור פרטי בירושלים העתיקה

0930 ביקור במכון סאלד

1115 ביקור בבי''ס בויאר

1300 ארוחת צהרים באוניברסיטה העברית בהר הצופים וביקור במכון לחקר בטיפוח בחינוך

1530 נסיעה להרצליה (אבדיה)

1730 פגישה וקבלת פנים בבית השגריר הגרמני
לינה: בדן אבדיה, הרצליה

יום ו 5/9

0930 פגישה עם מאשה לובלסקי בנעמ''ת

1045 נסיעה לגן אורנים בת''א

1100 פגישה עם המועצה לחילופי נוער ישראל-גרמניה
1200 מסיבת עתונאים

1230 ארוחת צהרים בגן אורנים

1400 חזרה לירושלים (מלון לרום)

1700 ביקור בקבוץ צובא וארוחת ערב

לינה: בלרום ירושלים

שבת 6/9

0800 פגישה עם מתנדבים גרמנים (בבית פקס)
0900 נסיעה לים המלח

1045 ביקור במצדה

1045 ביקור במצדה

1215 נסיעה למלון מוריה. ים המלח ביקור בסולריום וארוחת
צהרים במוריה

נסיעה לנתב''ג

1800 המראה לנתב''ג בטיסה מיוחדת.
מאו''ר

ל/ח

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא.שמורק,אורחים,טקס,
הרצוג/בריאות,שרהחינוך

MMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMM
MMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMMM

כ"ד באב התשמ"ו
29 באוגוסט 1986

331

אל: מר ניסן לימור, מנכ"ל לשכת הנשיא

מאת: ס/מנהל אירופה 1

הנדון: פגישת הנשיא עם השרה זיסמוס מרפ"ג,
בבית הנשיא, 2.9.86, שעה 09:30

במצורף פרטים אישיים על השרה וכמה מהנלווים אליה
וסקירה עדכנית על יחסי ישראל רפ"ג.

ממר גוסה משגרירות רפ"ג, אני למדה שסכמת עמו שיגיעו
בסה"כ 8 איש, כולל שגריר רפ"ג ומלווה ממשרד החוץ.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

העתק: לשכת המשנה למנכ"ל

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Prof. Dr. Ludwig Liegle

יועץ אישי לשרה זיסמוס

יליד 1941 זכה בתואר ד"ר ב-1967 על תיזה של שיטת החינוך בקיבוץ.

שימש כמרצה ופרופסור לחינוך ובעיות נוער במספר אוניברסיטאות וכיועץ בנדון במועצות ציבוריות שונות.

בשנת 1982-1 היה מרכז פרויקט מחקר על החינוך בישראל מטעם מוסד ון-ליר בירושלים ומאז 1973 פרופסור מן המניין לחינוך באוניברסיטת טיבינגן.

פירסם 4 ספרים, מהם שניים על ישראל. האחד: "משפחה וקולקטיב בקיבוץ", ב-1971 והשני: "חינוך וחברה בישראל" ב-1980.

מחי אירופה 1.

Prof. Dr. Hans Suessmuth
בעלה של השרה זיסמוט

יליד 1935.

בשנים 1974-1976 היה רקטור ביה"ס הגבוה לחינוך של ריינלנד בקלן ומאז 1980 פרופסור מן המניין להסטוריה של העת החדשה באוניברסיטת דיסלדורף.

בשנים 1984-5 היה דיקן הפקולטה לפילוסופיה של אוניברסיטת דיסלדורף.

פירסם 15 ספרים וכ-40 מאמרים מדעיים.

מח' אירופה 1.

9355

נכנס ** סודי

**

**

**

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
29-08-1986
תיק מס'

אל: המשרד, נר: 200, מ : בון
דח: ד, סג: ס, תא: 280886, זח: 1900

סודי/דחוף

אל:אירופה 1

דע:המרכז

מאת:השגריר בון בן ארי

בארוע חברתי אצל נסיך פרוסיה פגשתי את הקנצלר קוהל שהיה בחופשת קיץ. 1. קוהל סיפר על עיסוקיו בחופשה והביע בטחון רב לקראת הבחירות האזוריות והלאומיות. דיבר מהדהורי לב ולא מעמולה שאין סיכוי, במצב הדברים הנוכחי להפך ברפ"ג.

2. סקרתי את המצב במז"ת. שוחחנו על המצב הכלכלי החמור השורר במצרים. הסיוע הגרמני למצרים אינו מנוצל כראוי. רפ"ג אומר קוהל תנסה לסייע ולהמליץ על מצרים בפני הבנק העולמי ובוושינגטון. שהערתי שש/פי ברוח כוונות השלום עם מצרים, בגוש השממה בסיני, כדוגמה, יכלה להיטיב את המצב השיב קוהל שנכון אמנם שמובארק לא עושה דבר, אך הוא המנהיג הטוב ביותר האפשרי ויש לחזק מעמדו.

==ד.א.

תפ: שהח, רהמ, שהבט, מנכל, ממנכל, סמנכל, ממד, רם, אמן, אירא, מצרים

משרד החוץ-מחלקת הקשר

9307

נכנס **   שמור

**

**

**

אל: המשרד, נר: 190, מ : בון
דח: ד, סג: ש, תא: 280886, זח: 1400

שמור/דחוף

אל:אירופה 1

מאת:השגריר בון בן ארי

פרוף ד''ר ריטה סיסמות

נפגשתי אמש עם השרה לקראת ביקורה בארץ.בקשה לשמוע על
ההתפתחויות האחרונות בישראל ''עיצות כיצד לנהוג ואיך למצוא
חן בישראל''.
בהתיחס להצעת יושב ראש הבונדסטאג להציב עובד שגרירות רפ''ג
שיטפל בחילופי נוער,מסרה לי על היסוסי והתנגדות שר החוץ גנשר
בנדון,יעצתי לה כיצד אפשר יחד עם המשרדים הישראלים לטפל
להגברת הטיפול בנדון.
==ד.א.

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,שמורק,אורחים,
הרצוג/בריאות
תה: גודאריה לש'סמנכ'ל שיבל/ממחינוך

משרד החוץ-מחלקת הקשר

9358
** נכנס שמור
**
**
**

אל: המשרד, נר: 193, מ : בון
דח: מ, סג: ש, תא: 280886, זח: 1600

שמור/מידי

אל : אירופה 1, מאו'ר

מאת: הציר בון

ביקור השרה וילמס.

בהמשך לשלי 156 מ-22.8

1. נמסר לנו היום ע"י ד"ר שטיינבאך, מנהל אגף הבריאות, כי יבוא.

2. להלן פרטים ביוגרפיים תמציתיים של בעל השרה ופרופ' ליגלה :
א. פרופ' ד"ר הנס וילמס - יליד 1935. בשנים 1974-1976 היה רקטור בי"הס הגבוה לחינוך של ריינלנד בקלן ומאז 1980 פרופסור מן המניין להסטוריה של העת החדשה באוניברסיטת דיסלדורף. בשנים 5-1964 היה דיקן הפקולטה לפילוסופיה של אוניברסיטת דיסלדורף. פירסם 15 ספרים וכ-40 מאמרים מדעיים.
ב. פרופ' ד"ר לודויג ליגלה - יועץ אישי לשרה. יליד 1941 ובה בתואר ד"ר ב-1967 על תיזה על שיטת החינוך בקיבוץ. שימש במרצה ופרופסור לחינוך ובעיות נוער במספר אוניברסיטאות וביועץ בנדון במועצות ציבוריות שונות. בשנת 1-1982 היה מרכז פרויקט מחקר על החינוך בישראל מטעם מוסד ון-ליר בירושלים ומאז 1973 פרופסור מן המניין לחינוך באוניברסיטת טיבינגן.
פירסם 4 ספרים, מהם שניים על ישראל. האחד : "משפחה וקולקטיב בקיבוץ" , ב-1971 והשני : "חינוך וחברה בישראל" .1980
פדוך

====אג..

תפ: צהח,מנבל,ממנבפ,ענזג,אירא,ממורק,אורחים

16764

משרד החוץ-מחלקת הקשר

9320

נכנס

בלמ"ס

אל: המשרד, נר: 197, מ: בון
דח: ר, סג: ב, תא: 280886, זח: 1700

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
29-08-1986

בלמס/רגיל

רל: קשתו"ם

מאת: שגרירות בון

אנדרטה לנרצחי מינכן

בשלבם 44 מה-5 במאי ש.ז,

הודעתם על בואו של יוסף ענבר לגרמניה.
הנל לא התקשר עמנו ומעיריית FURSTENFELDBRUCK שוב התקשרו
ו
וביקשו את תשובתנו בנושא.

בדקונא והודיענו מה להשיב.

קינר

====אג.

תפ: תרבות,אירא

8668

** נכנס

**

**

**

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור

אל: המשרד, נר: 164, מ : בון
דח: מ, סג: ש, תא: 250886, זח: 1700

שמור/מידי

אל : אירופה 1

דע : מאו"ר

מאת: הציר - בון

ביקור השרה ריסמוט . שלכם 725.

1. מבין ממרכז הביקור , לוריק , שהשרה תנאם בארוחה הרשמית על הצורך בהתפייסות ונורמליזציה בין שני העמים לאור משקע העבר , קשרי רפ"ג-ישראל בכלל ובנושאי חילופי נוער ובריאות. שאותם תפרט.

זינגר 1.

השרה עשויה במובן להכניס שינויים בנאום שהוכן עבורה.
2. מציעים שבנאומי שרינו יכללו התייחסות ליחסים המיוחדים - שבין שני העמים נגלל העבר שאין לשכחו אך שפנינו לעתיד בפי שמוכיחים מאמצינו בחילופי הנוער. חשיבות מיוחדת לחילופי הנוער ותיקון ספרי הלימוד במסגת הקשרים בין המדינות והעמים המכוונים לבטל דעות קדומות והגברת ההבנה ההדדית בין אזרחי המחר. הפרייה הדדית ע"י חילופי נסיון הצדדים בבעיות נוער ובריאות ולשני הצדדים מה ללמוד אחד מהשני. שת"פ בתחום מחקר הבריאות שבו משקיעות שתי המדינות את מיטב כוחותיהן המדעיים לא יהיה רק לתועלת הדדית , אלא יתרום לבריאות האנושות כולה ובדאי לבחון מאמץ משותף בתחום הבריאות בעולם השלישי הנזקק לסיוע זה במיוחד. הביקורים ההדדיים הרבים של מנהיגי רפ"ג וישראל ורמתם מעידים שהקשרים בין שתי המדינות מתפתחים בצורה שיטתית וטובה. כן כדאי לכלול מחמאה לשרה על פעילותה לשיפור מעמד האישה נכבוד תוסף לאחרונה מעמד נושא

האישה במיניסטריון שלה לאגף מקביל לאגפי הנוער המשפחה
והבריאות).
פרון .=

====ם/ש

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענוג,אירא,שמורק,אורחים,
הרצוג/בריאות
מח: גוראריה מסחינוך

ט"ו

ג/מ | ג.מ

י"ז באב התשמ"ו
22 באוגוסט 1986

322

אל: לשכת רוה"מ

מאת: ס/מנהל אירופה 1

רצ"ב מכתב של רוה"מ בואריה, שטראוס לרוה"מ פרס.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

העתק: לשכת השגריר, בון

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

בון, ח' באב, התשמ"ו
13 באוגוסט, 1986

משרד החוץ
832
אירופה 1
דואר נכנס
22-08-1986
תיק מס':

אל : אירופה 1

מאת: השגרירות, בון

בהמשך למברק השגריר 91 מ-13.8.86, רצ"ב מכתב
של פראנץ יוזף שטראוס לרוה"מ.

נא העבירוהו לתעודתו.

ב ב ר כ ה,

רבקה גלדמן
מזכירה

Simrockallee 2 · 5300 Bonn 2 · Tel. 02 28 / 823-1

Division for International
Cooperation

Jerusalem, 19 August 1986

Dr. T.S. Schurig
Ministerium fur Wirtschaftliche
Zusammenarbeit
Karl Marx Strasse 4-6
5300 Bonn 2

Dear Dr. Schurig,

As you recall we asked our representative in Nairobi to try through his own contacts to obtain the approval of the Kenyan authorities for the regional project we wish to jointly explore.

It happened that our representative had a previously scheduled meeting with a very highly placed official who could readily give the approval. The subject was presented to the high official and he promised a reply within a week.

However, a new problem arose now. The high official inquired who precisely is the Kenyan Ministry of Agriculture official who said that he never heard of the German approach and the approval of the appropriate department of the Kenyan Ministry of Finance. It seems that unless we can give him this answer we are again at a dead end.

If you find it possible to provide us this information we will continue to try. Please let me know the situation with this. If not, and if you come to the conclusion to abandon the Kenya idea for the time being, I repeat our suggestion that we consider the possibility of Cameroon as the target country for the seminar and eventual project.

Best regards,

Yours sincerely,

Benjamin Abileah
Director

4549 19.08.86 תאריך

משרד החוץ-מחלקת הקשר

נכנס ** שמור

**

**

**

חוזם:8,4549
אל:המשרד
מ-:בון,נר:132,תא:180886,זח:1835,דח:מ,סג:ש
נד:פ

שמור/מידי

אל : אירופה 1, מאו"ר

מאת: הציר - בון

ביקור השרה זיסמוט. שלכם 637 מ-14/8

1. מימון - בהתאם לשיחת הטלפון עם שמרת, אמרתי למתאם הביקור שהודעת גרטה שהמארחים הסכימו לממן שהות 6 אנשים , מבוססת על אי הבנה ושהוסכמנו רק לממן הזוג זיסמוט. לאחר דין ודברים בהם הזכיר שמשרדו אירח בשנה האחרונה את ס/שר הבריאות עם שני מלוים ואת מנכ"ל משרד החינוך , סיכמנו שהמארחים יממנו רק 4 איש(הזוג זיסמוט פלוס שנים) ומשרדם יממן שהות היתר. לדברי המתאם גרטה טרעך שעורך התכנית במאו"ר הודיע לו על מימון 6 איש בצורה - החלטית שאינה משתמעת לשני פנים והדבר נמסר לשרה. אי לזאת- ובדי שלא להעיב על הביקור , נאלצתי להתפשר על סיכום על בסיס הדדיות.

2. הנלווים - למרות לחצי נאמר לי שהשרה תחליט סופית רק ב-22.8 בשובה מחופשה. למעשה ברור כבר שיתלוו בנוסף לבעל כדלקמן :
1. MINISTERIAL DIRECTOR PROF. DR. MANFRED STEINBACH

מנהל אגף הבריאות.

2. MINISTERIAL DIRECTOR DR. WARNFRIED DETTLING
מנהל אגף הנוער והשירות האזרחי(שירות לאומי במקום שירות צבאי).

[illegible]

3/4 lvl

[illegible]

3. PROF. DR. LUDWIG LIEGLE
פרופסור העוסק במחקרי נוער ויועץ אישי לשרה (אינו נושא בתפקיד רשמי במשרד).

4. FRAU ULRIKE FREMEREY
דוברת המשרד.

פרטים ביוגרפיים של שני הראשונים יגיעוכם בדיפ'. השבוע ואת השאר אקבל רק ביום ששי. בפגישות בנושאי בריאות ישתתפו בוודאי שטיינבאך והדוברת ובמשרד החינוך וטלינג, ליגלה והדוברת. תשובה סופית אקבל ב- 22.8.

3. המתאם ביקש להכין דף הסבר לשרה על כל המוסדות בהם תבקר. הסכים להצעתי להטיל זאת על שגרפ'ג. מציע שתסייעו לגרטה. בידי המתאם תכנית זהה לזאת שבמברקכם 644 מ-14.8. ידיעני ב-22.8 על החלטת השרה לגבי הנקודות שנשארו פתוחות.

פדרן

===מ/ש

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,ענרג,אירא,שמורק,מאור,טקס

[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

משרד החוץ-מחלקת הקשר

6065

** יוצא שמור

**

**

**

אל: בון, נר: 679, מ : המשרד
דח: ד, סג: ש, תא: 170886, זח: 1730

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
19-08-1986
תיק:

גיא / ..

שמור/רגיל

הנדון: מועמדות רפיג למועבים.

בהמשך לשלנו חוזם 550, להלן נר 254 מנאוימי:
שוחחתי עם איש משלחת רפיג ומסרתי לו על תמיכתנו במועמדות רפיג למועבים.
לפי מצב הדברים היום מועמדות איטליה ורפיג אושרו על ידי הקבוצה המערבית. טרם הוחלט בקבוצה האסיאנית אם מועמדות יפן או נפאל תוגש.
לגבי אמלט, ארגנטינה תעמוד לבחירה השנה, ובשנה הבאה ונצואלה תוותר כנראה על מקומה לטובתה של ברזיל.

לידיעתכם.

עד כאן

ארביל 2

דד

תפ: ארבל2, אירא